

Diekmann, Laura-Christin; Plünnecke, Axel; Seyda, Susanne

Research Report

Sozialbilanz Familie: Eine ökonomische Analyse mit Schlussfolgerungen für die Familienpolitik

IW-Analysen, No. 40

Provided in Cooperation with:

German Economic Institutes (IW), Cologne

Suggested Citation: Diekmann, Laura-Christin; Plünnecke, Axel; Seyda, Susanne (2008) : Sozialbilanz Familie: Eine ökonomische Analyse mit Schlussfolgerungen für die Familienpolitik, IW-Analysen, No. 40, ISBN 978-3-602-45428-0, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/181801>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Laura-Christin Diekmann / Axel Plünnecke /
Susanne Seyda

Sozialbilanz Familie

Eine ökonomische Analyse mit
Schlussfolgerungen für die Familienpolitik

Analysen

Forschungsberichte
aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Laura-Christin Diekmann / Axel Plünnecke /
Susanne Seyda

Sozialbilanz Familie

Eine ökonomische Analyse mit
Schlussfolgerungen für die Familienpolitik

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-602-14812-7 (Druckausgabe)

978-3-602-45428-0 (PDF)

Diese Analyse basiert auf einem Gutachten im Auftrag des Kompetenzzentrums für familienbezogene Leistungen im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2008 Deutscher Instituts-Verlag GmbH
Gustav-Heinemann-Ufer 84–88, 50968 Köln
Postfach 51 06 70, 50942 Köln
Telefon 0221 4981-452
Fax 0221 4981-445
div@iwkoeln.de
www.divkoeln.de

Druck: Hundt Druck GmbH, Köln

Inhalt

1	Einleitung	5
1.1	Die Problemstellung	5
1.2	Der Aufbau der Untersuchung	6
Teil I	Ökonomische Analyse der Familienförderung	8
2	Die Kosten der Familien	8
2.1	Direkte Kosten	9
2.2	Indirekte Kosten	12
3	Die Förderkulisse des Staates	16
3.1	Abgrenzungs- und Bewertungsprobleme	16
3.2	Die staatliche Förderung der Familien	20
4	Bewertung der staatlichen Förderkulisse	26
4.1	Das Ungleichgewicht in der staatlichen Förderung	26
4.2	Zukünftige Entwicklungen und Handlungsbedarf	29
Teil II	Analyse des Einflusses der Familie auf die Entwicklung von Kindern	36
5	Der Einfluss familiärer Faktoren auf Gesundheit und Bildung von Kindern	36
5.1	Der Einfluss der Familienstruktur auf die Entwicklung von Kindern	36
5.2	Theoretische Analyse des Bildungsstands von Kindern	39
5.3	Theoretische Analyse der Gesundheit von Kindern	43
6	Empirische Analyse des Bildungsstands von Kindern	46
6.1	Die PISA-Daten und die Methodik	46
6.2	Multivariate Ergebnisse	50
6.3	Zusammenfassung	55
7	Empirische Analyse der Gesundheit von Kindern	57
7.1	Die KiGGS-Daten und die Methodik	57
7.2	Multivariate Ergebnisse	66
7.3	Zusammenfassung	74

Teil III	Analyse fiskalischer Effekte durch eine veränderte Familienförderung	77
8	Analyse der Wirkungen einer veränderten Familienförderung	77
8.1	Die Effekte der frühkindlichen Bildung aus internationaler Sicht	77
8.2	Die Effekte des Ausbaus der frühkindlichen Bildung in Deutschland	83
9	Berechnung der fiskalischen Effekte	88
9.1	Die Kosten des Ausbaus der frühkindlichen Bildung	88
9.2	Der Nutzen des Ausbaus der frühkindlichen Bildung	90
9.3	Renditen des Staates und Finanzierung der Investitionen durch Umschichtungen im Budget	97
Teil IV	Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen	102
10	Drei Blickwinkel auf die Familienpolitik	102
10.1	Der Blick auf die Kosten der Familien: Umsteuern in der Förderkulisse	102
10.2	Die empirische Sicht: Die frühkindliche Bildung ausbauen, den familiären Zusammenhalt stärken	105
10.3	Die fiskalische Sicht: Investieren und Effizienzpotenziale erschließen	106
	Anmerkungen	109
	Literatur	111
	Kurzdarstellung / Abstract	119
	Die Autoren	120

1

Einleitung

1.1 Die Problemstellung

Familien¹ sind ein effizientes Arrangement. Der volkswirtschaftliche Nutzen von Familien und deren Kindern besteht in vielerlei Hinsicht – und er lässt sich vergrößern. So führt eine höhere Kinderzahl pro Familie mittel- bis langfristig zu einem höheren Wachstumspotenzial (Plünnecke/Seyda, 2007). Für den Staat ist ein weiteres Kind im Laufe von dessen Lebenszyklus mit positiven fiskalischen Effekten verbunden (Werdning/Hofmann, 2005). Für das Ausmaß der volkswirtschaftlich positiven Effekte ist entscheidend, wie gut das Arrangement Familie funktioniert. So werden der Bildungsstand des Kindes und damit die späteren Qualifikationen des Arbeitnehmers oder Unternehmers stark von familiären Faktoren geprägt. Ebenso spielt es für das Arbeitsangebot der Volkswirtschaft eine wichtige Rolle, wie Eltern die verschiedenen Aufgaben in der Familie und die Erwerbstätigkeit miteinander vereinbaren können. Darüber hinaus hängt die Höhe der staatlichen Gesamtabgaben von sozialen Kosten ab, zu deren Vermeidung Familien viel beitragen können. Ob es sich um Folgewirkungen von Alkoholmissbrauch, um Gesundheitskosten oder um Kosten teurer Nachqualifizierungsschleifen handelt: Der familiäre Zusammenhalt, aber auch die Erwerbstätigkeit, die Familienform und andere familiäre Faktoren haben einen Einfluss auf diese Größen.

Der Staat unterstützt die Familien in vielfältiger Form. Er fördert die Familien finanziell, sodass diese die Lebenshaltungskosten ihrer Kinder leichter tragen können. Er bietet eine Infrastruktur für Familien und andere Leistungen im Rahmen der Sozialversicherungen an. Ferner verringert er die Einkommensverluste, wenn ein Familienmitglied vorübergehend oder dauerhaft auf die Erwerbstätigkeit verzichtet. Eine erste Frage dieser Studie soll folglich überprüfen, ob die staatliche Förderkulisse die Kostenstrukturen der Familien für Lebenshaltungskosten und die Opportunitätskosten, die durch den Zeitaufwand für Kinderbetreuung entstehen, effizient abbildet. Möglicherweise besteht innerhalb dieser Förderkulisse ein Ungleichgewicht. Die zweite Frage zielt auf eine Erklärung, inwieweit familiäre Faktoren den Bildungsstand der Kinder, ihre Gesundheit und ihr Verhalten beeinflussen und welchen Einfluss speziell die Erwerbstätigkeit der Eltern und der Zugang zu frühkindlicher Bildung haben. Die dritte Frage dieser Studie greift diese Analyseergebnisse auf und überprüft, welche fiskalischen Effekte durch eine Stärkung der frühkindlichen Infrastruktur zu erwarten sind und welche Rendite ein solches Investitionsprogramm bietet.

Die Antwort auf letztere Frage ist wichtig, um sachgerecht über die Verwendung derjenigen Mittel im staatlichen Familienbudget zu entscheiden, die in Zukunft freiwerden. Aufgrund der in den vergangenen Jahrzehnten niedrigen Geburtenraten sinkt die Kinderzahl in Deutschland, sodass ceteris paribus weniger Ausgaben für Kindergeld, für Kindergärten und Schulen benötigt werden. Führt die Stärkung der frühkindlichen Bildung zu nennenswerten Renditen für den Staat, so sollten die freiwerdenden staatlichen Mittel in diese Zwecke re-investiert werden. Sind die Renditen dagegen gering, so sollten die Mittel im Sinne einer Zukunfts-investition an anderer Stelle zur Förderung von Kindern eingesetzt werden.

1.2 Der Aufbau der Untersuchung

Die Studie gliedert sich in vier Teile. Während in Teil I untersucht wird, wie zielgerichtet die staatliche Förderkulisse bei den familiären Kostenstrukturen ansetzt, wird in Teil II die Frage gestellt, welchen Einfluss der familiäre Hintergrund auf die Entwicklung von Kindern in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Sozialverhalten hat. Aus diesen Ergebnissen lassen sich im Anschluss staatliche Reformmaßnahmen ableiten, die als Basis für die Untersuchung in Teil III dienen. Dort wird berechnet, in welchem Maße sich die staatlichen Ausgaben mindern oder die Einnahmen steigern ließen, wenn die in Teil II abgeleiteten staatlichen Reformmaßnahmen angewendet würden. Des Weiteren wird ein Finanzierungskonzept für die staatlichen Reformmaßnahmen vorgestellt. In Teil IV werden abschließend die politischen Handlungsempfehlungen zusammengefasst. Das Vorgehen in den vier Teilen der Studie wird wie folgt näher beschrieben.

Teil I: Familien müssen für ihre Kinder Kosten tragen, die sich in zwei Kategorien unterteilen lassen. Zum einen haben Eltern direkte Kosten, da sie den Lebensunterhalt für ihre Kinder bestreiten müssen. Zum anderen gehen die Eltern – oder zumindest ein Elternteil – während der Kinderbetreuungszeiten keiner Erwerbsarbeit nach. Diese entgangenen Einkommen können als indirekte Kosten bezeichnet werden. Auf all diese familiären Kostenstrukturen versucht der Staat im Rahmen seiner Familienpolitik unterschiedlich einzuwirken. Staatliche Maßnahmen, die Familien unterstützen, lassen sich allerdings nicht nur auf die Familienpolitik reduzieren. Auch andere politische Maßnahmen – zum Beispiel in der Bildung – kommen Familien zugute.

Die staatliche Familienpolitik lässt sich danach kategorisieren, in welcher Hinsicht die jeweilige Maßnahme die Kostenstrukturen von Familien verändert. Transfers, welche die Belastung der Eltern mindern, die aufgrund der Konsumausgaben für die Kinder entstehen, sind von der Bereitstellung von Infrastruktur zu unterscheiden, mit der die familiären Opportunitätskosten reduziert werden.

In diesem Zusammenhang ist zu fragen, wie stark die Förderung derzeit auf die Entlastung von direkten Kosten bezogen ist und inwieweit mithilfe der staatlichen Förderung die Entstehung von Opportunitätskosten vermieden oder deren Auswirkungen für Familien reduziert werden. Diese detaillierte Analyse ist wichtig, da staatliche Maßnahmen das Entscheidungskalkül von Familien verändern können – und damit zum Beispiel die Entscheidung für Kinder.

Teil II: Anschließend wird der Einfluss untersucht, den Eltern auf die Entwicklung ihrer Kinder haben. Nach einer theoretischen Fundierung und einer Auswertung von Sekundärliteratur wird eine multivariate Analyse durchgeführt. Als Datengrundlage, um die Auswirkung familiärer Faktoren auf die Kompetenzen von 15-jährigen Schülern zu messen, dienen die PISA-Daten der OECD. Ferner werden die KiGGS-Daten herangezogen, die vom Robert-Koch-Institut in einer Befragung von 17.641 Kindern und deren Eltern erhoben worden sind. Dabei wird der familiäre Einfluss auf den Bildungserfolg, den physischen und psychischen Gesundheitszustand sowie auf das Sozialverhalten von Kindern untersucht. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Frage, wie sich die Familienstruktur auf die Entwicklung von Kindern auswirkt und welche anderen Variablen möglicherweise eine wichtigere Rolle spielen. So sind zum Beispiel der familiäre Zusammenhalt und die soziale Schicht näher zu betrachten.

Teil III: Im Weiteren werden Maßnahmen bewertet, die Familien darin unterstützen können, die Bildung und andere Entwicklungscharakteristika von Kindern zu fördern. Hierzu zählen der Ausbau der frühkindlichen Bildung und die Einrichtung von Familienzentren. Der Erfolg dieser Maßnahmen wird zum einen im Bereich der frühkindlichen Bildung auf Basis der PISA-Ergebnisse untersucht. Zum anderen werden Erfahrungen mit Familienzentren aus dem angloamerikanischen Raum ausgewertet. Im Anschluss werden die positiven fiskalischen Effekte berechnet, die sich einstellen, wenn diese Politikmaßnahmen umgesetzt würden. Ihr Potenzial resultiert daraus, dass auf lange Sicht das durchschnittliche Bildungsniveau in der Bevölkerung steigt, sodass die strukturelle Arbeitslosigkeit, die auf mangelnde Qualifikation zurückzuführen ist, sinkt. Daraus ergeben sich höhere Steuereinnahmen und Zahlungen ins Sozialversicherungssystem sowie ein Rückgang der Nachqualifizierungskosten. Ebenso wird in Teil III gezeigt, wie sich langfristig eine Finanzierung der empfohlenen Politikmaßnahmen bewerkstelligen ließe und wie hoch die damit verbundene staatliche Rendite wäre.

Teil IV: Das Schlusskapitel fasst die Ergebnisse zusammen und behandelt detailliert die politischen Handlungsempfehlungen, die sich aus der Analyse der Kostenstrukturen, aus empirischer Perspektive und unter Effizienzgesichtspunkten ergeben.

Teil I: Ökonomische Analyse der Familienförderung

Familien haben Kostenstrukturen, die der Staat auf unterschiedliche Weise in seiner Förderkulisse berücksichtigt. In Teil I soll untersucht werden, wie angemessen und passgenau die Familienförderung des Staates ist.

2

Die Kosten der Familien

Die Kosten, die Familien durch deren Kinder entstehen, lassen sich in direkte und indirekte Kosten aufgliedern. Unter direkten Kosten versteht man die Kosten, die bei Familien in Form von privaten Konsumausgaben für Kinder anfallen und in der Regel durch ein am Markt erwirtschaftetes Einkommen oder durch staatliche Transfers gedeckt werden.

Indirekte Kosten machen sich durch den jeweiligen Zeitaufwand für Kinderbetreuung und kindbedingte Haushaltsführung bemerkbar. Aufgrund dieser Tätigkeiten bieten Eltern am Markt weniger Arbeit an und erzielen daher ein geringeres Einkommen. Legt man für die Kinderbetreuungszeit den Lohn einer professionellen Haushalts- oder Kinderbetreuungskraft zugrunde, wird die familiäre Leistung quantifizierbar. Berücksichtigt man den durchschnittlichen Lohn des Elternteils, der aufgrund der Kinder weniger Zeit am Arbeitsmarkt anbieten kann, so misst man die Opportunitätskosten der Zeit, die Eltern mit ihren Kindern verbringen.

Bei der Bestimmung der direkten und indirekten Kosten besteht das Problem, die gesamten familiären Kosten den einzelnen Familienmitgliedern oder den gesamten Zeitaufwand der Eltern den einzelnen Kindern zuzuordnen. Es ist schwierig zu ermessen, wie hoch der Anteil eines Kindes an der Wohnungsmiete oder der Nutzung eines Autos ist. Ebenso ist es kompliziert zu bestimmen, wie viel Zeit ein Elternteil ausschließlich dem Kind widmet. Ferner unterscheiden sich die Ausgaben je nach Lebensalter des Kindes.

In der vorliegenden Studie werden nur die Ausgaben für Kinder bis zum 18. Lebensjahr einbezogen. Diese Abgrenzung bereitet jedoch insofern Probleme, als sowohl im Mikrozensus als auch in der Zeitbudgeterhebung, auf deren Daten die Berechnungen fußen, Familien mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren betrachtet werden. Das heißt, dass nicht alle Kinder – sondern nur ein Kind – in einer Familie minderjährig sein müssen.²

Bei der Ermittlung der direkten und der indirekten Kosten gehen bisherige Studien unterschiedlich vor. So werden verschiedene Abgrenzungen oder Datengrundlagen gewählt. In Tabelle 1 wird die Höhe der im Rahmen dieser Analyse betrachteten Kosten dargestellt – zur besseren Vergleichbarkeit für alle Studien in Preisen von 2006. Dabei zeigt sich, dass die Summe von direkten und indirekten Kosten innerhalb einer Spannbreite von rund 188 bis 328 Milliarden Euro liegt. Ursachen für diese Unterschiede liegen an verschiedenen Untersuchungsjahren und Bewertungsmethoden, die im Folgenden näher beschrieben werden.

Jährliche Gesamtkosten von Familien für Kinder

Tabelle 1

in Milliarden Euro und Preisen von 2006

	Direkte Kosten	Indirekte Kosten	Insgesamt
IW Köln	90,2	147,2	237,4
Pfeiffer/Braun, 2005	99,2	88,5	187,7
Rosenschon, 2001, 32 ff.*	105,8	222,3	328,1
Stahmer et al., 2003	133,0	162,1	295,1

* Rosenschon (2001) hat unterschiedliche Berechnungsmethoden angewendet (vgl. die Übersichten 1 und 2). Für Tabelle 1 wurden daraus bei den direkten Kosten die tatsächlichen Kosten und bei den indirekten Kosten der Einkommensausfall durch Kinderbetreuung berücksichtigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt, 2007d; eigene Berechnungen

2.1 Direkte Kosten

Zunächst soll den direkten Kosten Beachtung geschenkt werden. Zu deren Bestimmung wird in der Regel – so auch in dieser Studie – die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamts herangezogen. Diese bildet alle fünf Jahre die Ausgaben von rund 75.000 privaten Haushalten im Rahmen einer Quotenstichprobe ab. Dabei werden unter anderem statistische Informationen über die Ausstattung mit Gebrauchsgütern, die Einkommens-, Vermögens- und Schulden-situation sowie die Konsumausgaben erfasst.

Eine Hochrechnung auf die Gesamtbevölkerung wird üblicherweise über den Mikrozensus vorgenommen. Für diesen werden rund 370.000 Haushalte in der Regel in vier aufeinanderfolgenden Jahren von den Statistischen Landesämtern auf der Grundlage einer Flächenstichprobe befragt.

Als Basis der Berechnungen der vorliegenden Studie³ dient der Aufsatz von Münnich (2006), in dem anhand der Daten der EVS die Einkommen und Ausgaben von Familien dargestellt werden. Dabei werden nicht alle kinderbezogenen Kosten – zum Beispiel nicht Ausgaben für Versicherungsschutz und Vorsorge – aufgeführt. Daher „[können] die errechneten Ergebnisse keineswegs gleichgesetzt werden ... mit den Lebenshaltungskosten für Kinder“ (Münnich, 2006, 644).

In der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe werden die durchschnittlichen Kosten für Kinder differenziert dargestellt: nach Paarhaushalten mit ein, zwei und drei Kindern und nach Haushalten von Alleinerziehenden mit ein und zwei Kindern. Aus diesen Daten geht aber nicht hervor, wie hoch der Anteil der jeweiligen Haushaltsformen an der Gesamtheit der untersuchten Haushalte – beziehungsweise hochgerechnet an der Gesamtheit der deutschen Haushalte – ist. Um die gesamten Kosten beziffern zu können, die Familien in Deutschland für Kinder im Jahr 2006 entstanden sind, werden daher Daten des Mikrozensus herangezogen. Diese belegen, wie groß die Zahl der Alleinerziehenden und der Paare mit ledigen minderjährigen Kindern ist.⁴

Bei der Berechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) wird mithilfe des Mikrozensus die durchschnittliche Kinderzahl von Paaren und Alleinerziehenden mit drei und mehr Kindern ermittelt. Sie liegt bei 3,27 Kindern. Mithilfe der Ausgaben von Paaren mit drei Kindern werden die jährlichen Kosten für 3,27 Kinder pro Familie ausgerechnet, die mit der Anzahl der Paare und Alleinerziehenden mit drei und mehr Kindern multipliziert werden.⁵

Tabelle 2 stellt die Kosten, die den Familien (Paaren oder Alleinerziehenden) durch ihre Kinder entstehen, auf Basis von Daten des Mikrozensus 2004 und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für das Jahr 2003 dar. Die gesamten

Konsumausgaben für Kinder

Tabelle 2

Direkte Kosten der Familien für minderjährige ledige Kinder nach ausgewählten Haushaltstypen,* in Preisen von 2006

	Monatliche Kosten für Kinder, in Euro	Jährliche Kosten für Kinder, in Euro	Jährliche Kosten je Kind, in Euro	Anzahl der Haushalte insgesamt, in 1.000	Jährliche Kosten insgesamt, in Milliarden Euro
Paare mit einem Kind	576	6.908	6.908	3.120	21,6
Alleinerziehende mit einem Kind	563	6.757	6.757	1.569	10,6
Paare mit zwei Kindern	994	11.928	5.964	2.724	32,5
Alleinerziehende mit zwei Kindern	927	11.123	5.561	573	6,4
Paare und Alleinerziehende mit drei und mehr Kindern (Ø = 3,27 Kinder)	1.550	18.597	5.687	1.030	19,2
Summe der jährlichen Kosten für minderjährige ledige Kinder, die bei ihren Eltern leben					90,2

* Stand: 2003; Rundungsdifferenzen.

Quellen: Eigene Berechnungen in Anlehnung an Münnich, 2006; Statistisches Bundesamt, 2005 und 2007d

familiären direkten Kosten für Kinder in Deutschland belaufen sich demnach in Preisen von 2006 auf rund 90 Milliarden Euro.

Andere Studien kommen zu abweichenden Ergebnissen. Die direkten Kosten beziffern sich darin auf Werte zwischen 60 und 133 Milliarden Euro. Diese Unterschiede basieren – wie in Übersicht 1 dargestellt ist – auf unterschiedlichen Methoden und Datenquellen.

Studien zu den direkten Kosten von Familien für Kinder Übersicht 1

Angaben in Preisen von 2006*

Studie	Ergebnis	Berechnungsmethode	Datenquelle
IW Köln	90,2 Milliarden Euro	Kosten für ledige minderjährige Kinder im Elternhaushalt im Jahr 2003	EVS 2003 (siehe Münnich, 2006); Mikrozensus 2004 (Statistisches Bundesamt, 2005)
Pfeiffer/Braun, 2005	99,2 Milliarden Euro	Direkte Bruttokosten in Mehrpersonenhaushalten mit Kindern unter 18 Jahren; Annahme: proportional zum Einkommen steigende Kinderkosten	EVS 1998
Rosenschon, 2001	Tatsächliche Kosten: 105,8 Milliarden Euro Kosten des Existenzminimums: 60 Milliarden Euro beziehungsweise 67 bis 72 Milliarden Euro (mit Ausbildungsfreibetrag)	Bandbreite der tatsächlichen und existenzminimalen Kosten für Kinder (auch über 18 Jahren), die bei Ehepaaren oder Alleinerziehenden leben	Tatsächliche Kosten: Familienstatistik des Statistischen Bundesamts aus dem Jahr 2000; Daten der Familienwissenschaftlichen Forschungsstelle des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg aus dem Jahr 1998 mit Berechnungen auf Basis von Angaben der Deutschen Bundesbank Existenzminimale Kosten: Steuerlicher Kinderfreibetrag, Betreuungsfreibetrag, Ausbildungsfreibetrag
Stahmer et al., 2003	133 Milliarden Euro	Private Konsumausgaben für Kinder (auch Kinder in Kinderheimen und ähnlichen Einrichtungen berücksichtigt); Konsumausgaben der privaten Haushalte anteilig auf Haushaltstypen und im Haushalt lebende Personen aufgeteilt	EVS 1998 (Sonderaufbereitung, Fortschreibung mit Daten der VGR aus 1998); Satellitensystem Haushaltsproduktion des Statistischen Bundesamts (Daten aus 1990, Fortschreibung bis 1998)

* DM-Werte in Euro umgerechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, 2007g; eigene Berechnungen

Die Bandbreite der Ergebnisse trotz der einheitlichen Datenbasis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe⁶ lässt sich auf unterschiedliche Herangehensweisen zurückführen. Folgende Probleme erschweren die Vergleichbarkeit:

- Man kann entweder von durchschnittlichen Kosten je Kind oder von unterschiedlichen Ausgaben je nach Einkommen der Eltern ausgehen. Während zum Beispiel Rosenschon (2001) feste Beiträge je Kind unabhängig vom Einkommen zugrundelegt, steigen die Kosten für Kinder bei Pfeiffer/Braun (2005) proportional mit dem Einkommen.
- Zum einen werden die gesamten durchschnittlichen Kosten berechnet, die in Deutschland innerhalb eines Jahres für Kinder anfallen, zum anderen wird wie bei Rosenschon (2001) eine Bandbreite festgelegt, indem das Existenzminimum und das tatsächliche Niveau bestimmt werden.
- Es werden unterschiedliche Definitionen dafür verwendet, welche Kostenaspekte Kindern zuzuordnen sind.
- Auffällig ist der Ausreißer in Form des hohen Werts bei Stahmer et al. (2003). Dieser lässt sich damit erklären, dass nicht nur zusätzliche Kosten berechnet werden, die von Kindern verursacht werden. Stattdessen werden sämtliche Ausgabenpositionen wie Auto, Wohnung und PC der privaten Haushalte auf die einzelnen Haushaltsmitglieder aufgeteilt (Statistisches Bundesamt, 2003).

2.2 Indirekte Kosten

Neben den direkten Kosten für die Kinder fallen bei den Eltern auch indirekte Kosten an. Diese Kosten bestehen aus dem Markteinkommen, das ihnen aufgrund der den Kindern gewidmeten Zeit entgeht. Eltern verringern ihr Angebot auf dem Arbeitsmarkt, weil sie sich stattdessen der Kinderbetreuung und kindbedingten Haushaltstätigkeiten widmen. In der Zeitbudgeterhebung 2001/2002 des Statistischen Bundesamts wird als Zeitaufwand für Kinder Folgendes betrachtet und erfasst:

- Kinderbetreuung als Hauptaktivität,
- Kinderbetreuung als gleichzeitige Aktivität,
- Fahrdienste und Wegezeiten für Kinderbetreuung,
- sonstige mit Kindern verbrachte Zeit (zum Beispiel gemeinsame Mahlzeiten, Fernsehen in gemeinsamer Runde).

Der ganze Umfang der Kinderbetreuung zeigt sich in der weitesten Betrachtungsweise erst dann, wenn neben diesen Punkten auch der ständige Bereitschaftsdienst der Eltern – „die Verfügbarkeit rund um die Uhr“ – einbezogen wird (Schäfer, 2004, 963).

Die kindbedingten Haushaltstätigkeiten sind die Tätigkeiten im Haushalt, die den Kindern zugute kommen. Dieser Anteil lässt sich im Kontext dieser Unter-

suchung mit einem Aufteilungsschlüssel erfassen, der angibt, welcher Teil der Hausarbeit für Kinder aufgewendet wird.

Aus Übersicht 2 geht hervor, dass die Spannweite der Ergebnisse in verschiedenen Studien (von rund 60 bis 222 Milliarden Euro) bei den indirekten Kosten deutlich größer ist als bei der Berechnung der direkten Kosten. Auch hier liegt dies an der Wahl unterschiedlicher Ansätze für die Bestimmung der Kosten. In der vorliegenden Studie werden Opportunitätskosten statt Leistungen gemessen. Ferner basiert der IW-Ansatz auf Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 2003. Um das Ergebnis besser mit denen der anderen Studien vergleichen zu können, sind die Kosten bis ins Jahr 2006 mit dem Preisindex der Lebenshaltung fortgeschrieben worden.

Zum einen unterscheiden sich die Studien darin, welche Bestandteile der gesamten mit Kindern verbrachten Zeit sie in die Berechnung einbezogen haben. Während beispielsweise in dieser Studie Kinderbetreuung als Hauptaktivität zuzüglich der Wegezeiten und die kindbedingte Haushaltsführung berücksichtigt worden sind, differenzieren Stahmer et al. (2003) nach Kinderbetreuung als Hauptaktivität, nach Nebenaktivität und sonstiger mit Kindern verbrachter Zeit.

Von der Vorgehensweise der vorliegenden Studie weicht am stärksten die von Stahmer et al. (2003) ab. Dort werden Erwerbsarbeitszeiten für Produkte, die für Kinder hergestellt wurden, zum Zeitaufwand hinzugerechnet. Damit finden also auch Stunden Eingang in die Rechnung, die nicht von Familienangehörigen aufgewendet worden sind.

Es gibt drei Möglichkeiten, die Zeitaufwendung monetär darzustellen. So kann erstens ein Generalisten- oder zweitens ein Spezialistenlohn als Referenz herangezogen werden – je nachdem, für wie anspruchsvoll die im Haushalt oder für Kinderbetreuung anfallenden Aufgaben eingeschätzt werden. Würde man lediglich die aktive Kinderbetreuungszeit berücksichtigen, könnte man konkret den Lohn für einen Erzieher verwenden. Die Rechnungen von Rosenschon (2001) und Schäfer (2004) basieren auf dem Lohn einer Hauswirtschafterin. Als dritte Möglichkeit kann ein Opportunitätskostenansatz gewählt werden. So definiert Rosenschon (2001) zwei Arten indirekter Kosten: den Zeitaufwand für die Kinder und den Einkommensausfall durch die Kinderbetreuung. Pfeiffer/Braun (2005) betrachten die indirekten Kosten in Form von Opportunitätskosten durch Einkommensverluste mithilfe einer Regressionsschätzung.

Die Berechnungsmethode der vorliegenden Studie unterscheidet sich von denen der anderen Studien, da sie in den Gesamtaufwand nicht nur die Zeiten für die aktive Kinderbetreuung einbezieht, sondern auch den anteiligen Zeitaufwand

Studien zur Zeitverwendung in Familienhaushalten und zu den indirekten Kosten von Familien für Kinder Übersicht 2

Angaben in Preisen von 2006*

Studie	Ergebnis	Berechnungsmethode	Datenquelle
IW Köln	147,2 Milliarden Euro	Opportunitätskosten (ohne Steuern, inklusive Abgaben) für im Haushalt lebende ledige Kinder unter 18 Jahren (Präferenzen berücksichtigt, da die aufgewendete Zeit für Kinderbetreuung nur anteilig ansonsten für Erwerbstätigkeit eingesetzt würde)	Zeitbudgeterhebung 2001/2002 (Kahle, 2004); Mikrozensus 2005 (Statistisches Bundesamt, 2007a); SOEP, 2006
Pfeiffer/ Braun, 2005	88,5 Milliarden Euro	Regressionsschätzung (Differenz von theoretischem und tatsächlichem Bruttoerwerbseinkommen) zzgl. 20 Prozent Einkommensverlust durch entgangene Berufserfahrung, abzgl. 20 Prozent Abgaben und Steuern	
Rosenschon, 2001	Rechnung A: Zeitaufwand für Kinder = 209,7 Milliarden Euro	Zeitaufwand für Kinder (alle im Haushalt lebenden ledigen Kinder) nach Anzahl der Kinder, bewertet mit dem Nettostundenlohn einer Hauswirtschafterin (1992: 5,98 Euro) (ein und zwei Kinder nach Lampert (1996); für den Anteil der kindbedingten Tätigkeiten an der Haushaltsarbeit werden bei einem Kind 25 Prozent, bei zwei Kindern 40 Prozent angenommen)	Lampert, 1996; Statistisches Landesamt Baden-Württemberg für Betreuungszeiten
	Alternative Rechnung B: Einkommensausfall durch Kinderbetreuung = 222,3 Milliarden Euro	Annahme: die Hälfte des durchschnittlichen Arbeitsentgelts geht durch Kinderbetreuung (für alle im Haushalt lebenden ledigen Kinder) verloren (monatliches Arbeitsentgelt: 2.618 Euro im Jahr 2000)	
Schäfer, 2004	60,2 Milliarden Euro	Bewertete Arbeitszeit für Kinderbetreuung (Hauptaktivität wird mit dem Stundenlohn einer Hauswirtschafterin von 7,10 Euro bewertet)	Zeitbudgeterhebung 2001/2002
Stahmer et al., 2003	162,1 Milliarden Euro	Zeit für Kinderbetreuung wird mit dem Nettolohn einer Hauswirtschafterin bewertet; Besonderheit: Die Zeit von anderen Privathaushalten (zum Beispiel Großeltern) wird mitberücksichtigt; von Anstaltshaushalten ebenfalls	Zeitbudgeterhebung 1991/1992; Mikrozensus 1990 (Fortschreibung bis 1998)

* DM-Werte in Euro umgerechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, 2007d; eigene Berechnungen

für die Haushaltsführung für Kinder und die Wegezeiten. Außerdem wurde ein Opportunitätskostenansatz gewählt, bei dem der Durchschnittsbruttolohn einer Frau und auch der eines Mannes mit Kindern⁷ für die Bewertung des Zeitaufwands zugrundegelegt worden sind. Ferner wurden die Präferenzen von Paarhaushalten für den Fall berücksichtigt, dass ihnen die Kinderbetreuungszeit für andere Verwendungen zur Verfügung stünde.

Die Studie des IW Köln berechnet den Zeitaufwand für Kinderbetreuung folgendermaßen:

1. Betrachtet werden Haushalte mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren. Als Grundlage dienen die Stunden für die Kinderbetreuung als Hauptaktivität inklusive der Wegezeiten für Kinderbetreuung, die durch die Zeitbudgeterhebung 2001/2002 ermittelt wurden (Kahle, 2004). Dieser Zeitaufwand wird monetär mit dem durchschnittlichen Bruttostundenlohn des betreuenden Elternteils bewertet. Dieser betrug 2006 für eine Frau mit im Haushalt lebenden Kindern 12,78 Euro zuzüglich des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung. Für einen Mann mit den gleichen Merkmalen waren es 19,03 Euro zuzüglich des Arbeitgeberanteils (SOEP, 2003). Zusätzlich wird angenommen, dass im Durchschnitt aller Haushalte mit Kindern 33 Prozent der Haushaltstätigkeiten, die nicht zur Kinderbetreuung zählen, kindbedingt sind.⁸ Auch diese Tätigkeiten werden mit dem jeweiligen Durchschnittsstundenlohn kalkuliert. Um eine Hochrechnung auf die Gesamtbevölkerung vornehmen zu können, sind Daten des Mikrozensus 2005 herangezogen worden. Der Umfang der so berechneten indirekten Kosten beträgt 196,8 Milliarden Euro. Die Kosten erhöhen sich auf 236,2 Milliarden Euro, wenn man den Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung hinzurechnet.⁹ Der Zeitaufwand für Kinderbetreuung als Nebenaktivität und die sonstige mit Kindern verbrachte Zeit wurden nicht berücksichtigt, da sie keine Opportunitätskosten darstellen.

2. Von den 236,2 Milliarden Euro ist ein Abschlag vorzunehmen. Die Präferenzen von Paarhaushalten dürften dazu führen, dass diese auch ohne Kinder nicht die gesamte verfügbare Zeit für die Erwerbstätigkeit einsetzen. Hinweise darauf liefert das Sozio-oekonomische Panel (SOEP, 2006). Demnach sind bei kinderlosen Paaren die Frauen¹⁰ im Alter zwischen 20 und 40 Jahren im Durchschnitt 27,2 Stunden in der Woche berufstätig. Bezogen auf eine wöchentliche Arbeitszeit von rund 40 Stunden werden damit durchschnittlich nur rund 68 Prozent der möglichen Arbeitszeit von dieser Vergleichsgruppe zur Erwerbstätigkeit verwendet. Ein durchschnittlicher Anteil von 32 Prozent wird hingegen nicht für den Arbeitsmarkt, sondern beispielsweise für Hausarbeit genutzt. Legt man diesen Anteil als Präferenz der betrachteten Haushalte zugrunde, so sinkt das entgangene Einkommen inklusive Arbeitgeberanteil auf 160,6 Milliarden Euro.

3. Von diesen berechneten Opportunitätskosten der Eltern wiederum würde der Staat bei einer getrennten Veranlagung und einem angenommenen Durchschnittssteuersatz von circa 10 Prozent auf Steuereinnahmen in der Höhe von rund 13,4 Milliarden Euro¹¹ verzichten müssen. Die Opportunitätskosten der Familien betragen dementsprechend 147,2 Milliarden Euro an Nettolöhnen und Gesamtzahlungen in die Sozialversicherungen.¹²

Zusätzlich zu diesen Opportunitätskosten könnten Aufwendungen berücksichtigt werden, die sich aus Erwerbsunterbrechungen in späteren Erwerbsphasen ergeben (Anger/Plünnecke, 2008, 17). Die hier berechneten 147,2 Milliarden Euro können daher als Untergrenze der Opportunitätskosten der Familien aufgefasst werden.

3 Die Förderkulisse des Staates

Der Staat betreibt auf vielen Wegen Familienpolitik. Es gibt beispielsweise steuerrechtliche Maßnahmen, Geldleistungen, Realtransfers und Maßnahmen im Bereich der Sozialversicherung. Ein wichtiger Ausgabenfaktor ist das Kindergeld, das entweder als Steuerfreibetrag oder als monetärer Transfer gewährt wird. In manchen Bereichen vermischen sich unterschiedliche Politikfelder. So kann nicht klar zugewiesen werden, ob es sich beim Beispiel der Schulen um Familien- oder Bildungspolitik handelt. Aus diesem Grund sollen zunächst Abgrenzungs- und Bewertungsprobleme aufgezeigt werden. Danach wird die Förderkulisse darauf untersucht, ob die Maßnahmen die Eltern eher bei den anfallenden direkten oder den indirekten Kosten unterstützen.

3.1 Abgrenzungs- und Bewertungsprobleme

Eine umfassende und in der Bundesregierung abgestimmte Auflistung der familienpolitischen Maßnahmen und Leistungen des Staates liefert eine Veröffentlichung des Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in aktualisierter Form (BMFSFJ/Fraunhofer Institut, 2008). Die Bundesregierung rechnet Leistungen im Rahmen der Sozialversicherung und solche, die die Schulpflicht betreffen, zu den Familienleistungen des Staates hinzu. Das kritisiert der Familienbund der Katholiken in seiner kommentierten Fassung des Maßnahmenkatalogs des BMFSFJ (Familienbund der Katholiken, 2007). Nach dieser Ansicht

sind Sozialversicherungsleistungen nicht als staatliche Zuwendungen zu bezeichnen, sondern als nach dem Solidarprinzip erbrachte Leistungen. Des Weiteren seien Ausgaben für allgemeinbildende Schulen dem Bildungsauftrag des Staates zuzuordnen, nicht der Familienförderung. Daher belaufen sich laut Familienbund der Katholiken die familienpolitischen staatlichen Leistungen auf nur 56 Milliarden Euro. Im Gegensatz dazu kommt das BMFSFJ auf 188,7 Milliarden Euro (ohne Schulen) beziehungsweise 238,3 Milliarden Euro (mit Schulen) (BMFSFJ/Fraunhofer Institut, 2008).

Ob man Schulen den familienpolitischen Maßnahmen zurechnen sollte, ist zwar strittig, da es sich streng genommen tatsächlich um Maßnahmen der Bildungspolitik handelt. In der vorliegenden Studie werden jedoch die Kosten für allgemeinbildende Schulen ebenso berücksichtigt. Weil das Thema Bildung auch in den folgenden Kapiteln eine zentrale Rolle spielt, sollten die damit verbundenen Kosten einbezogen werden.

In dieser Studie werden die familienbezogenen Leistungen im weiteren Sinne betrachtet. Den Kosten von Eltern für ihre Kinder sollen die staatlichen Leistungen für Familien gegenübergestellt werden. Daher werden auch Maßnahmen wie das Ehegattensplitting in Familien mit minderjährigen Kindern oder der Steuerfreibetrag für Kinder erfasst. Dieses sind in steuerrechtlichem Sinne keine familienpolitischen Leistungen. Ein Paar, das vor der Entscheidung für ein Kind steht, betrachtet sie aber als Unterstützung zur Deckung der anfallenden Kosten für minderjährige Kinder. Die direkten Kosten werden durch Kindergeld oder die Steuerfreibeträge zu einem Teil abgedeckt. Die indirekten Kosten aus entgangenen Einkommen werden gedämpft, da der prozentuale Nettoverlust durch das Splitting geringer ausfällt als bei getrennter Veranlagung.

Zur Darstellung der familienbezogenen Leistungen des Staates wird im Folgenden die Aufstellung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend verwendet, da sie in der Öffentlichkeit weitgehend als Grundlage akzeptiert worden ist. Dabei ergeben sich jedoch folgende Probleme:

Erstens lässt sich dem Maßnahmenkatalog des BMFSFJ bei den jeweiligen Maßnahmen keine genaue Altersstruktur entnehmen. Es ist also nicht klar, bis zu welchem Alter ihrer Kinder Eltern von den aufgeführten Leistungen begünstigt werden. Für die Vergleichbarkeit ist es aber wichtig, dass in dieser Studie aufseiten der Staatsleistungen die gleiche Altersbegrenzung wie bei der Berechnung der Kosten von Familien verwendet wird. Hier lag die Grenze für Kinder bei 18 Jahren.

Zweitens sind im Maßnahmenkatalog des BMFSFJ auch ehebezogene Maßnahmen aufgeführt worden, ohne jedoch nach Ehepaaren mit Kindern und Ehe-

paaren ohne Kinder zu differenzieren. Da aber in dieser Studie die Familienförderung des Staates im Hinblick auf die Kosten für minderjährige Kinder untersucht werden soll, werden aus den vorliegenden Zahlenwerten im Folgenden die Werte für Familien mit minderjährigen Kindern berechnet. Aufgrund von Datenproblemen stellen diese Rechnungen zum Teil Näherungen dar.

Eine Prognos-Untersuchung hat den Anteil an den Steuermindereinnahmen aus dem Ehegattensplitting, der auf Ehepaare mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren entfällt, auf 47,6 Prozent veranschlagt. Die Rechnung basiert auf der Lohn- und Einkommensteuerstatistik des Jahres 2001, fortgeschrieben in das Jahr 2006. Dieser Anteil entspricht rund 9,5 Milliarden Euro vom Gesamtbetrag von fast 19,9 Milliarden Euro. Mangels anderer Daten ist in der vorliegenden IW-Studie beim begrenzten Realsplitting der gleiche Anteil wie beim Ehegattensplitting (47,6 Prozent) zugrunde gelegt worden. Das entspricht 176 Millionen Euro.

Die Beiträge des Bundes an die gesetzliche Rentenversicherung (GRV), die für Kindererziehungszeiten geleistet werden, sind in dieser Studie nur zum Teil den indirekten kompensatorischen Maßnahmen zugeordnet worden – und zwar nur dann, wenn bei Eltern mit Kindern im Alter von unter drei Jahren¹³ eine eingeschränkte Erwerbstätigkeit vorlag. Der Anteil von Paaren und Alleinerziehenden mit Vollzeit-erwerbstätigkeit oder mit Teilzeiterwerbstätigkeit als Beamte oder Selbstständige¹⁴ ist auf Basis einer Sonderauswertung des Mikrozensus 2006 berechnet worden.¹⁵ Dieser Anteil in Höhe von 19 Prozent wird im Folgenden als direkte staatliche Förderung zusätzlicher Art deklariert. Im Gegenzug ist der Anteil von Paaren mit Kindern im Alter von unter drei Jahren, in denen nicht beide Vollzeit-erwerbstätig und Teilzeitbeschäftigte nicht verbeamtet oder selbstständig sind,¹⁶ der indirekten kompensatorischen Förderung zugeordnet worden. Das gilt ebenfalls für den Anteil nicht Vollzeit-erwerbstätiger und nicht Teilzeit-erwerbstätiger verbeamteter oder selbstständiger Alleinerziehender.¹⁷ Auf diese Gruppen entfällt ein Anteil von 81 Prozent¹⁸ der Gesamtausgaben in Höhe von 11,4 Milliarden Euro.

Der Staat unterstützt Familien auch durch die beitragsfreie Mitversicherung des Ehegatten in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der gesetzlichen Pflegeversicherung (GPV). Die staatlichen Ausgaben für die beitragsfreie Mitversicherung des Ehegatten in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung liegen insgesamt bei fast 10,2 Milliarden Euro. Der Anteil der Familien mit minderjährigen Kindern beträgt rund 4,8 Milliarden Euro. Für diese Berechnung sind ausschließlich Ehepaare betrachtet worden, bei denen entweder nur der Mann oder nur die Frau erwerbstätig ist. Mit Daten aus der Sonderauswertung des

Mikrozensus 2004¹⁹ ist dann der Anteil der Ehepaare ermittelt worden, bei denen mindestens ein Kind im Alter unter 18 Jahren im Haushalt lebt. Dieser Anteil beträgt 47,4 Prozent.

Eine weitere staatliche Hilfe ist die sogenannte Familienkomponente (Beihilfe für Staatsbedienstete). Für die Berechnung des Anteils, der auf Ehepaare mit mindestens einem Kind unter 18 entfällt, ist aus Datenmangel der gleiche Ansatz wie bei der beitragsfreien Mitversicherung zugrundegelegt worden. Außerdem beruht die Rechnung beim Verheiratetenzuschlag für Beamte auf der Annahme, dass die Verheiratetenquoten bei Beamten und Nicht-Beamten identisch sind. Mithilfe des Mikrozensus 2006 ist dann der Anteil von Ehepaaren mit Kindern unter 18 an allen Ehepaaren (auch kinderlosen) ermittelt worden. Er liegt bei rund 35 Prozent. Damit werden von den 1,9 Milliarden Euro, die das BMFSFJ aufführt, lediglich 0,6 Milliarden Euro angerechnet.

Bei der Berechnung der beitragsfreien Mitversicherung der Kinder wird berücksichtigt, dass – wie beim Kindergeld – etwa 10 Prozent der Empfänger älter als 18 Jahre alt sind. Die Werte aus der Aufstellung des BMFSFJ müssen entsprechend um 10 Prozent reduziert werden. Aus dem Gesamtwert von 13,7 Milliarden Euro bei der beitragsfreien Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung ergibt sich damit der bereinigte Wert von rund 12,3 Milliarden Euro. Die Ausgaben für die beitragsfreie Mitversicherung der Minderjährigen in der gesetzlichen Pflegeversicherung liegen bei rund 0,8 Milliarden Euro.

Annahmegemäß sind Studierende älter als 18 Jahre. In der Abgrenzung dieser Studie sollen aber nur Maßnahmen für Kinder unter 18 berücksichtigt werden. Als Empfänger von Bildungszuschüssen und Bafög sind hier daher nur Schüler aufgenommen worden. Von den 1,5 Milliarden Euro im BMFSFJ-Maßnahmenkatalog gehen somit 0,7 Milliarden Euro in die Rechnung ein (Statistisches Bundesamt, 2007c).

Vernachlässigt werden im Folgenden Zuwendungen für Witwer und Witwen,²⁰ Leistungen für die Kindererziehung an Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921, der Freibetrag zur Abgeltung eines Sonderbedarfs bei Berufsausbildung und die Berufsausbildungsbeihilfe. Bei diesen Maßnahmen handelt es sich entweder nicht explizit um Familienförderung oder es werden Familien mit Kindern im Alter von über 18 Jahren begünstigt. Ferner bleiben die Ausgaben für die Schülerbeförderung in Höhe von 1 Milliarde Euro unberücksichtigt, da es sich um eine Leistung im verkehrspolitischen Sinne handelt. Die Summe dieser nicht berücksichtigten Maßnahmen beträgt rund 46,1 Milliarden Euro. Da im Maßnahmenkatalog des BMFSFJ generell Familien mit Kindern betrachtet worden sind, die Studie des IW Köln sich jedoch auf Familien mit Kindern unter 18 Jahren kon-

zentriert, ergeben sich Differenzen, die für die einzelnen ehebezogenen Maßnahmen und Bildungsausgaben beschrieben wurden. Insgesamt resultiert daraus eine Abweichung von rund 20 Milliarden Euro.

3.2 Die staatliche Förderung der Familien

Die vielen Maßnahmen der staatlichen Familienförderung verdienen eine Analyse. Vorher sind sie jeweils der direkten oder indirekten Förderung zuzuordnen – abhängig davon, ob sie die Familien bei den direkten oder indirekten Kosten unterstützen. Die staatlichen Maßnahmen, die auf direkte Familienkosten zielen, lassen sich als direkte Transfers definieren. Dazu zählt zum Beispiel das Kindergeld. Die Transfers sollen den Familien mit Kindern helfen, ihre Ausgabenbelastung – die aus Konsumausgaben für Kinder herrührt – zum Teil zu decken. Ferner gibt es staatliche familienpolitische Leistungen, die nicht diesen Zweck verfolgen, sondern Familien auf andere Weise unterstützen sollen. Diese Leistungen stehen den Familien kostenlos zur Verfügung und werden vom Staat finanziert. Würde der Staat nicht vorab die Kosten übernehmen, müssten Familien diese Leistungen – zusätzlich zu ihren privaten Konsumausgaben – bezahlen. Zu diesen Maßnahmen gehört beispielsweise die Jugendhilfe oder die beitragsfreie Mitversicherung. Eine Übersicht über die direkten Kosten von Familien und die

betreffenden staatlichen Leistungen bieten die Tabellen 3, 4a und 4b.

Die direkten Kosten, die in privaten Haushalten in Form von Konsumausgaben für Kinder anfallen, belaufen sich auf rund 90 Milliarden Euro. Die größten Ausgabenposten sind die Bereiche Wohnung und Lebensmittel, die zusammen 45 Prozent der Gesamtausgaben ausmachen. Ein großer Ausgabenbereich ist auch die Kategorie Freizeit, Unterhaltung und Kultur.

Die Maßnahmen, mit denen der Staat die Kosten der Eltern für ihre minderjährigen Kinder

Direkte Kosten der Familien durch ihre minderjährigen Kinder Tabelle 3

in Milliarden Euro und Preisen von 2006

Ausgabenkategorien	
Wohnung und Energie	22,4
Lebensmittel	18,2
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	14,1
Bekleidung und Schuhe	7,3
Verkehr	6,2
Innenausstattung und Haushaltsgeräte	4,5
Bildungswesen	4,3
Nachrichtenübermittlung	4,0
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	3,6
Gesundheitspflege	3,5
Sonstige Waren und Dienstleistungen	2,1
Insgesamt	90,2

Quellen: Eigene Berechnungen in Anlehnung an Münich, 2006; Statistisches Bundesamt, 2005 und 2007d

Kompensation der direkten Kosten durch den Staat Tabelle 4a

in Milliarden Euro

Leistungen für Familien mit minderjährigen Kindern	
Kindergeld als monetäre Leistung ¹ oder steuerlicher Freibetrag; sonstige Steuerfreibeträge ²	34,5
Sonstige Leistungen im Rahmen des Sozialgesetzbuchs (SGB) ³	4,0
Kinderkomponenten bei der Eigenheimförderung	3,0
Zahlungen an Beamte ⁴	1,9
Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	0,9
Waisenrenten im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV)	0,8
Zuschüsse an Schüler ⁵	0,7
Kinderkomponenten bei Lohnersatzleistungen	0,6
Entlastungsbetrag für Alleinerziehende	0,6
Erhöhtes Wohngeld nach dem WoGG bei Erhöhung der Zahl der zum Haushalt zählenden Familienmitglieder durch Kinder	0,4
Waisenrenten/-beihilfen im Rahmen der Unfallversicherung	0,1
Kinderzuschlag	0,1
Zahlung an die Bundesstiftung „Mutter und Kind“	0,1
Sonderausgabenabzug für Schulgeld ⁶	0,0
Kindbedingter Darlehensteilerlass ⁷	0,0
Insgesamt⁸	47,8

¹ Auch erhöhtes Kindergeld ab dem 4. Kind; ² Freibeträge für Kinder (ohne Solidaritätszuschlag), Abziehbarkeit der Freibeträge für Kinder nach § 32 EStG bei Ermittlung des Solidaritätszuschlags, Abziehbarkeit der Freibeträge für Kinder nach § 32 EStG bei Ermittlung der Kirchensteuer; ³ Regelleistung einschließlich Mehrbedarfe, ohne Leistungen für Unterkunft für Sozialgeldempfänger (für Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren) in Höhe von 540 Millionen Euro, Mehrbedarfzuschläge für Alleinerziehende im ALG II, Leistungen für Unterkunft und Heizung für Empfänger von ALG II – Anteil für Kinder unter 18 Jahren, Mehrbedarfzuschläge für Alleinerziehende bei der Sozialhilfe; ⁴ Familienzuschläge für Besoldungs- und Versorgungsempfänger im Öffentlichen Dienst (Kinderzuschläge), Waisengeld nach Beamtenversorgungsgesetz für Beamte, Richter und Soldaten; ⁵ Das Statistische Bundesamt (2007c) gibt den finanziellen Aufwand für Bafög-Zahlungen an Schüler und Schülerinnen mit 717,3 Millionen Euro an. Dieser Wert wird hier verwendet; ⁶ 45 Millionen Euro; ⁷ 42 Millionen Euro; ⁸ Rundungsdifferenzen.
Quelle: Eigene Zusammenstellung in Anlehnung an BMFSFJ/Fraunhofer Institut, 2008

direkt reduziert, werden in Tabelle 4a dargestellt. Sie belaufen sich auf rund 48 Milliarden Euro. Damit lassen sich fast 53 Prozent der kindbedingten Ausgaben von Familien decken. Die mit Abstand umfangreichsten Maßnahmen stellen dabei mit 34,5 Milliarden Euro das Kindergeld (als monetäre Leistung oder steuerlicher Freibetrag) und sonstige Steuerfreibeträge dar.

In Tabelle 4b sind die zusätzlichen staatlichen Ausgaben für Familien mit Kindern dargestellt. Hierbei handelt es sich um Maßnahmen, die von vornherein durch den Staat getragen werden und keinen kompensatorischen Charakter haben. Diese zusätzlichen Maßnahmen belaufen sich auf 79,2 Milliarden Euro. Der Unterhalt von Schulen ist darin der größte Ausgabenkomplex (49,6 Milliarden

Zusätzliche staatliche Ausgaben durch kostenlose Leistungen für Familien

Tabelle 4b

in Milliarden Euro

Leistungen für Familien mit minderjährigen Kindern	
Allgemeinbildende Schulen	49,6
Beitragsfreie Mitversicherung nicht erwerbstätiger Familienmitglieder (Kinder) im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)	12,3
Jugendhilfe (ohne Kinderbetreuung)	7,6
Sonstige Leistungen im Rahmen der GKV ¹	3,3
Beiträge des Bundes für Kindererziehungszeiten an die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) ²	2,2
Familienkomponente bei der Beihilfe (kinderbezogen)	1,6
Beitragsfreie Mitversicherung nicht erwerbstätiger Familienmitglieder (Kinder) im Rahmen der gesetzlichen Pflegeversicherung (GPV)	0,8
Familienzuschläge für Besoldungs- und Versorgungsempfänger im Öffentlichen Dienst (Verheiratetenzuschlag)	0,6
Unterhaltshöchstbetrag	0,3
Sonstige Leistungen im Rahmen des Sozialgesetzbuchs (SGB) ³	0,3
Begrenztes Realsplitting	0,2
Schwangerschaftskonfliktberatung	0,1
Übernahme von Kinderbetreuungskosten nach SGB III bei Teilnahme an Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung ⁴	0,0
Übernahme von Kosten der Haushaltshilfe und Kinderbetreuung im Rahmen der Unfallversicherung ⁵	0,0
Insgesamt⁶	79,2

¹ Ausnahme vom Ausschluss nicht verschreibungspflichtiger Arzneimittel von der Verordnungsfähigkeit für Kinder bis zwölf Jahre und Jugendliche mit Entwicklungsstörungen, Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft (stationäre Entbindung, ärztliche Betreuung, Hebammenhilfe, häusliche Pflege/Haushaltshilfe), Krankengeld bei Erkrankung des Kindes, Mutter-Kind-Kuren, Haushaltshilfe; ² Siehe dazu Erläuterungen oben im Text; ³ Mehrbedarfzuschläge bei Schwangerschaft im ALG II, Familien- und kindbezogene Einmalleistungen nach SGB II, Familienkomponenten bei der Sozialhilfe (SGB XII), familienbedingte Ausnahme vom Unterhaltsrückgriff; ⁴ 30 Millionen Euro; ⁵ 7 Millionen Euro; ⁶ Rundungsdifferenzen.
Quelle: Eigene Zusammenstellung in Anlehnung an BMFSFJ/Fraunhofer Institut, 2008

Euro). Familien erhalten demnach für ihre minderjährigen Kinder ein kostenloses Bildungsangebot, eine Mitversicherung in der Krankenkasse, Unterstützung durch die Jugendhilfe und andere Leistungen, ohne dass sie dafür einen zusätzlichen finanziellen Aufwand haben.

Aus den kompensatorischen (Tabelle 4a) und zusätzlichen staatlichen Ausgaben (Tabelle 4b) ergeben sich insgesamt staatliche Ausgaben zur Minderung der direkten Kosten der Familien von fast 127 Milliarden Euro.

Die direkten Kosten der Familien, die sich auf 90,2 Milliarden Euro belaufen, werden gut zur Hälfte von staatlicher Seite kompensiert. Zusätzlich dazu werden

Staatsausgaben, die einen direkten Nutzen für Kinder stiften, in Höhe von etwa 79,2 Milliarden Euro getätigt – besonders im Bereich der Bildung (Schulen) und Sozialversicherung.

Von den gesamten direkten Kosten für Kinder im Alter von unter 18 Jahren in Höhe von 169,3 Milliarden Euro tragen somit die Eltern rund 42 Milliarden Euro – also einen Anteil von rund 25 Prozent.

Neben diesen Kosten entstehen Familien mit Kindern indirekte Kosten, das heißt Opportunitätskosten. Durch ein geringeres Angebot am Arbeitsmarkt entgeht den Familien Einkommen. Ferner gehen dadurch auch ihre Zahlungen in die Sozialversicherung zurück – und damit ihre künftigen Ansprüche. Sinkende Ansprüche und Nettoeinkommen sollen von staatlicher Seite durch die beitragsfreie Mitversicherung des Ehegatten und durch das Ehegattensplitting für Familien mit minderjährigen Kindern teilweise ausgeglichen werden.

Andererseits wird vom Staat Infrastruktur in Form von Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt. Dabei handelt es sich um staatliche Ausgaben, die ansonsten von Familien getragen werden müssten. Sie führen dazu, dass die Familien ihren Erwerbwunsch besser realisieren können und wirken damit der Entstehung von Opportunitätskosten entgegen.

Mit den indirekten Kosten von Familien mit minderjährigen Kindern beschäftigen sich die Tabellen 6, 7a und 7b.

Gesamtausgaben für direkte Kosten von Familien mit minderjährigen Kindern

Tabelle 5

in Milliarden Euro und Preisen von 2006

Familienanteil	90,2
+ Gesamter Staatsanteil	127,0
– Staatliche Kompensation des Familienanteils	47,8
= Direkte Gesamtkosten (Familienanteil und zusätzlicher Staatsanteil)*	169,3

* Rundungsdifferenzen.

Quellen: Eigene Berechnungen in Anlehnung an Münich, 2006; Statistisches Bundesamt, 2005 und 2007b; BMFSFJ/ Fraunhofer Institut, 2008

Indirekte Kosten der Familien durch minderjährige Kinder

Tabelle 6

in Milliarden Euro

Bereiche*	
Haushaltsführung	72,2
Körperpflege und Beaufsichtigung	28,7
Spiel und Sport	17,5
Fahrdienste und Wegezeiten	11,2
Kind bei Terminen begleiten	4,8
Hausaufgabenbetreuung und Anleitungen	4,7
Gespräche mit den Kindern	3,3
Sonstiges	2,6
Vorlesen und Erzählen	2,2
Insgesamt	147,2

* Andere Ergebnisse als bei Kahle (2004, 188), da aufgrund der Präferenzen von Paaren annahmegemäß nicht die gesamte für Kinder verwendete Zeit alternativ zur Erwerbstätigkeit verwendet wird.

Quellen: Eigene Berechnung in Anlehnung an Kahle, 2004; Statistisches Bundesamt, 2007a; SOEP, 2006

Staatliche Ausgaben zur Kompensation entstandener Opportunitätskosten

Tabelle 7a

in Milliarden Euro

Leistungen für Familien mit minderjährigen Kindern	
Ehegattensplitting	9,5
Beiträge des Bundes für Kindererziehungszeiten an die GRV ¹	9,2
Beitragsfreie Mitversicherung nicht erwerbstätiger Ehegatten in der GKV und GPV	4,8
Leistungen nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz	2,8
Befreiung von Krankenversicherungsbeiträgen während des Bezugs von Erziehungsgeld, Mutterschaftsgeld und der Elternzeit	1,4
Familienkomponente bei der Beihilfe (ehebezogen)	1,2
Mutterschaftsgeld	0,5
Kinderzulage im Rahmen der Altersvorsorgezulage	0,2
Beiträge des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit während der Erziehungszeit	0,2
Beitragsfreiheit (GPV) während des Bezugs von Mutterschafts- und Erziehungsgeld	0,2
Einmalige Zahlungen nach dem Mutterschutzgesetz (MuSchG) an Frauen, die nicht Mitglieder einer gesetzlichen Krankenkasse sind ²	0,0
Insgesamt	30,0

¹ Siehe Erläuterungen oben im Text; ² 4 Millionen Euro.

Quelle: Eigene Zusammenstellung in Anlehnung an BMFSFJ/Fraunhofer Institut, 2008

In Tabelle 6 sind die Opportunitätskosten von Eltern für die Kinderbetreuungszeiten in unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen dargestellt.²¹ Sie belaufen sich insgesamt auf 147,2 Milliarden Euro, wobei der mit 49 Prozent größte Anteil im Bereich der kindbedingten Haushaltsführung anfällt.

Die in Tabelle 7a dargestellten Maßnahmen in Höhe von 30 Milliarden Euro dienen den Familien mit minderjährigen Kindern als teilweise Kompensation für die entgangenen Einkommen und Sozialversicherungsbeiträge. Diese staatlichen Maßnahmen sollen die Auswirkungen von Opportunitätskosten mildern. Das heißt, dass bei den Familien Einkommensausfälle bereits eingetreten sind. Entgangene Einkommen und Versicherungsbeiträge kompensiert der Staat, indem Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung berücksichtigt werden und der Partner in der Kranken- und Pflegeversicherung beitragsfrei mitversichert ist. Ferner führt die gemeinsame Veranlagung des Haushalts dazu, dass die Familien entlastet werden.

Die in Tabelle 7b aufgeführten zusätzlichen staatlichen Ausgaben in Höhe von 11,2 Milliarden Euro umfassen Maßnahmen, welche dafür sorgen sollen, dass den Familien mit Kindern weniger Opportunitätskosten entstehen. Das wichtigste Instrument dafür ist die staatlich finanzierte Kinderbetreuung.

Staatliche Ausgaben zur Vermeidung von Opportunitätskosten

Tabelle 7b

in Milliarden Euro

Leistungen für Familien mit minderjährigen Kindern	
Kinderbetreuung (Realtransfers: Tagesbetreuung)	10,4
Steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten	0,6
Höchstbetrag für eine Haushaltshilfe	0,2
Steuerfreiheit von Leistungen des Arbeitgebers zur Unterbringung und Betreuung von nicht schulpflichtigen Kindern*	0,0
Insgesamt	11,2

* 10 Millionen Euro.

Quelle: Eigene Zusammenstellung in Anlehnung an BMFSFJ/Fraunhofer Institut, 2008

Aus den kompensatorischen staatlichen Ausgaben und denen zur Vermeidung von Opportunitätskosten (Tabellen 7a und 7b) ergeben sich gesamte staatliche Ausgaben von 41,1 Milliarden Euro bei den indirekten Kosten.

Die indirekten Kosten der Familien belaufen sich auf circa 147 Milliarden Euro, denen 30 Milliarden Euro zur Kompensation von staatlicher Seite gegenüberstehen. Darüber hinaus erhöhen sich die Gesamtausgaben für Kinder (auf familiärer und staatlicher Seite) auf 171,6 Milliarden Euro, da der Staat zusätzliche Ausgaben im Bereich Kindertagesstätten tätigt und aufgrund der verringerten Erwerbstätigkeit weniger Steuern einnimmt (Tabelle 8). Somit beträgt abzüglich der staatlichen kompensatorischen Maßnahmen der Kostenanteil der Familien an den gesamten indirekten Kosten rund 68 Prozent.

Die kindbedingten Gesamtkosten für Familien – als Summe von direkten und indirekten Kosten auf staatlicher und familiärer Seite – belaufen sich auf fast 341 Milliarden Euro (Tabelle 9). Die indirekten Gesamtkosten sind dabei geringfügig höher als die direkten.

Gesamtausgaben für indirekte Kosten von Familien mit minderjährigen Kindern

Tabelle 8

in Milliarden Euro

Familienanteil	147,2
+ Entgangene Steuern	13,3
+ Gesamte staatliche Förderung im Bereich indirekter Kosten	41,1
– Staatliche Kompensation des Familienanteils	30,0
= Indirekte Gesamtkosten (Familienanteil und zusätzlicher Staatsanteil)	171,6

Quellen: Eigene Berechnungen in Anlehnung an Kahle, 2004; Statistisches Bundesamt, 2007a; SOEP, 2006; BMFSFJ/Fraunhofer Institut, 2008

Gesamtausgaben für kindbedingte Familienkosten

Tabelle 9

Familienanteil und zusätzliche Staatsausgaben, in Milliarden Euro

Direkte Gesamtkosten	169,3
Indirekte Gesamtkosten	171,6
Insgesamt	340,9

Quellen: Eigene Berechnungen in Anlehnung an Münnich, 2006; Kahle, 2004; SOEP, 2006; Statistisches Bundesamt, 2005 und 2007a; BMFSFJ/Fraunhofer Institut, 2008

4

Bewertung der staatlichen Förderkulisse

4.1 Das Ungleichgewicht in der staatlichen Förderung

Neben der Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Kosten lässt sich als weiteres Kriterium bei der Analyse der staatlichen Fördermaßnahmen bei den indirekten Gesamtkosten nach Entstehung und Auswirkung differenzieren. Wird

Kategorisierung der kindbedingten familienpolitischen Maßnahmen für Kinder unter 18 Jahren

Tabelle 10

in Milliarden Euro

1. Direkte Förderung		2a. Indirekte Förderung: Vermeidung von Opportunitätskosten		2b. Indirekte Förderung: Verminderung von Opportunitätskosten	
Schulen	49,6	Kinderbetreuung	10,4	Ehegattensplitting	9,5
Kindergeld, sonstige Freibeträge für Kinder	34,5	Steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten	0,6	Beiträge des Bundes an die GRV für Kindererziehungszeiten	9,2
Mitversicherung in der GKV (Kinder)	12,3	Höchstbetrag Haushaltshilfe	0,2	Mitversicherung in der GKV/GPV (Ehegatten)	4,8
Jugendhilfe	7,6	Steuerfreiheit von Kinderbetreuungsleistungen des Arbeitgebers ¹	0,0	Erziehungsgeld	2,8
Sonstige Leistungen (SGB)	4,0			Befreiung von Beiträgen zur GKV während der Elternzeit und des Bezugs von Erziehungs- und Mutterschaftsgeld	1,4
Sonstige Leistungen (GKV)	3,3			Sonstiges	2,3
Kinderkomponente Eigenheimförderung	3,0				
Zahlungen an Beamte	1,9				
Familienkomponente Beihilfe (Kinder)	1,6				
Sonstiges	9,1				
Insgesamt ²	127,0	Insgesamt	11,2	Insgesamt ³	30,0

¹ 10 Millionen Euro; ² Rundungsdifferenzen; ³ Witwenrenten finden keinen Eingang in diese Untersuchung, da sie nicht eindeutig der kindbedingten Familienförderung zuzuordnen sind. Sie werden auch an Witwen/Witwer ohne Kinder gezahlt. Es ist aber davon auszugehen, dass ein nicht unerheblicher Anteil (von insgesamt 40,5 Milliarden Euro) Witwen/Witwern zugute kommt, die Kinder haben und teilweise nicht berufstätig waren. Würden diese Zahlungen berücksichtigt, wären die Leistungen zur Verminderung von Opportunitätskosten in der Summe höher als in dieser Aufstellung.

Quelle: Eigene Zusammenstellung in Anlehnung an BMFSFJ/Fraunhofer Institut, 2008

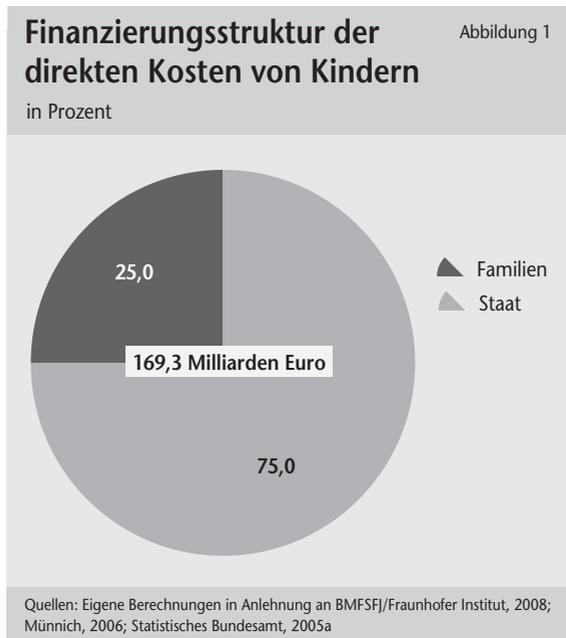
bei den Auswirkungen von Opportunitätskosten angesetzt, bedeutet das, dass bereits entstandene Opportunitätskosten aus Sicht der Familien durch die Fördermaßnahmen lediglich abgeschwächt werden. Die Befreiung von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen während des Bezugs von Erziehungs- und Mutterchaftsgeld und während der Elternzeit reduzieren die Auswirkungen der Opportunitätskosten. Andererseits gibt es Maßnahmen, die bereits die Entstehung von Opportunitätskosten verringern – beispielsweise Kindertagesstätten oder der Kinderzuschlag.²²

Legt man diese Einteilung zugrunde, ergibt sich für den staatlichen Maßnahmenkatalog die Kategorisierung in Tabelle 10.

Die direkte Förderung hat mit fast 76 Prozent den bei weitem größten Anteil an der Gesamtförderung, die etwa 168 Milliarden Euro beträgt. Die Fördermaßnahmen, mit denen die Entstehung von Opportunitätskosten vermindert wird, beziffern sich auf lediglich 11,2 Milliarden Euro (fast 6,7 Prozent). Ein Anteil von fast 18 Prozent kommt dagegen den Maßnahmen zur Linderung der Auswirkungen von Opportunitätskosten zu.

An den Abbildungen 1 und 2 wird deutlich, dass die staatliche Förderung stärker auf die direkten Kosten zielt. Der Staat beteiligt sich an den direkten Gesamtkosten für Kinder fast 2,4-mal mehr als an den indirekten Gesamtkosten. Während die Familien von den direkten Kosten nur 25 Prozent selbst tragen müssen, sind es bei den indirekten Kosten rund 68 Prozent.

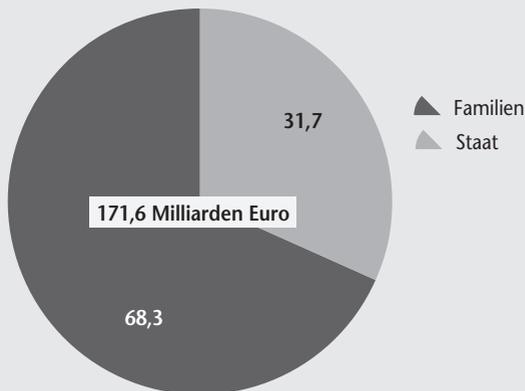
Aus den Tabellen 5 und 8 ging hervor, dass die indirekten Kosten von Familien vor der staatlichen Förderung etwa 1,6-mal so hoch sind wie die direkten Kosten. Nach der staatlichen Förderung, die – wie gesagt – die direkten Kosten stärker ausgleicht als die indirekten, hat sich das Verhältnis für



Finanzierungsstruktur der indirekten Kosten von Kindern

Abbildung 2

in Prozent



Quellen: Eigene Berechnungen in Anlehnung an BMFSFJ/Fraunhofer Institut, 2008; Kahle, 2004; SOEP, 2006; Statistisches Bundesamt, 2007a

die Familien weiter zu-
lasten der indirekten
Kosten verändert. Sie
müssen nun fast 2,8-mal
mehr indirekte als di-
rekte Kosten tragen.

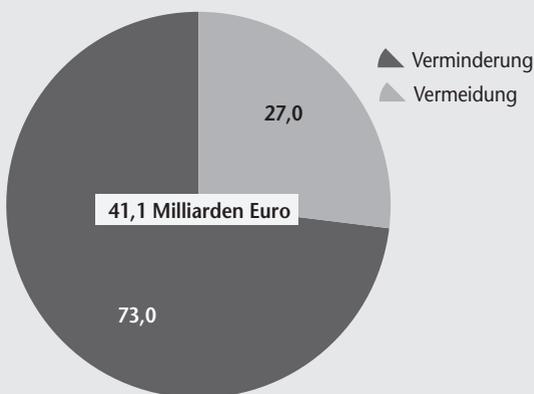
Dass die direkten
Kosten vom Staat stärker
ausgeglichen werden als
die indirekten, kann aus
sozialpolitischen Grün-
den gerechtfertigt er-
scheinen. Einkommens-
schwache Haushalte
könnten die Lebenshal-
tungskosten für Kinder
ohne die Unterstützung
ansonsten nicht in aus-
reichendem Maße finan-
zieren. Das würde sich
negativ auf die Entwick-
lung der Kinder auswir-
ken. Wie Abschnitt 4.2
diskutieren wird, ist
diese Argumentation mit
Bezug auf die Kinder-
armut jedoch nicht über-
zeugend.

Betrachtet man nur
die indirekte staatliche
Förderung nach ihren
Zielen Vermeidung oder
Verminderung von Op-
portunitätskosten (Ab-
bildung 3), zeigen sich
diese Anteile: 27 Prozent
der Maßnahmen setzen
an der Entstehung und

Staatliche Förderung zur Vermeidung und Verminderung von Opportunitätskosten

Abbildung 3

in Prozent



Quelle: Eigene Berechnungen in Anlehnung an BMFSFJ/Fraunhofer Institut, 2008

73 Prozent der Maßnahmen an den Auswirkungen dieser Kosten an. Würde die Entstehung von Opportunitätskosten mithilfe entsprechender Maßnahmen stärker eingedämmt, so würden Maßnahmen bezüglich der Auswirkungen automatisch geringer ausfallen. Dies kann am Beispiel des Ausbaus der Kindertagesstätten verdeutlicht werden. Die bessere Infrastruktur im frühkindlichen Bereich steigert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, daraus resultieren verbesserte Erwerbschancen. In Paarhaushalten führt die Erwerbstätigkeit beider Partner zu niedrigeren ehebezogenen Leistungen (beitragsfreie Mitversicherung des Ehegatten in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung, Ehegattensplitting). Staatlichen Kosten in Höhe von jährlich 8.000 Euro für einen Kindertagesstättenplatz für Unter-Dreijährige stehen staatliche Entlastungen in vielen Bereichen des familienpolitischen Budgets gegenüber. Allein die Entlastungen beim Ehegattensplitting und bei der Kranken- und Pflegeversicherung dürften einen großen Teil der Kosten decken.

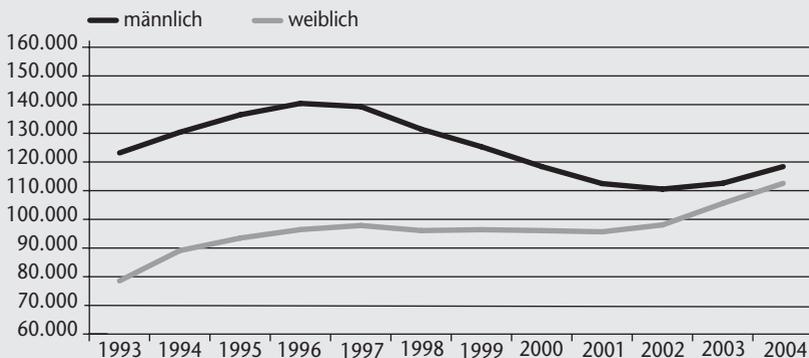
4.2 Zukünftige Entwicklungen und Handlungsbedarf

Mit der vorhergehenden Analyse ist deutlich geworden, dass die Opportunitätskosten, denen sich Eltern gegenübersehen, bei weitem die direkten Kosten für ihre Kinder übersteigen. Es ist anzunehmen, dass diese indirekten Kosten in Zukunft weiter zunehmen werden – denn Frauen erreichen im Durchschnitt ein immer höheres Qualifikationsniveau und damit höhere Gehaltsklassen. Zum Beispiel steigt die Zahl der weiblichen Hochschulabsolventen seit vielen Jahren.

Anzahl der männlichen und weiblichen Hochschulabsolventen

Abbildung 4

Entwicklung im Zeitraum 1993 bis 2004



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2006

Während 1993 nur rund 78.500 Frauen ein Studium beendet haben, waren es im Jahr 2004 rund 112.500. Bei den Männern ist im selben Zeitraum ein Rückgang der Hochschulabsolventen von rund 123.000 um 3,9 Prozent auf rund 118.500 zu verzeichnen. Der Anteil weiblicher Hochschulabsolventen an allen Absolventen ist in dieser Zeit von 38,9 Prozent auf 48,7 Prozent gestiegen.

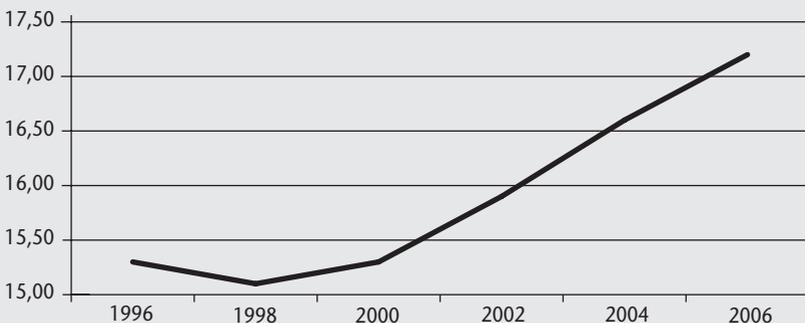
Die steigenden Qualifikationen von Frauen lassen sich auch anhand der Tatsache verdeutlichen, dass im Jahr 2006 die Anzahl der weiblichen Schulabgänger mit allgemeiner Hochschulreife die der männlichen Schulabsolventen um rund 28 Prozent übertroffen hat. Während rund 107.000 Männer die allgemeine Hochschulreife erlangt haben, waren es knapp 137.000 Frauen (Statistisches Bundesamt, 2007b, 256).

Der Stundenlohn für hochqualifizierte Frauen steigt. Diese Entwicklung lässt sich anhand der Abbildung 5 nachvollziehen, die den durchschnittlichen Bruttostundenlohn von Frauen mit tertiärem Bildungsabschluss darstellt. Dieser Lohn hat sich in den letzten zehn Jahren um 1,90 Euro auf 17,20 Euro erhöht.

Entwicklung des durchschnittlichen Bruttostundenlohns von Frauen mit tertiärem Bildungsabschluss

Abbildung 5

in Euro, im Zeitraum 1996 bis 2006



Quelle: Eigene Berechnungen in Anlehnung an das SOEP, verschiedene Jahrgänge

Wie aus den Abbildungen 4 und 5 hervorgeht, sind sowohl die Qualifikationen junger Frauen als auch der Lohn hochqualifizierter Frauen gestiegen. Daraus folgt ein Anstieg ihrer Opportunitätskosten. Diese höheren Opportunitätskosten gehen in ihr Kalkül ein, sich für oder gegen Kinder zu entscheiden. Ein Resultat davon ist, dass Akademikerinnen die Entscheidung für Kinder immer schwerer fällt. So belegt Roloff (2003, 12), dass in Westdeutschland der Anteil kinderloser Akademikerinnen zunimmt. Außerdem haben Untersuchungen gezeigt, dass Frauen, die

eine Erziehungspause einlegen, danach nicht mehr das gleiche Lohnniveau wie Frauen erreichen, die keine Auszeit genommen haben, obwohl sie vor der Pause ein identisches Qualifikations- und Lohnniveau vorzuweisen hatten (Beblo et al., 2006; Anger/Plünnecke, 2008).

Als Handlungsempfehlung für die Politik lässt sich aus diesen Befunden eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf ableiten. Maßnahmen, die dieses Ziel verfolgen, minimieren die Opportunitätskosten für Frauen. Gerade hochqualifizierte Frauen haben im Zuge des Fachkräftemangels bessere Erwerbsaussichten als bisher. Doch nicht nur aus Sicht der Wirtschaft, sondern auch aus der Perspektive der Frauen ist eine Förderung der Frauenerwerbstätigkeit zu befürworten: So übersteigen bei Frauen die gewünschten Arbeitszeiten die tatsächlichen. Das wird daran deutlich, dass von rund 50 Prozent der Paare mit Kindern eine Voll- oder Teilzeiterwerbstätigkeit der Mütter gewünscht wird. Tatsächlich gelingt es aber nur einem Drittel, dies zu realisieren (Eichhorst et al., 2007, 39). Von westdeutschen Müttern mit Kindern unter drei Jahren geben 77 Prozent an, dass nur ein Elternteil erwerbstätig ist. Angestrebt wird dieses Modell jedoch lediglich von 14 Prozent der befragten Mütter (Beckmann, 2002, 5).

Die hohen Opportunitätskosten, denen sich hochqualifizierte Frauen gegenübersehen, müssten stärker als derzeit in das Kalkül des Staates einfließen. Der Ausgleich der indirekten Kosten der Familien ist relativ gering und wird vor allem zur Kompensation bereits entstandener Opportunitätskosten eingesetzt. Das Ungleichgewicht der staatlichen Leistungen verzerrt die Nutzenentscheidungen von Familien. Doch jüngere Politikmaßnahmen wie das Elterngeld oder der Ausbau der Kinderbetreuung für die Unter-Dreijährigen zeigen, dass den Opportunitätskosten von Familien zunehmend Rechnung getragen wird. Das Elterngeld trägt dabei gemischte Charakterzüge. Zum einen kompensiert es die entstandenen Opportunitätskosten im ersten Jahr der Kinderbetreuung. Zum anderen erhöht es den Anreiz, nach einem Jahr wieder in den Arbeitsmarkt zurückzukehren und wirkt damit der Entstehung von Opportunitätskosten in späteren Lebensphasen des Kindes entgegen.

Die Handlungsempfehlung an den Staat, die aus dieser Analyse der familiären Kostenstrukturen und der familienpolitischen Maßnahmen folgt, lautet: Die Förderkulisse sollte neu ausgerichtet werden. Die staatlichen Maßnahmen für Familien mit Kindern sind – möglichst aufkommensneutral – stärker als bisher als indirekte Förderung auszugestalten. Dabei sollte der Fokus auf die Verhinderung von Opportunitätskosten gerichtet werden. Zurzeit gibt es eine verzerrte Anreizstruktur in der Förderkulisse. Um Wahlfreiheit zu gewährleisten, sollte diese Neuausrichtung – die durch den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur für

Kleinkinder zum Teil schon vorgenommen wird – weiter vorangetrieben werden. Eine Umschichtung von direkter zu indirekter Förderung könnte das zurzeit bestehende Ungleichgewicht in der Förderkulisse vermindern, ohne dass sich daraus ein Zwang zur Erwerbstätigkeit ergibt.

Dies ist näher zu erklären. Wichtig ist der Hinweis, dass es sich beim Umbau der Förderkulisse nicht um eine aktive Umschichtung handelt. Vielmehr wird mit dem Ausbau der frühkindlichen Bildung ein Automatismus in Gang gesetzt, der zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf führt. Dann können die zurzeit ungewollt nicht erwerbstätigen oder nur Teilzeit erwerbstätigen Elternteile ihre gewünschten Erwerbszeiten realisieren. Das führt wiederum dazu, dass sich die Inanspruchnahme ehebezogener familienpolitischer Maßnahmen – wie das Ehegattensplitting und die beitragsfreie Mitversicherung des Ehegatten in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung – automatisch reduziert.

Außerdem ist zu erwarten, dass mit einer Politik, welche die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit verbessert, die Geburtenrate erhöht und damit ein Ziel einer nachhaltigen Familienpolitik erreicht wird. Derzeit entscheiden sich Paare mit Kinderwunsch oftmals wegen der mangelnden Vereinbarkeit gegen Kinder. So zeigt eine Studie der OECD (2007a), dass beispielsweise in den skandinavischen Ländern verglichen mit dem OECD-Durchschnitt die Betreuungsinfrastruktur besonders gut ausgebaut ist und viele Frauen erwerbstätig sind. Das geht mit einer vergleichsweise hohen Geburtenrate einher (siehe dazu auch Funcke, 2006).

Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, ist aber mehr nötig als eine bessere Betreuungsinfrastruktur. Ebenso sollte eine familienfreundlichere Arbeitswelt geschaffen werden. Den Eltern sollten beispielsweise flexiblere Arbeitszeitmodelle zur Verfügung stehen, um den Zeitstress in ihrer Familie zu reduzieren. Die Entwicklungen in der Wirtschaft in den letzten Jahren zeigen in diesem Punkt erhebliche Fortschritte (BMFSFJ, 2006).

Eine Umschichtung von den direkten zu den indirekten Maßnahmen und innerhalb der indirekten Förderung hin zur Vermeidung von Opportunitätskosten kann auch helfen, die bestehende Kinderarmut zum Teil einzudämmen. Eine höhere Erwerbstätigkeit ist ein wichtiger Schlüssel zur Bekämpfung von Armut in Familien. Daher bietet eine Erhöhung der Frauenerwerbstätigkeit und der Erwerbstätigkeit von Eltern generell eine bessere finanzielle Grundlage für die Versorgung von Kindern und ihre soziale Sicherung.

Im 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird attestiert, dass „das Armutsrisiko von Familienhaushalten ... in starkem Maße davon abhängig [ist], ob und wie viele Einkommensbezieher im Haushalt leben. ... Mit der Auf-

nahme einer Vollzeitbeschäftigung durch ein oder mehrere erwerbsfähige Haushaltsmitglieder sinkt die Armutsgefährdung auf 8 Prozent beziehungsweise 5 Prozent. Eine gezielte Förderung und Vermittlung in Arbeit und Ausbildung sowie die Bereitstellung unterstützender Hilfen wie Beratung und Kinderbetreuung sind daher von erheblicher Bedeutung“ (BMAS, 2008, 95). Auch aus dem Nationalen Aktionsplan für ein kindgerechtes Deutschland 2005–2010 geht hervor, dass aufgrund der geringen Wirksamkeit der direkten Hilfen wie Kinder- und Erziehungsgeld ein „Paradigmenwechsel“ nötig ist – unter anderem hin zu einem Infrastrukturausbau und umfangreichen Maßnahmen zur Erwerbsintegration von Frauen.

Eine empirische Fundierung dieser Handlungsempfehlung liefert beispielsweise eine Studie (Whiteford/Adema, 2007, 36), die staatliche Maßnahmen gegen Kinderarmut im OECD-Vergleich untersucht hat. Als Fazit ergibt sich für Deutschland die Priorität, mit Reformmaßnahmen die Erwerbstätigkeit beider Elternteile zu fördern.

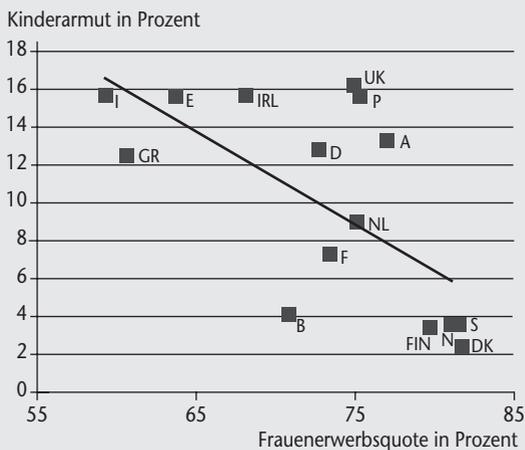
Ökonomische Studien über das Thema Kinderarmut haben ergeben, dass die Erwerbstätigkeit beider Elternteile oder des alleinstehenden Elternteils ein wichtiger Schlüssel zur Bekämpfung der Kinderarmut ist.²³ Bezüglich Frauenerwerbstätigkeit kommt Becker (2002) in einer empirischen Untersuchung zu dem Schluss, dass in Westdeutschland in Paarhaushalten mit Kindern das Armutsrisiko bereits durch eine Teilzeiterwerbstätigkeit von Frauen erheblich sinkt. Dabei findet die Erwerbsbeteiligung des Mannes keine Berücksichtigung.

Auf Basis von Daten des SOEP hat Tamm (2007, 44) untersucht, wie dynamisch die Entwicklung in und aus Armutsverhältnissen in Deutschland verläuft. Mit Beginn einer Erwerbstätigkeit in einem – zuvor armen – Haushalt mit beiden leiblichen Eltern liegt demnach die Wahrscheinlichkeit bei 86 Prozent, dass der Haushalt die Armutssituation verlassen kann. Diese Wahrscheinlichkeit liegt im Haushalt eines alleinerziehenden Elternteils, der nun eine Arbeitsstelle findet, bei 71,2 Prozent. Allerdings lässt sich diese um rund 15 Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit darauf zurückführen, dass Alleinerziehende per se einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt sind. So beträgt beispielsweise die Wahrscheinlichkeit, der Armut zu entkommen, 55,6 Prozent, wenn in dem Haushalt mit einem alleinerziehenden Elternteil ein Erwachsener hinzukommt. Eine Untersuchung von Jenkins et al. (2002) zur Einkommensarmut von Kindern im deutsch-britischen Vergleich hat ergeben, dass „die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ... in beiden Ländern das beste Mittel [ist], um der Armut zu entkommen“. Als Handlungsempfehlung für die deutsche Politik ergibt sich daraus eine Fokussierung auf eine Förderung der Erwerbstätigkeit und eine bessere Kinderbetreuung.

Der wichtige Beitrag, den die Frauenerwerbstätigkeit zur Senkung der Kinderarmut leistet, wird auch im EU-Kontext deutlich. Vergleicht man die Daten für Kinderarmut und Frauenerwerbstätigkeit aus den alten EU-Mitgliedstaaten (EU-15), zeigt sich ein Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Frauenerwerbstätigkeit in dem jeweiligen Land und der Höhe der Kinderarmut. So gibt es beispielsweise in Italien eine vergleichsweise hohe Kinderarmut von 15,7 Prozent – und gleichzeitig eine geringe Frauenerwerbstätigkeit (59,3 Prozent aller 15- bis 64-jährigen Frauen). Auf der anderen Seite verfügen die skandinavischen Länder über eine hohe Erwerbstätigenquote von Frauen (zum Beispiel 81,7 Prozent in Dänemark) und einen geringen Anteil armer Kinder: Die Kinderarmut in Dänemark liegt bei 2,4 Prozent. Auch wenn man beachten muss, dass eine Vielzahl von Faktoren die Kinderarmut in einem Land beeinflusst, lässt sich dennoch an Abbildung 6 ablesen, dass eine höhere Frauenerwerbstätigkeit in besonderem Maße mit einer niedrigeren Kinderarmut einhergeht.

Als Instrumente, um die Kinderarmut einzudämmen, stehen dem Staat – wie bereits oben dargestellt – monetäre Transfers wie das Kindergeld und Sachleistungen zur Verfügung. Der statistische Zusammenhang zwischen der Höhe der Sachleistungen und der Kinderarmut wird in Abbildung 7 erkennbar. So weisen

Erwerbstätigkeit von Frauen und Kinderarmut im EU-Vergleich Abbildung 6



Frauenerwerbsquote: 15- bis 64-jährige Frauen;
 Kinderarmut: Anteil der Kinder, deren gewichtetes Pro-Kopf-Nettoeinkommen unter 50 Prozent des Medianeinkommens liegt.
 Quelle: Eigene Berechnungen in Anlehnung an OECD, 2007a

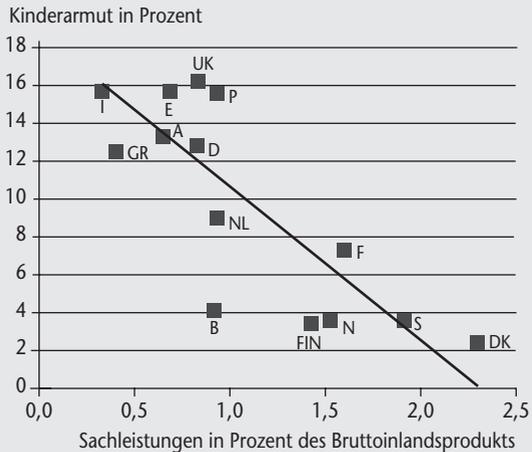
Staaten wie Schweden und Dänemark, die – am BIP gemessen – hohe Ausgaben für Sachleistungen aufwenden, eine vergleichsweise geringe Kinderarmut auf, während in Staaten mit geringen Sachleistungen wie Irland die Kinderarmut ein größeres Problem darstellt.

Aus der Fachliteratur und den Datenauswertungen wird deutlich, dass eine abgestimmte Strategie aus Geld- und Sachleistungen die Kinderarmut verringert. Basierend auf den oben geschilderten OECD-Empfehlungen

scheint für Deutschland jedoch insbesondere ein Ausbau der Infrastrukturleistungen angebracht. Denn die Geldleistungen haben hierzulande – im Gegensatz zu den Sachleistungen – bereits ein sehr hohes Niveau erreicht. Durch die Infrastruktur kann bei Familien mit einem oder zwei Kindern die Erwerbstätigkeit der Eltern gefördert werden. Das ist der beste Schutz vor Kinderarmut. Bei den Geldleistungen wie dem Kindergeld wäre jedoch eine differenzierte Betrachtung lohnenswert. Insbesondere bei Mehrkindfamilien kann der Schutz vor Kinderarmut nämlich auch über höhere Kindergeldleistungen gewährleistet werden (Prognos, 2008).

Familienpolitische Sachleistungen und Kinderarmut im EU-Vergleich

Abbildung 7



Sachleistungen: zum Beispiel Infrastruktur (Tagespflegeeinrichtungen etc.), jedoch keine Geldleistungen;
 Kinderarmut: Anteil der Kinder, deren gewichtetes Pro-Kopf-Nettoeinkommen unter 50 Prozent des Medianeinkommens liegt.
 Quelle: Eigene Berechnungen in Anlehnung an OECD, 2007a und 2008

Die Befunde aus Teil I legen nahe, dass ein Ausbau der Betreuungsinfrastruktur nicht nur aus ökonomischen, sondern auch aus sozialpolitischen Gründen erfolgen sollte – nämlich um die Kinderarmut einzudämmen.

Teil II: Analyse des Einflusses der Familie auf die Entwicklung von Kindern

Schwerpunkt des zweiten Teils dieser Studie ist die Untersuchung, wie stark familiäre Faktoren die Gesundheit und Bildung von Kindern beeinflussen. Bei einigen dieser Fragestellungen steht die Bedeutung der Familienstruktur im Mittelpunkt. In Abschnitt 5.1 werden daher zunächst wichtige Ergebnisse von Untersuchungen zur Bedeutung der Familienstruktur (Paarfamilien mit leiblichen Kindern und andere Familienformen) auf die Entwicklung der Kinder dargestellt. In den Abschnitten 5.2 und 5.3 werden wichtige Faktoren vorgestellt, welche die Bildung und die Gesundheit von Kindern beeinflussen, so Zeit, Geld und Infrastruktur.

Auf Basis dieser breiten theoretischen Grundlage wird dann in Kapitel 6 empirisch überprüft, von welchen familiären Faktoren der Bildungsstand von Kindern abhängt. Neben der Familienstruktur werden vor allem der Bildungshintergrund der Eltern, der Besuch einer frühkindlichen Bildungseinrichtung und der Erwerbsstatus der Mutter näher untersucht. Es soll überprüft werden, welche dieser familiären Variablen den stärksten Erklärungsgehalt für die Bildung der Kinder hat. Als Datengrundlage dafür dient der PISA-Datensatz der OECD.

Kapitel 7 geht dem Einfluss familiärer Faktoren – zum Beispiel Familienstruktur, familiärer Zusammenhalt und Schichtzugehörigkeit – auf den Gesundheitszustand der Kinder nach. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob die Familienstruktur wie in Abschnitt 5.1 beschrieben für die Entwicklung der Kinder von zentraler Bedeutung ist – oder ob nicht vielmehr Faktoren wie der familiäre Zusammenhalt wichtiger für das Wohlergehen der Kinder sind. Diese Frage wird mithilfe der KiGGS-Daten des Robert-Koch-Instituts untersucht.

5

Der Einfluss familiärer Faktoren auf Gesundheit und Bildung von Kindern

5.1 Der Einfluss der Familienstruktur auf die Entwicklung von Kindern

Einige Untersuchungen zum Einfluss familiärer Faktoren auf die Entwicklung von Kindern stellen die Familienstruktur in den Mittelpunkt. Hierbei ist es jedoch wichtig, die Probleme der Selektivität und der sogenannten unbeobachtbaren He-

terogenität zu berücksichtigen. Eventuell beobachtbare Zusammenhänge zwischen Familienstruktur und Entwicklung der Kinder können auch auf dritte Faktoren zurückzuführen sein, die nicht beobachtet werden können und gleichermaßen Familienstruktur und kindliche Entwicklung beeinflussen (Björklund et al., 2007, 183 f.). Nach Kontrolle sowohl der sozioökonomischen Variablen als auch der Selektivität bleibt der Einfluss der Familienstruktur in vielen Studien bestehen. In einigen Studien verringert sich der Einfluss der Familienstruktur, aber er bleibt signifikant (McLanahan/Sandefur, 1994; Ginther/Pollak, 2003; Sandefur/Wells, 1999; Ermisch/Francesconi, 2001; Gennetian, 2005). Es gibt jedoch auch Studien, die keinen Effekt der Familienstruktur finden, wenn die unbeobachtbare Heterogenität kontrolliert wird, zum Beispiel Björklund et al. (2007). Die Autoren messen den Einfluss der Familienstruktur auf den Erfolg der Kinder anhand der Bildungsjahre und ihres späteren Verdienstes. Der Einfluss der Familienstruktur wird insignifikant, wenn der Effekt unterschiedlicher Familien herausgerechnet wird (Family-fixed-effects-Modell). Dabei untersuchen sie Geschwister, die in derselben Familie aufwachsen, aber zum Zeitpunkt der Trennung der Eltern unterschiedlich alt waren. Sie testen dabei die Hypothese, dass die Dauer der Jahre, die Kinder bei beiden leiblichen Eltern verbracht haben, relevant für ihre Entwicklung ist. Eine Unterscheidung nach dem Alter der Kinder findet nicht statt.

Die wenigen Studien aus Deutschland können keine Effekte der Familienstruktur auf die Entwicklung der Kinder feststellen – mit einer Ausnahme: nämlich der Wahrscheinlichkeit, Raucher zu werden. Mithilfe multivariater Analysen und Geschwisteranalysen ermitteln Francesconi et al. (2006) anhand des SOEP für Kinder der Jahrgänge 1966 bis 1986 die Folgen unterschiedlicher Familienstrukturen. Der Familientyp unterscheidet zwischen Kindern, die immer bei beiden leiblichen Eltern gelebt haben, und solchen, die mindestens ein Jahr in einer anderen Familienform verbracht haben. Als erklärende Variablen gehen Familientyp, Alter zum Zeitpunkt der letzten Beobachtung, Geburtsjahr, Geschlecht, das Merkmal Einzelkind, Geschwisterzahl, Geburtenfolge, Bundesland, Alter der Mutter bei der Geburt, höchster Bildungsabschluss der Eltern, zum Teil das Haushaltseinkommen und die Zahl der Erwerbsjahre der Mutter ein. Als Ergebnis stellen die Autoren fest, dass es keinen Einfluss des Familientyps auf die Wahrscheinlichkeit gibt, das Abitur oder einen höheren Bildungsabschluss zu erlangen. Allerdings finden sie für deutsche Kinder in Westdeutschland einen negativen Effekt der „anderen Familienformen“: Kinder aus solchen Haushalten sind im 14. Lebensjahr seltener auf dem Gymnasium zu finden. Es besteht aber kein Einfluss auf das Arbeitslosigkeitsrisiko in der Jugend – lediglich eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass die Jugendlichen rauchen.

Winkelmann (2003) konnte mit der Zufriedenheits-Skala des SOEP nicht belegen, dass das Aufwachsen in einer anderen Familienform einen negativen Effekt auf das subjektive Wohlbefinden der Kinder hat. Als „andere Familienform“ wird in seiner Studie das Zusammenleben nur mit der Mutter, nur mit dem Vater oder ohne Elternteil definiert. Ein Grund dafür, dass ein Zusammenhang fehlt, kann darin bestehen, dass die Trennung der Eltern einen Selektionsbias enthält: Ehen, die in einer Trennung enden, können auch während ihres Bestehens unvorteilhaft für die Kinder gewesen sein. Unter Umständen leiden die Kinder unter einer schlechten Ehe stärker als unter einer Trennung.

Jenkins/Schlüter (2002) fanden heraus, dass die Wahl der weiterführenden Schule in keinem Zusammenhang zur Trennung der Eltern oder dem Zusammenleben mit einem neuen Partner steht. Auch Bohrhardt (2000) stellt fest, dass die Scheidung der Eltern die Wahrscheinlichkeit des Schulerfolgs nicht beeinflusst.

Dagegen deuten Studien, welche die psychosozialen Belastungen der Kinder untersuchen, auf Stressreaktionen und eine Beeinträchtigung der psychosozialen Gesundheit der Kinder aus den anderen Familienformen hin (Hagen/Kurth, 2007). Dies äußert sich in Verunsicherung, Ängsten, psychischen und Verhaltensauffälligkeiten, schulischen Problemen und Beziehungskonflikten (Gloger-Tippelt/König, 1999). Bohrhardt (zitiert in Hagen/Kurth, 2007, 26) stellt in seiner Studie fest, dass Kinder die Auseinandersetzungen und Konflikte, die eine Trennung häufig begleiten, durch die Stimmungsschwankungen der Eltern und Auswirkungen auf den elterlichen Erziehungsstil zu spüren bekommen. Dabei spielt das Alter der Kinder eine Rolle. So fanden Reis und Meyer-Probst (1999) in ihrer Untersuchung heraus, dass alleinerziehende Mütter von Kindern im Alter bis zu zehn Jahren häufiger über Erziehungsschwierigkeiten berichten und ihren Erziehungsstil eher als autoritär bezeichnen als Alleinerziehende mit älteren Kindern.

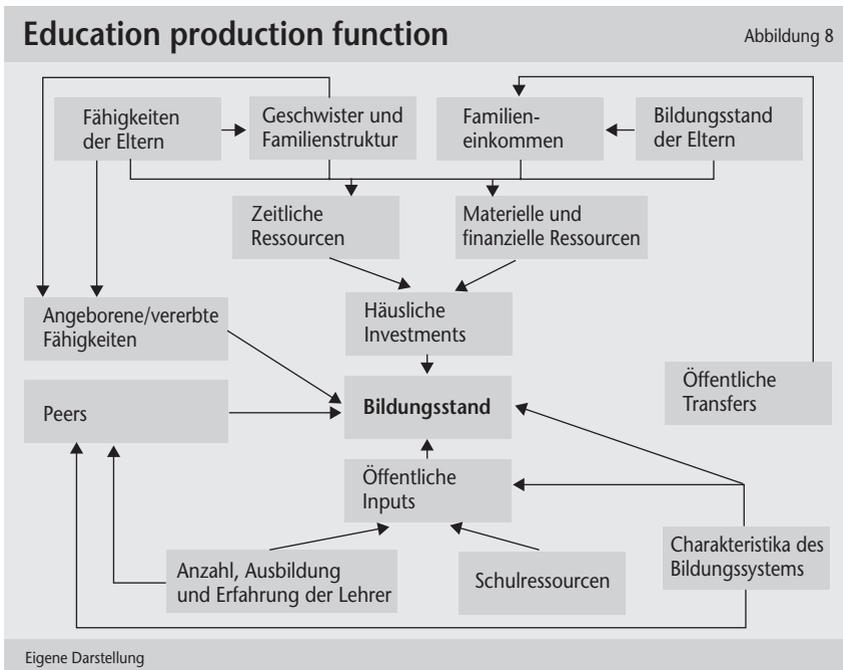
Als Fazit lässt sich festhalten, dass für Deutschland keine klare Aussage darüber besteht, ob die Familienstruktur die Entwicklung der Kinder beeinflusst. Ob und inwieweit es jedoch zu Beeinträchtigungen der Kinder kommt und welche Faktoren positiv oder negativ auf die Entwicklung der Kinder wirken, wird im Rahmen dieser Studie analysiert. Bei der Analyse sollen dabei die Familienstruktur und andere wichtige familiäre Einflussfaktoren – zum Beispiel der familiäre Bildungshintergrund für die Entwicklung des Bildungsstands des Kindes oder der familiäre Zusammenhalt für den Gesundheitszustand – betrachtet werden. Im Gegensatz zu Francesconi et al. (2006) können in der vorliegenden Studie – mithilfe der KiGGS-Daten – auch Variablen wie der familiäre Zusammenhalt, persönliche Ressourcen und soziale Unterstützung berücksichtigt werden.

Es ist zu prüfen, inwieweit der familiäre Bildungshintergrund und der familiäre Zusammenhalt einen stärkeren Einfluss ausüben als die Familienstruktur und ob Letztere bei einer gemeinsamen Betrachtung signifikante Effekte hat. Vor diesen empirischen Untersuchungen zum Bildungsstand und zur Gesundheit wird zunächst in den Abschnitten 5.2 und 5.3 der theoretische Hintergrund erläutert.

5.2 Theoretische Analyse des Bildungsstands von Kindern

Den theoretischen Rahmen zur Analyse des Zusammenhangs von Familienstrukturen und Bildungsstand des Kindes bildet eine sogenannte „Education production function“. Diese Funktion stellt eine Beziehung zwischen dem Bildungsstand einer Person und verschiedenen Einflussfaktoren auf diese Outputgröße dar. Anhand dieses theoretischen Rahmens ist es möglich, Einflussfaktoren für einen niedrigen oder hohen Bildungsstand eines Individuums abzuleiten, welche die Grundlage für empirische Analysen bilden können.

In Abbildung 8 ist diese Funktion grafisch dargestellt. Darin sind die Faktoren enthalten, die den Bildungsstand einer Person beeinflussen, sowie ihre Wechselwirkungen. Im oberen Teil des Schaubildes stehen die privaten/familiären Investitionen und im unteren Bereich die öffentlichen Investitionen.



Im Überschneidungsbereich zwischen privaten und öffentlichen Investitionen befinden sich zum einen die staatlichen Transfers an Familien, die deren privates Einkommen erhöhen. Zum anderen stehen die Mitlernenden – die sogenannten „Peers“ – an der Schnittstelle zwischen privatem und öffentlichem Bereich. Welche Mitschüler ein Kind hat, wird nicht nur durch das Schulsystem und die Schule bestimmt. Auch die Eltern können die Zusammensetzung des sozialen Umfelds in der Klasse beeinflussen, und zwar durch die Schulwahl oder die Wahl des Wohnorts.

Folgende Determinanten haben ebenfalls einen Einfluss auf den Bildungsstand eines Kindes:

Familiärer Hintergrund/Häusliche Investments

Bereits 1979 betrachteten Becker/Tomes den Bildungsstand der Kinder als Ergebnis der elterlichen Entscheidungen und somit der häuslichen Investitionen (Home Investments). Um den eigenen Nutzen zu maximieren, der durch ihre Präferenzen und das verfügbare Einkommen bestimmt wird, entscheiden die Eltern, welche Ressourcen unter anderem für Konsum, Fertilität, Ersparnisse, Wohnen und auch für Kinder aufgewendet werden, die sie als Investition betrachten. Die Eltern bestimmen somit nicht nur die Anzahl der Kinder, sondern zum Teil auch deren Bildungsstand. Sie entscheiden, in welchem Umfang materielle, ideelle, zeitliche und finanzielle Ressourcen den Kindern zur Verfügung gestellt werden (Becker/Tomes, 1979; 1986; Haveman/Wolfe, 1995, 1832 ff.).

Dahinter steht der Gedanke, dass Home Investments in Form von Büchern, eigenem Schreibtisch, die Schule ergänzende Lehrangebote, bezahlter Nachhilfe und anderem den Lernerfolg der Kinder steigern. Neben diesen finanziellen und materiellen Ressourcen (Good Inputs) spielt auch die Zeit, die Eltern für ihre Kinder aufbringen (Time Inputs), eine wesentliche Rolle (Becker/Tomes, 1979; 1986; Haveman/Wolfe, 1995, 1832 ff.). Die zeitlichen Investitionen der Eltern umfassen beispielsweise die Unterstützung bei Hausaufgaben, ihr Engagement bei schulischen Veranstaltungen oder die Zeit, die für die gemeinsame Lösung von Problemen aufgewendet wird. Die Inputs der Eltern in die Bildung ihrer Kinder stehen dabei in einem relativ engen Zusammenhang zu ihrem eigenen Bildungsstand. Eltern, die Bildung für wichtig erachten, werden auch ihren Kindern die Bedeutung von Bildung nahebringen. Eltern mit qualifizierter Ausbildung fällt es leichter als Eltern mit einfacherem Bildungshintergrund, ihre Kinder bei Lernproblemen auch fachlich zu unterstützen. Außerdem schicken Eltern mit einem qualifizierten Bildungshintergrund ihre Kinder häufiger in einen Kindergarten (Kreyenfeld, 2004). Ein Grund dafür kann sein, dass sie eine Betreuung

für ihre Kinder während ihrer Arbeitszeit benötigen. Andererseits sehen sie auch eher den positiven Nutzen für ihr Kind, wenn es frühzeitig mit anderen Kindern in Kontakt kommt und schon vor dem Eintritt in die Schule altersgemäß gefördert wird. Die Erwerbstätigkeit der Eltern beeinflusst zwar die Zeit, die sie mit dem Kind verbringen können. Entscheidend für die Entwicklung des Kindes ist aber die sogenannte Qualitätszeit – das sind verlässliche und selbstbestimmte Zeitorptionen. Es ist somit aus theoretischer Sicht nicht sicher, ob die Erwerbstätigkeit beider Eltern positive oder negative Auswirkungen hat.

Ebenfalls zu den familiären Inputs zählt die Familienstruktur. Scheidungen und das Aufwachsen bei nur einem Elternteil könnten schließlich unter Umständen negative Auswirkungen auf die Kinder haben.

Angeborene Fähigkeiten

Für die Lernleistungen der Kinder spielen neben den finanziellen, materiellen und zeitlichen Ressourcen ihre angeborenen Fähigkeiten eine Rolle. Empirische Untersuchungen haben ergeben, dass Kinder von gut ausgebildeten Eltern einen höheren Bildungsstand erreichen als Kinder aus weniger gut ausgebildeten Haushalten. Die Frage ist nur, ob dies dadurch erreicht wird, dass die Fähigkeiten und Anlagen der Eltern genetisch weitervererbt werden oder dadurch, dass Eltern mit einem hohen Bildungshintergrund ein besseres Umfeld für ihre Kinder schaffen. Die Debatte („Nature or nurture?“) wird intensiv geführt. Es wird nicht bestritten, dass beide Faktoren einen Einfluss haben. Strittig ist nur, in welcher Höhe er jeweils besteht. So kommen beispielsweise Plug und Vijverberg (2003, 624 ff.) anhand eines Vergleichs der Leistungen biologischer und adoptierter Kinder mit den Fähigkeiten der jeweiligen Eltern zu dem Ergebnis, dass 55 bis 60 Prozent der für die Schulleistungen relevanten Fähigkeiten von den Eltern vererbt werden.

Öffentliche Inputs

Auch die öffentlichen Investitionen in die Schulen beeinflussen den Lernerfolg der Schüler. Zu den öffentlichen Inputs gehören zum einen die öffentlichen Bildungsausgaben, die ihren Niederschlag in der Ausstattung des Schulsystems mit Gebäuden und Lehrmaterialien finden. Zum anderen zählt die Quantität und Qualität der Lehrer zu den möglichen Einflussfaktoren für den Bildungsstand der Schüler. Die Qualität der Lehrer hängt von ihrem Ausbildungsgrad und ihrer Erfahrung ab. Umfassende bildungsökonomische Theorien, die den Zusammenhang zwischen öffentlichen Inputs in die Schulen und Lernergebnissen analysieren, gibt es kaum (Lazear, 2001, 778). Die Auswirkungen der öffentlichen Inputs werden in der Regel auf der Basis empirischer Studien beurteilt. Die Wirkungen

werden von verschiedenen Autoren unterschiedlich bewertet, über den Zusammenhang zwischen den Inputs für die Schulen und deren Output in Form von Lernleistungen gibt es somit eine Kontroverse in der Literatur. Hanushek (1986; 1997; 2003) betont beispielsweise, dass kein statistisch signifikanter Einfluss der Inputs und hier insbesondere der Schüler-Lehrer-Relation auf das Lernergebnis der Schüler zu konstatieren sei. Er stützt sich bei dieser Aussage auf eine Reihe von empirischen Studien. Krueger (1999; 2003) widerspricht dieser Ansicht, indem er die Ergebnisse der Studien, die Hanusheks Aussage zugrunde liegen, überprüft. Er zeigt, dass bei einer anderen Gewichtung der unterschiedlichen Aussagen der einzelnen Studien ein positiver Einfluss der Inputs auf die Lernergebnisse der Schüler festzustellen ist. Eindeutige gesicherte Wirkungsbeziehungen gibt es somit offenbar nicht.

Schulumfeld der Schüler

Weiterhin können auch die Gruppen, in denen die Schüler lernen, einen Einfluss auf den Lernerfolg haben (Lazear, 2001). So können einerseits leistungsstarke Schüler leistungsschwächere Schüler fördern. Andererseits führt ein hoher Anteil an Kindern, die den Unterricht häufig stören oder eine mangelnde Motivation für das Lernen aufweisen, zu einer Beeinträchtigung des Unterrichts. Auch das Verhältnis zwischen Schülern und Lehrern und das Verhältnis der Schüler untereinander können das Lernklima und damit auch den Lernerfolg beeinflussen.

Bildungssystem

Schließlich kann die Ausgestaltung des Bildungssystems einen Einfluss auf den Bildungserfolg haben. Relevante Unterschiede zwischen verschiedenen Bildungssystemen können beispielsweise im vorausgesetzten formalen Qualifikationsniveau der Lehrer bestehen. Die institutionelle Ausgestaltung des Bildungssystems kann jedoch auch Auswirkungen auf die Verhaltensanreize der am Bildungsprozess beteiligten Personen haben und auf diesem Weg die Lernergebnisse der Schüler beeinflussen (Wößmann, 2005a, 12). Charakteristika, die hier zu nennen sind, sind zum einen standardisierte Tests, die regelmäßig die Lernergebnisse der Schüler überprüfen, und zum anderen die Autonomie der Schulen in bestimmten Gebieten wie der Festlegung der Lerninhalte oder bei Personal-, Gehalts- oder Budgetentscheidungen. Von einer Dezentralisierung von Entscheidungsfreiheiten hinab auf die Schulebene dürften positive Effekte resultieren, weil die Schule möglicherweise in vielen Entscheidungsbereichen Wissensvorsprünge gegenüber zentralen Entscheidungsträgern besitzt (Wößmann, 2004, 6; 2005b, 22). Werden den Schulen jedoch weitgehende Entscheidungsfreiheiten

überlassen, ohne die Ergebnisse dieser Entscheidungen – in diesem Fall die Lernergebnisse der Schüler – zu überprüfen, so besteht die Gefahr, dass bei den Verantwortlichen an den Schulen ein opportunistisches Verhalten auftritt. Sie könnten dann andere Ziele als die eines möglichst guten Lernergebnisses der Schüler verfolgen. Die Gefahr von opportunistischem Verhalten an den autonomen Schulen wird durch eine Überprüfung der Lernergebnisse verringert. Zum Beispiel entsteht durch zentrale Abschlussprüfungen oder standardisierte Tests eine gewisse Transparenz über die Ergebnisse der Entscheidungen der Schulverantwortlichen. Somit kann es zu Komplementaritäten zwischen der Autonomie von Schulen und der öffentlich dokumentierten Überprüfung der Lernergebnisse von Schülern kommen. Ein positiver Effekt auf die Lernresultate wird möglicherweise erst dann erreicht, wenn die Schule über Autonomie verfügt und zudem die Lernergebnisse ihrer Schüler regelmäßig überprüft werden (Wößmann, 2004, 6 f.; 2005a, 14). Ferner dürfte der Zeitpunkt der Trennung der Schulzweige im Schulsystem einen wichtigen Erklärungsbeitrag für die Streuung der Kompetenzen der Schüler leisten (Wößmann, 2007).

Bei der Schätzung des Einflusses der genannten Faktoren auf den Bildungsstand der Kinder ist in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen, dass sowohl die aktuellen als auch die vergangenen Investitionen relevant sind. Betrachtet man den Lebenslauf eines Kindes, so hängt zum Zeitpunkt des Eintritts in den Kindergarten der Bildungsstand ausschließlich von den vergangenen familiären Inputs und den Fähigkeiten des Kindes ab. Beim Übergang in die Grundschule ist der Bildungsstand dann Ergebnis der gesamten im Zeitablauf getätigten familiären Investitionen, der Fähigkeiten des Kindes und des Inputs des Kindergartens. Beim Übergang von der Grundschule an die weiterführende Schule akkumulieren sich die bisher geleisteten Investitionen weiter, wobei es hier zu Substitutionseffekten zwischen familiären und schulischen Inputs kommen kann. Sind die von der Schule aufgewendeten Ressourcen in die Bildung der Kinder hoch, so reduzieren die Eltern möglicherweise ihre Ressourcen und umgekehrt (Todd/Wolpin, 2003).

5.3 Theoretische Analyse der Gesundheit von Kindern

Um Aussagen über die Einflüsse auf die Gesundheit von Kindern zu erhalten, eignen sich epidemiologische Untersuchungen, die auf dem salutogenetischen Ansatz beruhen. Sie analysieren sowohl Risikofaktoren für bestimmte Erkrankungen als auch die Bedingungen und Faktoren, die Gesundheit schützen und – hinsichtlich psychischer Erkrankungen – zur Widerstandskraft gegenüber Stressfaktoren beitragen (Erhart et al., 2007, 800).

Ein weiterer theoretischer Ansatz ist die entwicklungspsychologische Resilienzforschung. Sie geht der Frage nach, welche Einflussfaktoren es betroffenen Kindern bei vorhandenen Belastungen und Risiken ermöglichen, sich dennoch gesund zu entwickeln (Erhart et al., 2007, 800). Diese Einfluss- oder Schutzfaktoren für die psychische Gesundheit lassen sich grob in drei Gruppen einteilen:

- **Familiärer Zusammenhalt:** Dieser umfasst insbesondere Aspekte des Familienklimas, beispielsweise das Erziehungsverhalten der Eltern. Im Fragebogen des Robert-Koch-Instituts (siehe Abschnitt 7.1) wird der familiäre Zusammenhalt durch Fragen zum Beispiel zu gemeinsamen Unternehmungen, Zeit für Sorgen und Nöte der Kinder, Regeln in der Familie und Konfliktlösungen in der Familie erfasst.
- **Persönliche Ressourcen:** Dies sind Merkmale der Persönlichkeit der Kinder selbst, wie etwa der Kohärenzsinn oder der dispositionelle Optimismus. Erfragt werden sie anhand der Fähigkeiten, mit Problemen umzugehen, durch Einstellungen wie Optimismus oder ob Dinge des täglichen Lebens Freude bereiten.
- **Soziale Unterstützung:** Sie umfasst die zum Beispiel von Gleichaltrigen und Erwachsenen erhaltene oder verfügbare soziale Unterstützung. Erfasst wird dieses Kriterium durch Fragen, wie die Unterstützung in Form von Zuhören und Zuneigung ausfällt, ob Informationen zur Problemlösung vermittelt werden oder gemeinsame Unternehmungen stattfinden.

Mit der Frage, welche Wirkungen Armutserfahrungen bei Kindern hervorrufen, beschäftigen sich zum Beispiel Groh-Samberg/Grundmann (2006). Zum einen gibt es unterschiedliche Bewältigungsstrategien, um mit der Situation umzugehen, zum anderen sind auch im Bildungsbereich Einflüsse der Armut zu konstatieren. Hinsichtlich der Bewältigung gelangen die Autoren zu der Erkenntnis, dass „die Qualität der familialen Beziehungen und die Mobilisierbarkeit von sozialem und kulturellem Kapital ... ganz entscheidenden Einfluss darauf [haben], wie Kinder die materiellen Problemlagen im elterlichen Haushalt erfahren“ (Groh-Samberg/Grundmann, 2006, 15). So existiert ihrer Ansicht nach kein unumkehrbarer negativer Entwicklungsverlauf materiell benachteiligter Kinder, da Eltern mithilfe adäquater Erziehungsmethoden entgegenwirken können. Schauen sich die Autoren jedoch die Bildungschancen armer Kinder an, zeigt sich ein verändertes Bild. So ist die Wahrscheinlichkeit eines armen Kindes, nur die Hauptschule zu besuchen, auch dann sehr hoch, wenn es ein familiäres Umfeld hat, das sich durch gute familiäre Verbindungen auszeichnet und die Eltern das Kind bei schulischen Aufgaben unterstützen.

Analog zur „Education production function“ lässt sich eine Übersicht mit den Faktoren aufstellen, welche die gesundheitliche Entwicklung von Kindern beeinflussen. Einflussfaktoren für den Gesundheitszustand sind demnach:

- vererbte/angeborene Gesundheit (Behinderung, chronische Krankheiten und andere gesundheitliche Beeinträchtigungen),
- Gesundheit von Eltern und Geschwistern,
- Gesundheitsverhalten der Eltern (Rauchen, Übergewicht),
- Gesundheitsvorsorge bei den Kindern (Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen, zeitliche und materielle Ressourcen),
- soziodemografische Faktoren (Familienstruktur, Alter, Geschlecht, Bildungsstand von Eltern und Kindern, Einkommen, Beruf und andere),
- Schutzfaktoren (personale, familiäre und soziale Ressourcen),
- staatliches Gesundheitssystem.

Der Einfluss, den der familiäre und sozioökonomische Hintergrund auf den Gesundheitszustand und das Sozialverhalten von Kindern hat, ist beispielsweise im Rahmen der Studie von Holz et al. (2005) ermittelt worden. So hat sich ergeben, dass Kinder aus niedrigeren sozialen Schichten unter anderem einen schlechteren Gesundheitszustand vorzuweisen haben, einen gefährlicheren Lebensstil pflegen, schwächere Beziehungen zu anderen Familienmitgliedern und weniger Freunde außerhalb der Familie haben und sich weniger oft an Sport- und Kulturveranstaltungen beteiligen.²⁴

Trabert (2006) hat sich unter medizinischen Gesichtspunkten mit den Gesundheitsrisiken der Kinderarmut beschäftigt. Er kommt zu dem Schluss, dass das soziale Milieu, in dem Kinder aufwachsen, bereits vor der Geburt bei der Embryonalentwicklung einen Einfluss ausübt, der über den gesamten Lebenszyklus hinweg erkennbar ist. So gebären sozioökonomisch unterprivilegierte Mütter signifikant häufiger zu früh. Ihren Kindern wird häufiger als anderen eine Frühförderung²⁵ angeraten. Die Kinder aus sozial benachteiligten Gruppen ernähren sich schlechter und nehmen weniger häufig und lange Präventivmaßnahmen in Anspruch.

Auch Huster et al. (2007) haben beobachtet, dass Kinder aus niedrigeren sozialen Schichten weniger oft zu gesundheitlichen Vorsorgeuntersuchungen gehen. Ihre Eltern tätigen geringere Ausgaben für Zahnhygiene und sportliche Aktivitäten. Die Kinder sind häufiger fettleibig, ernähren sich schlechter, rauchen früher und häufiger und leiden häufiger unter psychosomatischen Krankheiten.

Allerdings spielt es eine Rolle, wie lang der Zeitraum ist, in dem Kinder in Armut leben. So hat eine US-amerikanische Untersuchung ergeben, dass bei nur kurzen Armutsperioden die Eltern die negativen Effekte auf Gesundheit und Ernährungsverhalten weitaus besser kompensieren können als bei andauernder Armut (Miller/Korenman, zitiert in: Helmert, 2003, 77).

In diesem Zusammenhang ist die Feststellung wichtig, dass Deprivation nicht nur eine Frage monetärer Mittel ist. So sind auch 13,7 Prozent der nicht armen

Erfahrungen der Benachteiligung bei armen und nicht armen Kindern im Vergleich

Tabelle 11

Angaben in Prozent*

Lebenssituation	Arme Kinder	Nicht arme Kinder	Insgesamt
Wohlbefinden	23,6	46,4	40,2
Benachteiligung	40,3	39,8	40,0
Multiple Deprivation	36,1	13,7	19,8
Gesamt	100,0	100,0	100,0

* Rundungsdifferenzen.
Quelle: Hock et al., 2000, 77

Kinder multipel depriviert (Tabelle 11), was nach Hock et al. (2000, 21) bedeutet, dass „das Kind ... in mehreren wichtigen Bereichen die notwendigen Ressourcen [entbehrt], die eine positive Entwicklung wahrscheinlich machen“. Das sind zwar zwei Drittel weniger als

unter den armen Kindern, dennoch ist es eine nicht zu vernachlässigende Größe. Insgesamt muss man jedoch festhalten, dass arme Kinder häufiger mit Benachteiligungen rechnen müssen.

6

Empirische Analyse des Bildungsstands von Kindern

6.1 Die PISA-Daten und die Methodik

Als Datengrundlage für die empirischen Analysen zu den familiären Einflussfaktoren auf den Bildungserfolg von Kindern dient die PISA-Erhebung aus dem Jahr 2003. Diese wurde ebenso wie die Vorgängerbefragung aus dem Jahr 2000 von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) durchgeführt. Daten aus der Erhebung 2006 werden nicht verwendet, da bei ihr keine Frage zum Kindergartenbesuch der Schüler gestellt wurde.

Die Zielgruppe der PISA-Untersuchungen sind 15-jährige Schülerinnen und Schüler, die in den Bereichen Mathematik, Lesen, Naturwissenschaften und in ihrer Problemlösekompetenz getestet wurden. Im Jahr 2003 haben 41 Länder an der Untersuchung teilgenommen, insgesamt wurden rund 250.000 Schüler geprüft. Die repräsentative Stichprobe der teilnehmenden Schüler wurde in jedem Land per Zufallsverfahren bestimmt. Das zweistündige Testverfahren erfolgte dann an einem bestimmten Tag an den Schulen. Neben den individuellen Testergebnissen enthält der PISA-Datensatz Angaben zu dem jeweiligen Schüler aus einem Schü-

lerfragebogen, der unter anderem Fragen zu dessen Herkunft und Umgebung, Lerngewohnheiten und Motivation enthält. Angereichert werden die Individualdaten weiterhin durch Angaben der Schulleiter zu den Ressourcen, die der Schule zur Verfügung stehen, zur Qualifikation der Lehrkräfte und zum Schulklima (PISA-Konsortium Deutschland, 2004, 15 f.).

Die Tabellen 12 bis 17 enthalten die Variablen, die in die empirische Untersuchung aufgenommen wurden, da von ihnen ein Einfluss auf die Kompetenzen der Schüler erwartet wird. Die Variablen stammen aus den Bereichen familiärer Hintergrund, häusliche Inputs, öffentliche Inputs und Schul- und Klassenklima.

Familiärer Bildungs- und Migrationshintergrund		Tabelle 12
Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem PISA-Datensatz 2003	Variablenausprägung
Bildungsstand der Eltern	Bildungsstand der Eltern – Eltern haben keinen Sekundarstufe-II-Abschluss – Mindestens ein Elternteil hat einen Sekundarstufe-II- oder einen postsekundären Abschluss – Mindestens ein Elternteil hat einen Meister-/Techniker- oder einen gleichwertigen Abschluss (Referenzkategorie: mindestens ein Elternteil hat einen Hochschulabschluss)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu
Migrationshintergrund	Sprechen der Testsprache zu Hause	1 = zu Hause wird die Testsprache nicht gesprochen; 0 = zu Hause wird die Testsprache gesprochen
Bildungsnähe der Eltern	Anzahl der Bücher im Haushalt – 0 bis 10 Bücher – 11 bis 25 Bücher – 26 bis 100 Bücher – 101 bis 200 Bücher – 201 bis 500 Bücher (Referenzkategorie: mehr als 500 Bücher)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu

Eigene Zusammenstellung

- Der Bildungsstand der Kinder kann durch den Bildungsstand der Eltern beeinflusst werden. Eltern, die eine qualifizierte Ausbildung haben, fällt es leichter als Eltern mit einfachem Bildungshintergrund, ihre Kinder bei Lernproblemen auch fachlich zu unterstützen. Der Bildungsstand der Eltern wird hier anhand ihrer formalen Schul- und Berufsabschlüsse operationalisiert. Ein geringes Bildungsniveau weisen die Eltern nach der hier vorgenommenen Operationalisierung

auf, wenn sie nicht mindestens über einen Abschluss der Sekundarstufe II verfügen – also keine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Es wird davon ausgegangen, dass Kinder von Eltern mit einem geringen Bildungsstand schlechtere Bildungsleistungen erbringen als andere.

- Ein Migrationshintergrund wirkt sich vermutlich vor allem dann negativ auf den Lernerfolg des Kindes aus, wenn zu Hause nicht die Testsprache des PISA-Tests und damit nicht die Unterrichtssprache gesprochen wird. Daher wird ein möglicher Migrationshintergrund der Kinder anhand dieser Variablen operationalisiert.
- Die Bildungsnähe der Eltern, von der ein positiver Effekt auf die Lernleistungen der Kinder erwartet wird, kann durch die Anzahl der im Haushalt verfügbaren Bücher abgebildet werden. Eltern, die Bildung nicht für wichtig erachten, werden auch ihren Kindern die Bedeutung von Bildung weniger nahebringen als andere Eltern.

Familienstruktur

Tabelle 13

Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem PISA-Datensatz 2003	Variablenausprägung
Struktur des familiären Zusammenlebens	Kind wächst auf bei – einem leiblichen Elternteil – einem leiblichen Elternteil und einem Stiefelternteil – einer anderen Familienform oder in Heimen (Referenzkategorie: bei beiden leiblichen Eltern)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu

Eigene Zusammenstellung

- Untersucht werden soll, ob die Struktur des familiären Zusammenlebens einen Einfluss auf die Bildungsergebnisse der Kinder hat. Hierbei ist zu unterscheiden, ob das Kind bei beiden leiblichen Eltern lebt, ob nur ein Elternteil die Erziehungs-

Erwerbstätigkeit

Tabelle 14

Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem PISA-Datensatz 2003	Variablenausprägung
Erwerbstätigkeit der Mutter	– Mutter ist Vollzeit erwerbstätig – Mutter ist Teilzeit erwerbstätig – Mutter ist arbeitslos (Referenzkategorie: Mutter ist nicht erwerbstätig)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu

Eigene Zusammenstellung

aufgaben übernimmt (Alleinerziehende), ob das Kind bei zwei Elternteilen aufwächst, wovon nur einer ein leiblicher Elternteil ist (Patchwork), oder ob das Kind mit anderen Personen in einem Haushalt lebt (Geschwister, Großeltern, Heim).

- Auch die Erwerbstätigkeit der Mutter könnte einen Einfluss – in positiver wie auch negativer Hinsicht – auf den Bildungserfolg der Kinder haben. So ließe sich zum einen argumentieren, dass Mütter mit Wunsch nach Erwerbstätigkeit dann zufriedener sind, wenn sie diese auch tatsächlich ausüben können. Diese Zufriedenheit überträgt sich positiv auf die Situation des Kindes. Zum anderen könnte das aus der Erwerbstätigkeit resultierende Zeitproblem angeführt werden, das negativ auf das Wohl des Kindes wirken könnte. Hierbei handelt es sich jedoch um ein stark normativ umkämpftes Feld, das im Folgenden einer empirischen Analyse unterworfen wird. Unterschieden wird dabei, ob die Mutter nach Arbeit sucht und arbeitslos ist, ob sie freiwillig nicht erwerbstätig ist oder ob sie Teilzeit oder Vollzeit arbeitet.

Häusliche Inputs

Tabelle 15

Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem PISA-Datensatz 2003	Variablenausprägung
Ausstattung der Kinder mit Lernmitteln	<ul style="list-style-type: none"> – Verfügbarkeit eines Lexikons/Wörterbuchs – Verfügbarkeit eines Computers, der für die Schulaufgaben verwendet werden kann 	1 = Lexikon/Wörterbuch nicht vorhanden; 0 = Lexikon/Wörterbuch vorhanden 1 = kein Computer vorhanden; 0 = Computer vorhanden
Eigene Zusammenstellung		

- Der Lernerfolg der Schüler kann auch durch die häusliche Ausstattung mit Lernmitteln beeinflusst werden. Keine gute Ausstattung mit Büchern, eigenem Schreibtisch, die Schule ergänzenden Lehrangeboten, bezahlter Nachhilfe und so weiter kann den Lernerfolg der Kinder negativ beeinflussen. Anhand des PISA-Datensatzes wird die Ausstattung mit häuslichen Lernmitteln durch das Vorhanden- oder Nichtvorhandensein eines Lexikons oder Wörterbuchs und eines Computers, der für die Schulaufgaben verwendet werden kann, abgebildet.

- Auch Einstellungen und Werte der Familie können den Lernerfolg der Kinder positiv beeinflussen. Hier soll untersucht werden, ob die Schüler der Aussage zustimmen, dass die Schule wenig auf das Leben vorbereitet und ob sie die Schule als Zeitverschwendung betrachten. Ferner gibt häufiges Zuspätkommen Aufschluss darüber, welche Rolle Werte wie Pünktlichkeit und Disziplin in der Familie spielen.

- Ein weiterer Einflussfaktor für das Lernergebnis in der Schule kann der Besuch eines Kindergartens sein. Besonders Kinder aus bildungsfernen Schichten und

Einstellungen und Werte

Tabelle 16

Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem PISA-Datensatz 2003	Variablenausprägung
Einstellung: Schule bereitet wenig auf das Leben vor Einstellung: Schule ist Zeitverschwendung	Zustimmung der Schüler zu den Aussagen – Die Schule bereitet wenig auf das Leben vor – Die Schule ist Zeitverschwendung	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu
Werte: Pünktlichkeit/ Disziplin	Zuspätkommen in der Schule – 5-mal oder öfter pro Woche – 3- bis 4-mal – 1- bis 2-mal Zeit, die für die Hausaufgaben aufgebracht wird	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = weniger als fünf Stunden pro Woche werden für die Hausaufgaben verwendet; 0 = fünf oder mehr Stunden pro Woche werden für die Hausaufgaben verwendet

Eigene Zusammenstellung

Kinder mit einem Migrationshintergrund, die zu Hause nicht die Unterrichtssprache sprechen, können vom Besuch eines Kindergartens profitieren, weil sie so besser auf den Schulbesuch vorbereitet werden. Die Information, ob ein Schüler einen Kindergarten länger als ein Jahr lang besucht hat, ist im PISA-2003-Datensatz vorhanden. Somit wird diese Variable in die empirische Untersuchung aufgenommen.

Des Weiteren wurden Variablen zu den öffentlichen Inputs, dem Schulklima und weitere Kontrollvariablen berücksichtigt.

Zugang zu frühkindlicher Bildung

Tabelle 17

Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem PISA-Datensatz 2003	Variablenausprägung
Besuch eines Kindergartens	Kindergartenbesuch	1 = Kindergarten ist gar nicht oder für ein Jahr oder weniger besucht worden; 0 = Kindergarten ist länger als ein Jahr besucht worden

Eigene Zusammenstellung

6.2 Multivariate Ergebnisse

Um den Zusammenhang von Familienstruktur und den Kompetenzen der Schüler zu überprüfen, reicht es nicht, deskriptive Untersuchungen vorzunehmen.

Denn diese beschreiben keine Ursachenbeziehungen, liefern aber im ersten Schritt immerhin Hinweise auf mögliche Zusammenhänge.

Kinder, die bei beiden leiblichen Eltern aufwachsen, erreichen im Durchschnitt 506 Punkte im Lesen, 515 Punkte in der Mathematik und 516 Punkte in den Naturwissenschaften. Die Familienstruktur wirkt sich gegenüber Kindern aus Patchworkfamilien und Kindern von alleinerziehenden Müttern kaum aus, es bestehen keine signifikanten Unterschiede bei den Punktergebnissen. Lediglich für Kinder, die nicht bei mindestens einem leiblichen Elternteil aufwachsen, ergeben sich schlechtere Ergebnisse. Diese Personengruppe ist aber sehr klein, sodass sie in den kommenden Kapiteln nicht gesondert betrachtet wird.

Bei der deskriptiven Betrachtung der durchschnittlichen Ergebnisse der Kinder in Abhängigkeit von der Erwerbstätigkeit der Mutter treten signifikante Unterschiede auf. So fällt auf, dass Kinder von erwerbstätigen Müttern besser bei PISA abschneiden als Kinder, deren Mutter arbeitslos ist oder keine Beschäftigung anstrebt. Die Kinder der erwerbslosen Mütter schneiden durchschnittlich um rund 20 Punkte schlechter ab (Tabelle 18). Aus dieser bivariaten Betrachtung kann aber nicht geschlossen werden, dass sich die Erwerbstätigkeit der Mutter positiv auf den Lernerfolg der Kinder auswirkt. Andere Einflussfaktoren – zum Beispiel die Bildung der Mutter – dürften mit der Erwerbstätigkeit korrelieren und gegebenenfalls diesen statistischen Zusammenhang verursachen. Um dazu näher auf verschiedene Einflussgrößen eingehen zu können, werden die PISA-Daten im Rahmen einer multivariaten Untersuchung analysiert.

Die multivariate Analyse (Tabelle 19) soll im Folgenden ein besonderes Augenmerk auf den Bildungs- und Migrationshintergrund der Familie, die Familienstruktur, die Erwerbstätigkeit der Eltern, die Einstellungen und Werte gegenüber dem Lernen sowie den Zugang zu frühkindlicher Bildung legen. Andere Einflüsse werden als Kontrollvariablen mit in das Regressionsmodell aufgenommen.

Erwerbstätigkeit der Mutter und Kompetenzen der Kinder (deskriptive Betrachtung)

Tabelle 18

Erwerbstätigkeit der Mutter	PISA-2003-Mittelwert Lesen	PISA-2003-Mittelwert Mathematik	PISA-2003-Mittelwert Naturwissenschaften
Voll erwerbstätig	504	516	516
Teilzeit erwerbstätig	514	521	524
Arbeitslos	491	497	492
Nicht erwerbstätig	489	499	496

Eigene Berechnungen

Einflussfaktoren auf die Höhe der PISA-Punkte in Deutschland

Tabelle 19

	Lesen	Mathematik	Naturwissenschaften
Bildungs- und Migrationshintergrund			
Bildungsstand der Eltern (ausgelassen: mindestens ein Elternteil hat einen Hochschulabschluss)			
– Eltern haben keinen Sekundarstufe-II-Abschluss	–56,4***	–51,4***	–66,3***
– Mindestens ein Elternteil hat einen Sekundarstufe-II- oder einen postsekundären Abschluss	–20,6***	–21,6***	–29,7***
– Mindestens ein Elternteil hat einen Meister-/Techniker- oder einen gleichwertigen Abschluss	–18,2***	–14,5***	–24,9***
Im Haushalt wird nicht die Testsprache gesprochen	–51,1***	–32,2***	–46,6***
Bücher im Haushalt (ausgelassen: mehr als 500 Bücher)			
– 0 bis 10 Bücher	–69,8***	–68,7***	–84,8***
– 11 bis 25 Bücher	–51,7***	–67,1***	–67,9***
– 26 bis 100 Bücher	–30,1***	–44,2***	–46,4***
– 101 bis 200 Bücher	–18,0***	–26,6***	–30,9***
– 201 bis 500 Bücher	–3,6	–11,6**	–13,5**
Familienstruktur			
Familienstruktur (ausgelassen: beide Elternteile im Haushalt)			
– Alleinerziehend	–0,2	4,3	2,1
– Patchwork	2,7	6,6	0,7
Erwerbstätigkeit			
Erwerbstätigkeit der Mutter (ausgelassen: Mutter freiwillig nicht erwerbstätig)			
– Mutter Vollzeit erwerbstätig	0,8	0,1	–2,3
– Mutter Teilzeit erwerbstätig	6,1*	2,3	4,1
– Mutter arbeitslos	10,3	6,3	–1,8
Einstellungen/Werte			
Einstellung: Schule bereitet wenig auf das Leben vor	–1,5	0,7	1,3
Einstellung: Schule ist Zeitverschwendung	–14,4**	–7,9	–8,2
Zuspätkommen in der Schule (ausgelassen: nie zu spät)			
– 5-mal oder öfter pro Woche	–19,3*	–32,0***	–22,5**
– 3- bis 4-mal	–33,4***	–27,4***	–25,6***
– 1- bis 2-mal	–1,0	–4,2	–8,4**

Häusliche Inputs

Im Haushalt ist kein Wörterbuch/Lexikon vorhanden	-28,9***	-32,1***	-21,7**
Im Haushalt ist kein Computer vorhanden	-32,5***	-32,3***	-28,7***

Zugang zu frühkindlicher Förderung/Bildung

Kindergarten ist gar nicht oder ein Jahr und weniger besucht worden	-16,4***	-27,5***	-24,3***
---	----------	----------	----------

Kontrollvariablen

Verfügbarkeit von Lehrmaterialien (ausgelassen: fehlen gar nicht)			
– Lehrmaterialien fehlen etwas	13,8**	12,8*	10,6
– Lehrmaterialien fehlen sehr	2,9	-2,0	3,0
Verfügbarkeit von Laborausstattung (ausgelassen: fehlt gar nicht)			
– Laborausstattung fehlt etwas	-3,1	-2,9	2,4
– Laborausstattung fehlt sehr	-9,7	-10,3	5,4
Verfügbarkeit von Lehrern (ausgelassen: fehlen gar nicht)			
– Lehrer fehlen etwas	-14,5**	-13,4**	-25,5***
– Lehrer fehlen sehr	-14,6	1,0	-42,0***
Schüler-Lehrer-Relation	0,01	0,01	0,01
Weniger als fünf Stunden pro Woche Hausaufgaben	-6,4**	-3,7	-7,9**
Schüler kommen nicht gut mit den Lehrern aus	-10,2***	-5,6*	-8,5***
Respekt vor den Lehrern (ausgelassen: fehlt gar nicht)			
– Respekt fehlt etwas	-20,5***	-19,3**	-19,7***
– Respekt fehlt sehr	-20,0	-26,3	-21,3
Schüler arbeiten nicht mit Begeisterung	-22,5***	-17,4**	-22,9***
Abwesenheit der Schüler (ausgelassen: keine Abwesenheit)			
– gelegentliche Abwesenheit	-2,1	-0,6	0,3
– häufige Abwesenheit	-49,2***	-48,6***	-36,3***
Persönliche Charakteristika			
– Alter	15,9**	-19,2***	-17,6***
– Geschlecht weiblich	21,6***	-27,2***	-25,4***
Vorsprung durch höhere Klassenstufe	36,3***	41,6***	33,4***
Konstante	837,4***	922,8***	922,95***
Anzahl der Schüler	3.013	3.013	3.013
Anzahl der Schulen	183	183	183
R ²	0,3857	0,3809	0,4054

Abhängige Variable: Punkte im PISA-Test, PISA-Datensatz 2003; Schätzung von cluster-robusten linearen Regressionsmodellen;
 *** = signifikant auf dem 1%-Niveau; ** = signifikant auf dem 5%-Niveau; * = signifikant auf dem 10%-Niveau.
 Eigene Berechnungen

Bildungs- und Migrationshintergrund der Familie

Bei der Betrachtung des Bildungs- und Migrationshintergrunds der Familie zeigt sich, dass der Bildungsstand der Eltern einen hochsignifikanten Einfluss auf die Bildung des Kindes hat. Der Erklärungsgehalt dieser Größe ist von zentraler Bedeutung. Kinder, deren Eltern keinen mittleren Qualifikationsabschluss (und damit keine abgeschlossene Berufsausbildung) haben, fallen gegenüber Akademikerkindern um rund 60 Punkte in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften zurück. Dies entspricht dem Wissen von fast zwei Schuljahren. Wird im Haushalt nicht deutsch gesprochen, so fallen die Kinder um 40 bis 50 Punkte ab. Kinder aus Familien, die wenige Bücher besitzen, liegen rund 50 bis 80 Punkte hinter Kindern aus Familien, die mehr als 500 Bücher besitzen. Die betrachteten Variablen zeigen somit deutlich auf, dass vor allem der Bildungshintergrund der Eltern einen sehr starken Einfluss auf den Bildungserfolg der Kinder hat. Treten mehrere ungünstige Faktoren gemeinsam auf, kumulieren sich die einzelnen Effekte und der Rückstand an Kompetenzen nimmt entsprechend zu.

Familienstruktur

Die Aufnahme der Familienstruktur in die vorliegende Untersuchung der PISA-Ergebnisse ist gegenüber bisherigen Studien (Anger et al., 2007) ein neuer Ansatz. Dabei ergibt sich, dass die Familienstruktur keinen signifikanten Einfluss auf den Bildungserfolg der Kinder hat. Kinder von Alleinerziehenden und solche, die in Patchworkfamilien aufwachsen, weisen bedingt durch die Familienform keine signifikanten Unterschiede beim Bildungsstand gegenüber leiblichen Kindern von Paarfamilien auf.

Erwerbstätigkeit

Auch die Erwerbstätigkeit der Eltern hat keinen signifikanten Einfluss auf die Kompetenzen der 15-jährigen Kinder. Der positive Zusammenhang aus Erwerbstätigkeit und den Kompetenzen bei der deskriptiven Darstellung erklärt sich vielmehr daraus, dass Mütter mit höheren Qualifikationen häufiger erwerbstätig sind. Damit ist nicht die Erwerbstätigkeit an sich erklärend für die besseren Bildungsergebnisse der Kinder, sondern die dahinterstehenden Unterschiede bei den Bildungsvariablen der Eltern. Andererseits kann aber damit auch gezeigt werden, dass die Bildungsergebnisse der Kinder von hoch-, mittel- oder geringqualifizierten Eltern nicht darunter leiden, dass die Mutter erwerbstätig ist. Im Bereich Lesen ist sogar zu beobachten, dass Kinder von Teilzeit erwerbstätigen Müttern schwach signifikant besser abschneiden als Kinder von nicht erwerbstätigen Müttern.

Einstellungen und Werte

Neben dem Bildungshintergrund der Eltern haben auch die Einstellungen und Werte in der Familie eine große Bedeutung für den Bildungserfolg der Kinder. Kinder, welche die Schule als Zeitverschwendung betrachten, fallen zumindest im Verständnis von Texten signifikant zurück. Kinder, die häufig zu spät zur Schule kommen, liegen in allen drei Testbereichen signifikant um rund 20 bis 30 Punkte hinter den Kindern, die nie zu spät kommen.

Häusliche Inputs

Kindern aus Familien, die ihrem Nachwuchs zum Lernen weder Wörterbuch oder Lexikon noch Computer zur Verfügung stellen, fallen gegenüber den anderen Kindern um jeweils rund 20 bis 30 Punkte zurück. Diese Größen zeigen, dass Kinder profitieren, wenn die Eltern in die Bildung ihrer Kinder auch in Form häuslicher Bildungsinfrastruktur investieren.

Zugang zu frühkindlicher Bildung

Kinder, die den Kindergarten weniger als ein Jahr besucht haben, fallen gegenüber den Kindern mit längerem Kindergartenaufenthalt um rund 20 Punkte in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften zurück. Der Besuch des Kindergartens macht sich somit im Alter von 15 Jahren signifikant positiv bemerkbar, selbst wenn die Effekte des familiären Hintergrunds (Bildungsstand der Eltern) herausgerechnet werden.

6.3 Zusammenfassung

Aus diesen Ergebnissen lässt sich folgendes Fazit ziehen: Für die Bildungsentwicklung von Kindern sind insbesondere der Bildungshintergrund der Eltern und der Zugang zu frühkindlicher Bildung von Bedeutung. Ferner haben Einstellungen und Werte in der Familie und der Zugang zu einer Lerninfrastruktur im Elternhaus eine hohe Bedeutung. Die Erwerbstätigkeit der Mutter und die Familienform (siehe auch Francesconi et al., 2006) spielen dagegen keine signifikante Rolle.

Aus politischer Sicht ist damit der Ausbau der frühkindlichen Bildung eine wichtige Stellgröße. Um alle Kinder besser als bislang zu fördern und die starke Abhängigkeit zwischen Bildungserfolg und sozioökonomischem Hintergrund zu reduzieren, könnte eine bessere institutionelle Förderung – insbesondere von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern – hilfreich sein. Vor allem Kinder, die im Elternhaus nicht die erforderliche Unterstützung erhalten, erreichen somit ein höheres Qualifikationsniveau.

Dafür ist es von besonderer Bedeutung, den Bildungsauftrag in Kindertageseinrichtungen zu stärken. Gerade der Elementarbereich kann eine wichtige Funktion für die spätere Bildungskarriere der Kinder übernehmen. Die Bildungsfunktion des Elementarbereichs wird daran deutlich, dass hier die Grundlagen geschaffen werden, die einem Kind erlauben zu lernen, sein Leistungspotenzial zu entwickeln, zu handeln, Probleme zu lösen und Beziehungen einzugehen (OECD, 2004). Die Bildung im Elementarbereich übernimmt daher die Funktionen der Sozialisation und des Erwerbs von Basiskompetenzen.

Das frühzeitige Lernen von Kontrollstrategien hilft, Herausforderungen auf einer emotionalen und motivationalen Ebene zu meistern. Lernerfolge in der ersten Lebensphase sind nützlich, um später Lernerfolge in der Schule und im Berufsleben zu erzielen. Neben der Familie haben qualitativ hochwertige frühkindliche Einrichtungen wichtige Effekte für die Entwicklung des Kindes (Pfeiffer/Reuß, 2008). Je früher Kinder, die Entwicklungsrisiken oder Behinderungen aufweisen, institutionell gefördert werden, desto besser sind ihre Chancen, dass sie die Rückstände aufholen. Dies ist mit erheblichen positiven ökonomischen Konsequenzen verbunden. Setzt die Förderung zum Beispiel von Kindern mit bildungsfernem Familienhintergrund vor der Einschulung ein, so ist bei Beginn der Schulzeit die Chancengerechtigkeit größer und desto kostengünstiger lassen sich die individuellen Stärken ausbauen, Talente und Interessen fördern sowie Schwächen beheben.

Dies geschieht derzeit noch nicht in dem gewünschten Umfang. Das liegt zum einen daran, dass der Elementarbereich bislang noch nicht konsequent als erste Bildungsstufe anerkannt wurde. Vielfach überwog hier der Betreuungsgedanke. Zwar ist langsam eine Veränderung zu bemerken, aber es kommt hinzu, dass der Besuch eines Kindergartens wiederum vom sozioökonomischen Hintergrund abhängt. Es sind somit Selbstselektionseffekte festzustellen, die dazu führen, dass gerade die Kinder einen Kindergarten nicht besuchen, die möglicherweise am stärksten davon profitieren würden (Büchel/Spieß, 2002; Kreyenfeld, 2004). Je stärker der Bildungsauftrag vonseiten aller gesellschaftlichen Kräfte in den Kindergärten zukünftig verankert wird, desto größer wäre der Nutzen einer Teilnahme gerade für diese Kinder.

Soll der Anteil der jungen Menschen erhöht werden, die über ein hohes Qualifikationsniveau verfügen, muss also bereits am Anfang der Bildungskarriere angesetzt werden. Dies gilt gerade mit Blick auf die Startchancengerechtigkeit für die Kinder, die aus einer ökonomischen Perspektive heraus begründbar ist. Die bessere Qualifikation der Kinder wäre ein Beitrag dafür, dass die Humankapitalausstattung nicht zum Wachstumshemmnis Deutschlands wird.

Grundsätzlich fällt es Eltern schwer, die Qualität des Bildungsangebots in einer Einrichtung einzuschätzen. So liegen ihnen die erforderlichen Informationen entweder nicht vor oder sie sind nur schwierig zu bewerten. Denn der Erfolg der Bildungsmaßnahmen kann sich erst in späteren Bildungsphasen zeigen oder er hängt von den persönlichen Merkmalen des Kindes ab (sogenannte Vertrauenseigenschaft von Bildung). Verbindliche Vorgaben für die Bildungseinrichtungen, ihre Kontrolle und Autonomie stärken die Wahlfreiheit der Eltern. Sie reduzieren die Informationsunterschiede zwischen Einrichtungen und Eltern und bieten die Gewähr, dass dem Kind eine qualitativ angemessene Betreuung zukommt. Zudem erhalten Eltern den Spielraum, die Einrichtung nach eigenen Präferenzen auszuwählen. Der Staat sollte daher zur Stärkung der Wahlfreiheit in gleicher Form und Höhe Zuschüsse an alle Anbieter und damit auch an privatgewerbliche zahlen. Das könnte beispielsweise in einem Gutscheinmodell effizient umgesetzt werden (Enste/Flüter-Hoffmann, 2008).

Ein besonderes Augenmerk sollte schließlich auf Maßnahmen der Sprachförderung liegen. Wenn Defizite und Verzögerungen in der Sprachentwicklung rechtzeitig erkannt und individuell behoben werden können, sind Kinder im Einschulalter auch wirklich schulfähig. Der Anteil der Kinder im Vorschulalter mit Störungen oder Verzögerungen bei der Sprachentwicklung ist nicht unbedeutend. Eine McKinsey-Studie beziffert ihn auf 20 bis 30 Prozent (McKinsey, 2005, 24).

7

Empirische Analyse der Gesundheit von Kindern

7.1 Die KiGGS-Daten und die Methodik

Die vorliegenden Analysen basieren auf den Daten des Kinder- und Jugendgesundheits surveys (KiGGS) des Robert-Koch-Instituts (RKI). An der KiGGS-Studie haben zwischen Mai 2003 und Mai 2006 insgesamt 17.641 Kinder bis zum Alter von 17 Jahren und deren Eltern teilgenommen (Kurth, 2007). Ziel dieser Untersuchung war es, erstmals umfassende und bundesweit repräsentative Daten zum Gesundheitszustand von Kindern zu erheben. Diese und ihre Eltern wurden schriftlich befragt, zusätzlich wurden die Heranwachsenden körperlich untersucht. Die Fragebögen waren in diesem Zusammenhang von den Eltern und

– ab dem elften Lebensjahr – auch von den Kindern auszufüllen. Zu den Themenschwerpunkten der Befragung zählten neben der körperlichen und psychischen Gesundheit auch das subjektive Wohlbefinden, die gesundheitsbezogene Lebensqualität, die Gesundheitsgefährdung durch Alkohol- und Nikotinkonsum und die gesundheitliche Versorgung.

Aus diesen Daten sollen nun Faktoren ermittelt werden, welche die gesundheitliche Entwicklung beeinflussen. Diese wird über die Merkmale erfasst, ob die Kinder rauchen, regelmäßig Alkohol trinken, ob sie unter Übergewicht leiden, wie sie ihren subjektiven Gesundheitszustand einschätzen und ob sie psychisch auffällig sind. Dabei werden sowohl Risikofaktoren betrachtet, die zum Entstehen von Erkrankungen führen, als auch Bedingungen und Faktoren, welche die Gesundheit schützen und bei psychischen Belastungen zur Widerstandskraft gegenüber Stressfaktoren beitragen.

Ein zentrales Anliegen der vorliegenden Studie ist es, eine Antwort auf die Frage zu finden, inwieweit die Gesundheit von Kindern von der Familienstruktur und durch die familiären und anderen Ressourcen, die den Kindern zur Verfügung stehen, beeinflusst wird. Die verwendeten KiGGS-Daten ermöglichen neben einer Kontrolle der finanziellen und materiellen Ressourcen auch die Kontrolle des familiären Zusammenhalts, der persönlichen Ressourcen der Kinder und der sozialen Unterstützung durch Verwandte und Freunde (sogenannte Schutzfaktoren).

Ob und wie stark die Trennung und Scheidung der Eltern und das Aufwachsen bei einem Elternteil oder in einer Patchworkfamilie für die Kinder mit psychosozialen Belastungen und Stressreaktionen verbunden sind, hängt wesentlich von der Beziehung zu dem Elternteil ab, bei dem die Kinder leben. Möglichen negativen Folgen kann entgegengewirkt werden, wenn es dem alleinerziehenden Elternteil gelingt, ein stabiles und vertrauensbasiertes familiäres Umfeld zu erhalten oder zu schaffen (Hagen/Kurth, 2007, 26). Aus wissenschaftlicher Sicht gibt es eine Hauptursache für die Belastung des Familien- und Erziehungsklimas: die Diskrepanz zwischen dem gesteigerten Unterstützungsbedürfnis der Kinder und der starken Beanspruchung des nun alleinerziehenden Elternteils (Franz/Lensche, 2003). Alleinerziehende müssen die finanziellen Belastungen schultern und möglicherweise Konflikte um das Sorgerecht und die Unterhaltszahlungen ausstehen. Vor allem alleinerziehende Mütter leiden zudem unter schlechten Erwerbchancen. Hinzu kommt die schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf wegen mangelnder Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Es wird nun überprüft, ob Kinder, die zwar bei beiden Elternteilen leben, aber einen defizitären familiären Zusammenhalt vorfinden, schlechter oder besser abschneiden als Kinder von Alleinerziehenden oder aus Patchworkfamilien, die

einen guten familiären Zusammenhalt und damit ein besseres Umfeld für die Kinder aufweisen. Es stellt sich die Frage, welche Schutzfaktoren dafür sorgen können, dass Kinder trotz einer möglichen Belastung durch nicht traditionelle Familienstrukturen eine gesunde Entwicklung vollziehen.

Die Endogenität der Familienstruktur kann mit KiGGS nicht kontrolliert werden. Es können aber viele familiäre Ressourcen berücksichtigt werden, die eine Unterteilung der Familien nach Familienstruktur und weiteren zentralen Ressourcen erlauben. Möglicherweise schwächt sich der Einfluss der Familienstruktur ab, wenn neben den materiellen und finanziellen Ressourcen (Einkommen, Bildung, Berufsstatus) der Eltern noch weitere Merkmale – insbesondere die Schutzfaktoren familiärer Zusammenhalt, persönliche Ressourcen, soziale Unterstützung – kontrolliert werden. Mit diesen Variablen kann treffsicherer als anhand der Familienstruktur und anderer sozioökonomischer und soziodemografischer Variablen ermittelt werden, wie sich der familiäre Hintergrund auf das Verhalten (Gesundheit, Rauchen etc.) der Kinder auswirkt. Die Selektionseffekte, die bei der Berücksichtigung der Familienstruktur bestehen, können verringert werden, da eine Vielzahl der elterlichen Verhaltensweisen und Eigenschaften, die mit dem Verhalten der Kinder zusammenhängen, nun erfasst und damit beobachtbar geworden sind.

Diese Studie grenzt sich somit von anderen Studien ab, weil mithilfe der KiGGS-Daten Faktoren wie der familiäre Zusammenhalt, persönliche Ressourcen, soziale Unterstützung und die persönlichen Eigenschaften der Kinder berücksichtigt werden.

Zur Erklärung der gesundheitlichen Entwicklung der Kinder werden drei verschiedene Modelle berechnet. Die Analysen beziehen sich auf elf- bis 17-jährige Kinder, da nur in diesem Altersbereich Angaben über die Schutzfaktoren erhoben wurden. Die Berechnungen sind wie folgt aufgebaut:

- In Modell A gehen alle erklärenden Variablen einzeln ein.
- In Modell B werden Variablen – sogenannte Dummies – aus Familienstruktur (beide Elternteile, Alleinerziehende, Patchworkfamilie und andere) und Schicht (untere, mittlere und obere Schicht) gebildet. Es ergeben sich zwölf Variablen, wobei die Kategorie „Kind lebt bei beiden leiblichen Eltern aus der mittleren Schicht“ als Referenz dient.²⁶ Mit dieser Modellierung wird vor allem berücksichtigt, dass viele Alleinerziehende aufgrund geringer finanzieller Ressourcen über geringere Möglichkeiten verfügen, um ihre Kinder zu fördern. In diesem Kontext werden unterschieden:

- beide leiblichen Eltern aus der unteren Schicht,
- beide leiblichen Eltern aus der mittleren Schicht,

- beide leiblichen Eltern aus der oberen Schicht,
 - Alleinerziehende aus der unteren Schicht,
 - Alleinerziehende aus der mittleren Schicht,
 - Alleinerziehende aus der oberen Schicht,
 - Patchworkfamilien aus der unteren Schicht,
 - Patchworkfamilien aus der mittleren Schicht,
 - Patchworkfamilien aus der oberen Schicht,
 - andere aus der unteren Schicht,
 - andere aus der mittleren Schicht,
 - andere aus der oberen Schicht.
- In Modell C werden Variablen aus Familienstruktur und familiärem Zusammenhalt (familiärer Zusammenhalt mit geringen oder großen Defiziten versus unauffälliger familiärer Zusammenhalt) gebildet. Hier ergeben sich acht Dummies, wobei die „Eltern mit unauffälligem familiären Zusammenhalt“ die Referenzkategorie bilden. Mit dieser Modellierung ist es möglich, die unterschiedlichen Familienstrukturen anhand der familiären Unterstützung, welche die Kinder von ihren Eltern erhalten, zu unterteilen. Unterschieden werden:
 - beide leiblichen Eltern mit unauffälligem familiären Zusammenhalt,
 - beide leiblichen Eltern mit defizitärem familiären Zusammenhalt,

Zu erklärende Variablen der Entwicklung von Kindern

Tabelle 20

im Alter von elf bis 17 Jahren

Zu erklärende Variablen	Verwendete Variablen aus dem KiGGS-Datensatz	Variablenausprägung
Alkoholkonsum	Mindestens ein Glas Alkohol (Bier, Wein, Schnaps u. a.) pro Woche (Kinderangaben)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu
Rauchen	Kind raucht (Kinderangaben)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu
Subjektiver Gesundheitszustand	Selbsteinschätzung des subjektiven Gesundheitszustands (sehr gut, gut, mittelmäßig, schlecht, sehr schlecht) (Kinderangaben)	1 = sehr guter und guter Gesundheitszustand; 0 = mittelmäßiger, schlechter, sehr schlechter Gesundheitszustand
Psychische Auffälligkeiten	Kind mit grenzwertigem oder auffälligem SDQ* – Strength and Difficulties Questionnaire (Elternangaben)	1 = grenzwertig/auffällig; 0 = unauffällig
Übergewicht	Kind ist übergewichtig nach der Definition von Kromeyer-Hauschild	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu

* Der SDQ erfragt Schwächen und Stärken in den fünf Bereichen emotionale Probleme, Hyperaktivitätsprobleme, Verhaltensprobleme, Probleme mit Gleichaltrigen und prosoziales Verhalten, wobei Letzteres in den vom Robert-Koch-Institut gebildeten und hier verwendeten SDQ-Gesamtwert nicht eingeht (Hölling et al., 2007, 785).

Eigene Zusammenstellung

- Alleinerziehende mit unauffälligem familiären Zusammenhalt,
- Alleinerziehende mit defizitärem familiären Zusammenhalt,
- Patchworkfamilien mit unauffälligem familiären Zusammenhalt,
- Patchworkfamilien mit defizitärem familiären Zusammenhalt,
- andere mit unauffälligem familiären Zusammenhalt,
- andere mit defizitärem familiären Zusammenhalt.

Familienstruktur

Tabelle 21

Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem KiGGS-Datensatz	Variablenausprägung
Struktur des familiären Zusammenlebens	Kind wächst auf bei <ul style="list-style-type: none"> – einem leiblichen Elternteil – einem leiblichen Elternteil und einem Stiefelternteil – einer anderen Familienform oder in Heimen (Referenzkategorie: Kind wächst bei beiden leiblichen Eltern auf) (Elternangaben)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu

Eigene Zusammenstellung

Tabelle 20 enthält die zu erklärenden Variablen. Dabei ist es möglich, dass einzelne Variablen sowohl erklärende als auch erklärte Variablen sein können. So gehen beispielsweise in die Analyse zum subjektiven Gesundheitszustand auch die Variablen „Rauchen“ und „Alkohol“ ein.

Die Tabellen 21 bis 27 nennen die Faktoren, die als erklärende Variablen in die Analyse eingegangen sind. Dabei sind nicht alle Einflussfaktoren für alle zu

Familiärer Bildungs- und Migrationshintergrund

Tabelle 22

Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem KiGGS-Datensatz	Variablenausprägung
Schicht der Eltern (sozialer Status anhand der Angaben der Eltern zu ihrer Schulbildung und beruflichen Qualifikation, ihrer beruflichen Stellung und zum Haushaltsnettoeinkommen)	Sozialer Status der Eltern <ul style="list-style-type: none"> – Eltern haben niedrigen Sozialstatus – Eltern haben hohen Sozialstatus (Referenzkategorie: Eltern haben mittleren Sozialstatus) (Elternangaben)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu
Migrationshintergrund	Migranten sind Kinder, die selbst aus einem anderen Land zugewandert sind oder von denen mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren ist oder von denen beide Eltern zugewandert oder nichtdeutscher Staatsangehörigkeit sind	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu

Eigene Zusammenstellung

erklärenden Variablen relevant. Vielmehr wird in den multivariaten Analysen je nach Fragestellung eine Auswahl an Einflussfaktoren getroffen.

- Untersucht werden soll, ob die Struktur des familiären Zusammenlebens einen Einfluss auf die Entwicklung der Kinder hat. Hierbei ist zu unterscheiden, ob das Kind bei beiden leiblichen Eltern lebt, ob nur ein Elternteil die Erziehungsaufgaben übernimmt (Alleinerziehende), ob das Kind bei zwei Elternteilen aufwächst, wovon nur einer ein leiblicher Elternteil ist (Patchwork) oder ob das Kind mit anderen Personen in einem Haushalt lebt (Adoptiveltern, Großeltern/Verwandte, Heim).
- Die soziale Schicht der Eltern bestimmt die finanziellen und materiellen Ressourcen, die den Kindern zur Verfügung stehen.
- Der Migrationshintergrund kann sich auf die gesundheitliche Entwicklung der Kinder auswirken, wenn bestimmte Normen und Regeln aus anderen Staaten oder Religionen zu anderen Verhaltensweisen führen. Es wird erwartet, dass Mitglieder anderer Religionsgruppen, zum Beispiel des Islam, in Bezug auf Rauchen und Alkohol andere Lebensgewohnheiten haben als Mitglieder westlicher Religionsgemeinschaften.

Erwerbstätigkeit		Tabelle 23
Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem KIGGS-Datensatz	Variablenausprägung
Erwerbstätigkeit der Mutter	– Mutter ist Teilzeit erwerbstätig – Mutter ist arbeitslos – Mutter ist nicht erwerbstätig – Mutter ist in Ausbildung (Referenzkategorie: Mutter ist Vollzeit erwerbstätig) (Elternangaben)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu
Erwerbstätigkeit des Vaters	– Vater ist Teilzeit erwerbstätig – Vater ist arbeitslos – Vater ist nicht erwerbstätig – Vater ist in Ausbildung (Referenzkategorie: Vater ist Vollzeit erwerbstätig) (Elternangaben)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu

Eigene Zusammenstellung

- Auch die Erwerbstätigkeit der Eltern könnte einen Einfluss auf die Entwicklung der Kinder haben. Es soll dabei unterschieden werden, ob die Mutter oder der Vater nach Arbeit suchen und ob sie jeweils arbeitslos, freiwillig nicht oder Teilzeit oder Vollzeit erwerbstätig sind.

Schutzfaktoren

Tabelle 24

Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem KiGGS-Datensatz	Variablenausprägung
Familiärer Zusammenhalt	– Familiärer Zusammenhalt grenzwertig gemäß den Cut-off-Werten des RKI – Familiärer Zusammenhalt defizitär gemäß den Cut-off-Werten des RKI (Referenzkategorie: Familiärer Zusammenhalt ist unauffällig) (Kinderangaben)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu
Persönliche Ressourcen	– Persönliche Ressourcen grenzwertig gemäß den Cut-off-Werten des RKI – Persönliche Ressourcen defizitär gemäß den Cut-off-Werten des RKI (Referenzkategorie: Persönliche Ressourcen sind unauffällig) (Kinderangaben)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu
Soziale Unterstützung	– Soziale Unterstützung grenzwertig gemäß den Cut-off-Werten des RKI – Soziale Unterstützung defizitär gemäß den Cut-off-Werten des RKI (Referenzkategorie: Soziale Unterstützung ist unauffällig) (Kinderangaben)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu

Eigene Zusammenstellung

• Mögliche positive Effekte einer Erwerbstätigkeit ergeben sich aus einem höheren Haushaltseinkommen, aus der sozialen Anerkennung und der damit verbundenen höheren Zufriedenheit. Negative Effekte könnten daraus resultieren, dass die Zeitspanne, welche die Eltern für ihre Kinder aufbringen können, durch eine Erwerbstätigkeit kürzer wird.

Die Schutzfaktoren werden in drei Gruppen eingeteilt:

- Familiärer Zusammenhalt: gemeinsame Unternehmungen, Zeit für Sorgen und Nöte der Kinder, Regeln in der Familie, Konfliktlösungen in der Familie etc.
- Persönliche Ressourcen: Fähigkeiten, mit Problemen umzugehen; Optimismus, Dinge des täglichen Lebens bereiten Freude etc.
- Soziale Unterstützung: Unterstützung in Form von Zuhören und Zuneigung, Vermittlung von Informationen zur Problemlösung, gemeinsame Unternehmungen etc.

Gemäß der Resilienzforschung ermöglichen gute Schutzfaktoren eine gute Entwicklung der Kinder trotz bestehender Risiken, die sich aus einer veränderten Familienstruktur ergeben können. Finden Kinder einen ausreichenden familiären

Schulbesuch

Tabelle 25

Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem KiGGS-Datensatz	Variablenausprägung
Besuchte weiterführende Schule oder bereits erreichter Schulabschluss	– Hauptschule/Hauptschulabschluss – Realschule/Realschulabschluss – Gymnasium/Abitur (Kinderangaben)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu
Eigene Zusammenstellung		

Zusammenhalt vor, so können mögliche negative Effekte der Trennung oder des Zusammenlebens mit einem neuen Partner – teilweise oder vollständig – kompensiert werden.

Der Schulbesuch spiegelt das soziale Umfeld wider, in dem die Kinder leben, und bildet Peer-Effekte ab.

Weitere allgemeine Kontrollvariablen

Tabelle 26

Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem KiGGS-Datensatz	Variablenausprägung
Stadt-Land-Indikator	– Ländlich – Kleinstädtisch – Mittelstädtisch (Referenzkategorie: großstädtisch)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu
Geschlecht	Geschlecht	1 = Junge; 2 = Mädchen
Bundesland, in dem das Kind zum Befragungszeitpunkt lebt	Bundesland – NRW – Bayern – Baden-Württemberg – ...	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu ...
Alter des Kindes zum Befragungszeitpunkt	Alter	in Jahren
Geschwisterzahl	Anzahl der Geschwister	numerisch
Eigene Zusammenstellung		

Für die Gesundheit der Kinder dürften auch andere Variablen – zum Beispiel das Geschlecht und das regionale Umfeld – bedeutsam sein. Aus diesem Grund werden diese Einflussfaktoren als allgemeine Kontrollvariablen mit in die Regression aufgenommen.

- Das Gesundheitsverhalten der Eltern spiegelt den Wert wider, den sie selbst dem Thema Gesundheit beimessen. Es zeigt, inwieweit die Eltern selbst gesund

Weitere spezifische Kontrollvariablen

Tabelle 27

Einflussfaktoren	Verwendete Variablen aus dem KiGGS-Datensatz	Variablenausprägung
Eltern rauchen	– Vater raucht – Mutter raucht (Elternangaben)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu
Kind hat chronische Krankheiten	CSHCN-Indikator* (Elternangaben)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu
Kind ist behindert	Amtlich anerkannte Behinderung (Elternangaben)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu
Eltern sind übergewichtig	Body-Mass-Index zeigt Übergewicht an – beim Vater – bei der Mutter (Elternangaben)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu 1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu
Vollständige Untersuchungsreihe der Vorsorgeuntersuchungen U3 bis U9	Teilnahme an allen Vorsorgeuntersuchungen von der U3 bis zur U9 (Elternangaben)	1 = trifft zu; 0 = trifft nicht zu
Körperliche Aktivitäten	Häufigkeit körperlicher Aktivitäten (Kinderangaben)	5 = etwa jeden Tag; 4 = 3- bis 5-mal pro Woche; 3 = 1- bis 2-mal pro Woche; 2 = 1- bis 2-mal pro Monat; 1 = nie

* Der „Children with Special Health Care Needs“-Indikator gibt einen besonderen Versorgungsbedarf als Ausdruck einer chronischen Erkrankung an.
Eigene Zusammenstellung

leben und diese gesunde Lebensweise in ihrer Vorbildfunktion an die Kinder weitergeben können. Das Gesundheitsverhalten der Eltern wird mit den Fragen erfasst, ob sie rauchen und ob sie übergewichtig sind.

- Die Sorge der Eltern über die Gesundheit der Kinder wird darüber hinaus durch die Teilnahme der Kinder an den kostenlosen Vorsorgeuntersuchungen erfasst. Da die ersten beiden Vorsorgeuntersuchungen – U1 und U2 – in der Regel nach der Entbindung im Krankenhaus vorgenommen werden, geht in die Analysen nur die Teilnahme an allen Vorsorgeuntersuchungen U3 bis U9 ein. Zu diesen Untersuchungen müssen die Eltern ihr Kind im Alter von sechs Monaten bis sechs Jahren selbst zum Arzt bringen (vollständige Untersuchungsreihe).
- Angeborene oder dauerhaft erworbene gesundheitliche Beeinträchtigungen der Kinder werden mit den Variablen erfasst, ob das Kind eine amtlich anerkannte Behinderung hat und ob es unter chronischen Krankheiten leidet.

7.2 Multivariate Ergebnisse

Anhand deskriptiver Auswertungen ergibt sich ein differenziertes Bild darüber, wie sich die Familienstruktur auswirkt. Sie hat keinen Einfluss auf den subjektiven Gesundheitszustand der Kinder (Selbstbericht) und auf die Wahrscheinlichkeit, dass sie Alkohol trinken. Andererseits schneiden Kinder, die nicht in Paarfamilien mit leiblichen Eltern aufwachsen, hinsichtlich Rauchen, Übergewicht und psychischer Auffälligkeiten schlechter ab. Das kann daran liegen, dass Kinder aus anderen Familienformen häufiger aus niedrigen Schichten stammen. Ob tatsächlich die Familienstruktur für die schlechtere Entwicklung ursächlich ist oder ob es andere Faktoren sind, die – wie zum Beispiel die materielle Situation von Alleinerziehenden – mit der Familienstruktur assoziiert sind, wird mit multivariaten Analysen untersucht. Die Auswahl der Variablen erfolgt so, dass der Erklärungsgehalt der Modelle maximiert wird. Für alle zu erklärenden Variablen wurden logistische Regressionen gerechnet, da die zu erklärende Variable entweder den Wert 0 oder 1 annehmen kann. In den Berechnungen ist für das Alter der Kinder und das Bundesland kontrolliert worden, außerdem wurden die Daten gewichtet.

In Tabelle 28 sind zunächst alle für die Entwicklung der Kinder als relevant erachteten, im Rahmen der KiGGS-Daten erhobenen Einflussfaktoren dargestellt (Modell A).

Familienstruktur

Der Einfluss der Familienstruktur ist differenziert zu bewerten. Nach Kontrolle einer Vielzahl an weiteren Variablen ist festzustellen, dass ein Einfluss der Familienstruktur hinsichtlich Rauchen und psychischer Auffälligkeiten besteht. Die Wahrscheinlichkeit für Übergewicht ist bei Kindern Alleinerziehender höher, bei Kindern aus Patchworkfamilien dagegen geringer als in der Referenzgruppe.

Soziale Schicht

Die soziale Schicht übt nur in wenigen der untersuchten Bereiche einen Einfluss aus. Kinder aus Familien der unteren Schicht haben eine höhere Wahrscheinlichkeit für Übergewicht. Ihren eigenen Gesundheitszustand schätzen Kinder aus der unteren Schicht hingegen als besser ein als Kinder aus anderen Schichten.

Schutzfaktoren

Die Analyse bestätigt den großen Einfluss der Schutzfaktoren, insbesondere des familiären Zusammenhalts. Generell lässt sich feststellen, dass ein normaler familiärer Zusammenhalt die Entwicklung der Kinder in allen hier untersuchten Bereichen positiv beeinflusst.

Modell A: Multivariate Analyse (Grundmodell)

Tabelle 28

	Rauchen (ja = 1; nein = 0)	Alkohol (ja = 1; nein = 0)	Über- gewicht (ja = 1; nein = 0)	Psychische Auffällig- keiten (ja = 1; nein = 0)	Subjektiver Gesund- heitszustand (gut und sehr gut = 1; mittelmäßig bis sehr schlecht = 0)
Familienstruktur					
Beide leibliche Eltern (Referenz)					
Alleinerziehende	0,47***	-0,27	-0,17	0,38** ¹	-0,16
Patchworkfamilie	0,35**	-0,16	-0,53***	0,86***	0,20
Andere Familienform/Heim	-0,15	0,37	-0,10	1,69***	1,17*
Soziale Schicht					
Untere soziale Schicht	-0,16 ²	-0,05 ³	0,36**** ⁴	0,03 ⁵	0,28*
Mittlere soziale Schicht (Referenz)					
Obere soziale Schicht	-0,08	0,12	-0,06	-0,19	0,05
Familiärer Zusammenhalt					
Defizitärer familiärer Zusammenhalt	0,58**** ⁶	0,25* ⁷	0,25*	0,84**** ⁸	-0,73***
Geringe Defizite im familiären Zusammenhalt	0,43***	0,24	0,00	0,10	-0,51***
Unauffälliger familiärer Zusammenhalt (Referenz)					
Soziale Unterstützung					
Defizitäre soziale Unterstützung	-0,93***	-0,39**	0,47***	0,47***	-0,06
Geringe Defizite bei sozialer Unterstützung	-0,44***	-0,28*	0,25*	0,56***	-0,14
Soziale Unterstützung unauffällig (Referenz)					
Persönliche Ressourcen					
Defizitäre persönliche Ressourcen	0,29*	-0,03	0,10	0,84**** ⁹	-0,58***
Geringe Defizite bei persönlichen Ressourcen	0,24	0,27*	0,09	0,57***	-0,40**
Persönliche Ressourcen unauffällig (Referenz)					
Geschlecht					
(Jungen = 0; Mädchen = 1)	0,43*** ¹⁰	-1,13*** ¹¹	-0,01 ¹²	-0,49*** ¹³	-0,06
Nationalität					
(Ausländer = 0; Deutsche = 1)	0,24 ¹⁴	0,78*** ¹⁵	-0,19 ¹⁶	-0,44*** ¹⁷	0,32*
Geschwisterzahl					
	-0,02	0,04	-0,20***	-0,19***	-0,14***

Schulform (1 = Hauptschule; 2 = Realschule; 3 = Gymnasium)	-0,71*** ¹⁸	0,10 ¹⁹	-0,12*	-0,56***	0,20**
Erwerbstätigkeit der Mutter					
Nichterwerbstätigkeit	0,07	-0,10	-0,09	0,05	-0,21
Arbeitslosigkeit	-0,19	0,04	0,29	-0,22	-0,14
Teilzeittätigkeit	0,09	-0,13	-0,06	-0,02	-0,27*
In Ausbildung	0,97	-0,15		-0,83	0,27
Vollzeittätigkeit (Referenz)					
Erwerbstätigkeit des Vaters					
Nichterwerbstätigkeit	0,57***	-0,13	0,53**	0,28	-0,13
Arbeitslosigkeit	0,13	-0,07	-0,01	0,09	-0,16
Teilzeittätigkeit	0,18	0,06	-0,66	0,12	-0,20
In Ausbildung	-0,26	-0,79	-1,23		-0,13
Vollzeittätigkeit (Referenz)					
Gemeindegröße					
Ländlich	-0,19	0,55***	-0,01	-0,09	0,14
Kleinstädtisch	-0,24	0,47***	0,12	-0,03	0,03
Mittelstädtisch	0,11	-0,07	0,12	-0,04	0,41**
Großstädtisch (Referenz)					
Gesundheitliche Faktoren					
Mutter raucht	0,62*** ²⁰				-0,02
Vater raucht	0,43*** ²⁰				-0,20*
Chronische Krankheiten			0,37***	1,34***	-0,69***
SDQ grenzwertig			0,25		-0,56***
SDQ auffällig			-0,16		-0,36*
Alkoholkonsum	1,50***		0,02	-0,22	0,10
Rauchen		1,43***	0,30**	0,50***	-0,57***
Behinderung			-0,07	0,40	-0,09
Körperliche Aktivitäten			-0,08**	-0,15***	0,25***
Übergewicht				0,08	-0,81***
Übergewicht der Mutter			0,96*** ²¹	0,26**	
Übergewicht des Vaters			0,69***	-0,01	
Vorsorgeuntersuchungen U3 bis U9			0,06		
N	4.552	4.715	4.372	4.465	3.561
Pseudo-R ²	0,3035	0,3663	0,0944	0,1851	0,1271

Leere Felder: Variable wurde nicht untersucht; *** = signifikant auf dem 1%-Niveau; ** = signifikant auf dem 5%-Niveau; * = signifikant auf dem 10%-Niveau.

Eigene Berechnungen

Anmerkungen zu Tabelle 28

¹ Auch für die Altersgruppe der Drei- bis Zehnjährigen lässt sich dieser Zusammenhang zwischen Familienstruktur und Gesamtproblemwert SDQ aufrechterhalten. So kommen Hagen und Kurth (2007, 28) zu dem Ergebnis, „dass Alleinerziehende die Probleme ihrer Kinder in allen vier Problembereichen signifikant häufiger als auffällig einstufen als Eltern in partnerschaftlichen Familien“. Im Gegensatz zur vorliegenden Studie nehmen sie allerdings keine Differenzierung nach Patchworkfamilien vor. Des Weiteren konstatieren sie, dass dieser Zusammenhang zwischen Familienstruktur und SDQ bei Mädchen ausgeprägter ist als bei Jungen (Hagen/Kurth, 2007, 29). Ravens-Sieberer et al. (2007, 876) haben festgestellt, dass psychische Auffälligkeiten gehäuft bei Kindern auftreten, die bei einem alleinerziehenden Elternteil aufwachsen. Allerdings untersuchten sie nicht den Einfluss auf den Gesamtproblemwert SDQ, wie in der vorliegenden Studie geschehen, sondern zogen Daten aus der sogenannten BELLA-Studie heran. Ebenso erschwert es die Vergleichbarkeit, dass die Altersabgrenzung nicht mit der in dieser Studie gewählten übereinstimmt; ² Einen Zusammenhang zwischen sozialer Schicht und Rauchverhalten kann Lampert (2008, 120 f.) jedoch sehr wohl erkennen: „Sowohl beim aktiven Rauchen als auch bei der Passivrauchbelastung zeigen sich deutliche Unterschiede nach dem sozialen Status. In der Altersgruppe der 14- bis 17-jährigen rauchen Jungen aus der unteren Statusgruppe etwa zweimal und Mädchen sogar dreimal häufiger täglich als die Gleichaltrigen aus der höchsten Statusgruppe.“ Zurückführen lassen sich die unterschiedlichen Ergebnisse möglicherweise auf die Verwendung unterschiedlicher Kontrollvariablen; ³ Dieser Befund wird auch durch die Untersuchungsergebnisse von Lampert und Thamm (2007, 605) gestützt. Sie haben festgestellt, dass weder bei Jungen noch bei Mädchen der Sozialstatus eine Rolle für deren Alkoholkonsum spielt; ⁴ Zu diesem Ergebnis kommen auch Lampert (2008, 117) und Kurth/Schaffrath Rosario (2007, 737); ⁵ Im Gegensatz dazu gelangen Hölling et al. (2007, 788) zu dem Schluss, dass „Kinder und Jugendliche aus Familien mit niedrigem sozioökonomischen Status ... mit 21,4% ein deutlich höheres Risiko für Verhaltensauffälligkeiten (nach SDQ) aufweisen, ein hoher sozialer Status geht dagegen mit einem wesentlich verringerten Risiko einher (10,1%). Kinder aus Familien mit mittlerem sozioökonomischen Status liegen bezüglich ihres Risikos mit 13,7% zwischen beiden Gruppen. Dieser Effekt ist über die verschiedenen Altersgruppen annähernd konstant“. Unterstützt wird dieser Befund auch durch Lampert (2008, 116) und Ravens-Sieberer et al. (2007, 875 ff.). Letztere stützten sich jedoch nicht nur auf KiGGS-Daten, sondern auch auf Daten der BELLA-Studie; ⁶ Zu diesem Schluss kommen auch Erhart et al. (2007, 806): „In der Gruppe der Kinder und Jugendlichen mit deutlichen Defiziten im familiären Zusammenhalt ist der Anteil Rauchender mit 34,5% fast doppelt so hoch wie in der Gruppe der Kinder mit ausreichendem familiären Zusammenhalt (17,7%), ein Unterschied, der bei den Mädchen tendenziell stärker ausfällt“; ⁷ Für die Erfahrungen mit Alkohol ist ebenso der familiäre Zusammenhalt von Belang. So haben deutlich mehr Kinder und Jugendliche mit defizitärem familiären Zusammenhalt Erfahrungen mit Alkohol gemacht als Kinder und Jugendliche mit unauffälligem familiären Zusammenhalt (Erhart et al., 2007, 806 f.); ⁸ Auch Ravens-Sieberer et al. (2007, 876) haben auf Basis von KiGGS-Daten und Daten der BELLA-Studie herausgefunden, „dass diese Kinder [Anmerkung: mit psychischen Auffälligkeiten] deutlich häufiger aus konfliktbelasteten Familien kommen“; ⁹ Mithilfe von KiGGS-Daten und Daten der BELLA-Studie kommen Ravens-Sieberer et al. (2007, 876) zum Ergebnis, „dass die beschriebenen personalen, familiären und sozialen Ressourcen bei den psychisch unauffälligen Kindern am häufigsten vorhanden sind, während sie bei den Kindern mit Hinweisen auf psychische Auffälligkeiten im geringeren Ausmaß vorliegen und bei den wahrscheinlich psychisch auffälligen Kindern am geringsten ausgeprägt sind“; ¹⁰ Diese hohe Signifikanz in der Altersgruppe der elf- bis 17-jährigen Kinder lässt sich durch Lampert und Thamm (2007, 602 ff.) für die Altersgruppe der 14- bis 17-jährigen nicht bestätigen. Vielmehr ergibt sich, dass die 14- bis 15-jährigen Mädchen etwas öfter rauchen, bei den 16- bis 17-jährigen Mädchen ist es umgekehrt; ¹¹ In Bezug auf 17-Jährige attestieren Lampert und Thamm (2007, 604) Folgendes: „Von den 17-jährigen Jungen gaben 67,2% an, mindestens einmal pro Woche Alkohol zu trinken, von den Mädchen sind es hingegen nur 39,7%“; ¹² Auch Lampert konstatiert, dass in Bezug auf Übergewicht und Adipositas Jungen und Mädchen gleich stark betroffen sind (Lampert, 2008, 117); ¹³ Auch Hölling et al. befinden, dass „Jungen ... gegenüber Mädchen bei den Verhaltensauffälligen (nach SDQ) klar überrepräsentiert sind. Dieser Unterschied ist über alle Altersgruppen zu finden, fällt bei den 14- bis 17-jährigen jedoch tendenziell geringer aus“ (Hölling et al., 2007, 786 ff.; siehe auch Ravens-Sieberer et al., 2007, 874); ¹⁴ Demgegenüber ergeben die Untersuchungen von Lampert und Thamm (2007, 605), dass „Jugendliche mit Migrationshintergrund vergleichsweise selten rauchen“. Unterschiede im Ergebnis sind möglicherweise auf unterschiedliche Kontrollvariablen zurückzuführen; ¹⁵ Dieses Ergebnis wird durch die Analyse von Lampert und Thamm (2007, 605) untermauert; ¹⁶ Die Untersuchung von Kurth und Schaffrath Rosario (2007, 737) hat hingegen ergeben, dass Kinder mit Migrationshintergrund einem höheren Risiko für Übergewicht und Adipositas unterliegen; ¹⁷ Diesen Befund unterstreicht die Untersuchung von Hölling et al. (2007, 788): „Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind auch hier mit 17,0% häufiger betroffen als ohne Migrationshintergrund (14,4%). Dieser Unterschied fällt bei den Älteren (14 bis 17 Jahre) am geringsten aus (15,1% vs. 13,4%)“; ¹⁸ Siehe dazu auch Lampert/Thamm (2007, 605), die dieses Ergebnis unterstützen; ¹⁹ Lampert und Thamm (2007, 605) kommen hingegen zu dem Ergebnis, dass Jungen, die eine Haupt- oder Realschule besuchen, im Vergleich zu Gymnasiasten etwas häufiger Alkohol konsumieren; ²⁰ Der Befund eines positiven Zusammenhangs zwischen Rauchverhalten der Eltern und Rauchverhalten der Kinder trifft laut Lampert/Thamm (2007, 604) auch für 14- bis 17-Jährige zu; ²¹ Dieses Ergebnis bestätigen Kurth und Schaffrath Rosario (2007, 737).

Eine defizitäre soziale Unterstützung verringert unerwarteterweise das Risiko, dass Kinder rauchen oder Alkohol trinken. Dies kann damit erklärt werden, dass in der Regel in Gesellschaft von Freunden geraucht und Alkohol getrunken wird. Das Fehlen sozialer Unterstützung erhöht im Übrigen die Wahrscheinlichkeit für Übergewicht und psychische Auffälligkeiten.

Defizite bei den persönlichen Ressourcen erhöhen die Wahrscheinlichkeit fürs Rauchen, für Alkoholkonsum, psychische Auffälligkeiten und einen schlechteren subjektiven Gesundheitszustand. Sie haben aber keinen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit für Übergewicht.

Andere Einflüsse

Für Mädchen gibt es eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass sie rauchen, aber eine geringere für Alkoholkonsum und psychische Auffälligkeiten. Mit steigender Geschwisterzahl sinkt das Risiko für Übergewicht und psychische Auffälligkeiten, aber auch der Wert des subjektiven Gesundheitszustands. Die Nationalität hat Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, regelmäßig Alkohol zu trinken – diese ist bei Deutschen höher. Ausländer sind häufiger von psychischen Auffälligkeiten betroffen und schätzen ihren subjektiven Gesundheitszustand als schlechter ein als die deutschen Kinder.

Der Schulbesuch ist auch bei gleichzeitiger Kontrolle der Schichtzugehörigkeit eine signifikante Erklärungsgröße. Je höher die Qualifikation ist, die an der besuchten weiterführenden Schule von den Jungen und Mädchen erworben werden kann (Realschule oder Gymnasium), umso besser verläuft die Entwicklung der Jugendlichen.

Die Erwerbstätigkeit der Eltern hat auf keine der zu erklärenden Variablen einen Einfluss. Die einzige Ausnahme ist die Nichterwerbstätigkeit des Vaters, mit der die Wahrscheinlichkeit für Übergewicht und Zigarettenkonsum der Kinder steigt.

Hinsichtlich der gesundheitlichen Faktoren lässt sich Folgendes feststellen:

- Rauchen: Wenn die Eltern rauchen, steigt auch die Wahrscheinlichkeit, dass die Kinder rauchen. Eltern sind hier klares Vorbild.
- Rauchen und Alkoholkonsum gehören zusammen: Kinder, die rauchen, konsumieren auch regelmäßig Alkohol und umgekehrt.
- Übergewicht: Auch hier zeigt sich, dass Kinder, deren Eltern unter Übergewicht leiden, selbst ein höheres Risiko für Übergewicht haben. Die gesunde oder ungesunde Lebensweise der Eltern übt über die Vorbildfunktion Einfluss auf die Kinder aus.
- Psychische Auffälligkeiten: Chronische Erkrankungen gehen oft mit psychischen Auffälligkeiten einher.
- Subjektiver Gesundheitszustand: Die Kinder schätzen ihren Gesundheitszustand eher nicht als sehr gut oder gut ein, wenn sie chronische Erkrankungen, psychische Auffälligkeiten oder Übergewicht aufweisen und sie selbst rauchen oder ihr Vater raucht.

Modell B: Multivariate Analyse mit zusammengesetzten Variablen aus sozialer Schicht und Familienstruktur

Tabelle 29

	Rauchen (ja = 1; nein = 0)	Alkohol (ja = 1; nein = 0)	Übergewicht (ja = 1; nein = 0)	Psychische Auffälligkeiten (ja = 1; nein = 0)	Subjektiver Gesundheitszustand (gut und sehr gut = 1; mittel- mäßig bis sehr schlecht = 0)
Zusammengesetzte Variablen:					
soziale Schicht und Familienstruktur					
Eltern aus unterer Schicht	-0,00	-0,16	0,31**	0,18	0,26
Eltern aus mittlerer Schicht (Referenz)					
Eltern aus oberer Schicht	0,08	-0,06	-0,07	0,09	0,05
Alleinerziehende aus unterer Schicht	0,42*	-0,41*	0,09	0,40	0,36
Alleinerziehende aus mittlerer Schicht	0,44**	-0,20	-0,06	0,67***	-0,42*
Alleinerziehende aus oberer Schicht	0,72	-0,64	-0,44	-0,92	0,78
Patchworkfamilie aus unterer Schicht	-0,26	-0,20	0,18	0,92***	0,21
Patchworkfamilie aus mittlerer Schicht	0,47**	-0,01	-0,79***	1,20***	0,43
Patchworkfamilie aus oberer Schicht	0,73***	-0,63**	-0,64*	0,12	0,08
Familiärer Zusammenhalt					
Defizitärer familiärer Zusammenhalt	0,59***	0,25*	0,24*	0,86***	-0,73***
Geringe Defizite im familiären Zusammenhalt	0,43***	0,24	0,00	0,08	-0,51***
Unauffälliger familiärer Zusammenhalt (Referenz)					
Soziale Unterstützung					
Defizitäre soziale Unterstützung	-0,93***	-0,40**	0,47***	0,50***	-0,07
Geringe Defizite bei sozialer Unterstützung	-0,41***	-0,29**	0,24*	0,56***	-0,12
Soziale Unterstützung unauffällig (Referenz)					
Persönliche Ressourcen					
Defizitäre persönliche Ressourcen	0,29*	-0,03	0,11	0,83***	-0,58***
Geringe Defizite bei persönlichen Ressourcen	0,24	0,27*	0,09	0,55***	-0,40**
Persönliche Ressourcen unauffällig (Referenz)					
Geschlecht					
(Jungen = 0; Mädchen = 1)	0,42***	-1,13***	-0,01	-0,49***	-0,07
Nationalität					
(Ausländer = 0; Deutsche = 1)	0,24	0,77***	-0,19	-0,45***	0,31*
Geschwisterzahl					
	-0,03	0,04	-0,20***	-0,19***	-0,14***

Schulform (1 = Hauptschule; 2 = Realschule; 3 = Gymnasium)	-0,71***	0,10	-0,11*	-0,57***	0,20**
Erwerbstätigkeit der Mutter					
Nichterwerbstätigkeit	0,08	-0,11	-0,09	0,01	-0,22
Arbeitslosigkeit	-0,18	0,03	0,28	-0,22	-0,15
Teilzeittätigkeit	0,10	-0,14	-0,06	-0,05	-0,28*
In Ausbildung	-0,88	-0,18		-0,73	0,34
Vollzeittätigkeit (Referenz)					
Erwerbstätigkeit des Vaters					
Nichterwerbstätigkeit	0,54**	-0,14	0,55**	0,23	-0,14
Arbeitslosigkeit	0,16	-0,09	-0,02	0,08	-0,15
Teilzeittätigkeit	0,19	0,04	-0,67	0,09	-0,21
In Ausbildung	-0,28	-0,78	-1,25		-0,27
Vollzeittätigkeit (Referenz)					
Gemeindegröße					
Ländlich	-0,20	0,56***	-0,00	-0,09	0,14
Kleinstädtisch	-0,22	0,46***	0,12	-0,01	0,04
Mittelstädtisch	0,12	-0,08	0,12	-0,04	0,42**
Großstädtisch (Referenz)					
Gesundheitliche Faktoren					
Mutter raucht	0,62***				-0,01
Vater raucht	0,44***				-0,20*
Chronische Krankheiten			0,36***	1,33***	-0,68***
SDQ grenzwertig			0,26		-0,56***
SDQ auffällig			-1,47		-0,37*
Alkoholkonsum	1,51***		0,02	-0,23	0,10
Rauchen		1,44***	0,31**	0,49***	-0,58***
Behinderung			-0,06	0,37	-0,12
Körperliche Aktivitäten			-0,08**	-0,15***	0,24***
Übergewicht				0,10	-0,81***
Übergewicht der Mutter			0,96***	0,26**	
Übergewicht des Vaters			0,69***	-0,02	
Vorsorgeuntersuchungen U3 bis U9			0,06		
N	4.550	4.715	4.372	4.463	3.559
Pseudo-R ²	0,3057	0,3670	0,0957	0,1908	0,1291

Leere Felder: Variable nicht untersucht; *** = signifikant auf dem 1%-Niveau; ** = signifikant auf dem 5%-Niveau;

* = signifikant auf dem 10%-Niveau.

Eigene Berechnungen

Da es einen starken Zusammenhang zwischen Schicht und Familienstruktur gibt, wird in den in Tabelle 29 dargestellten Berechnungen eine gemeinsame Variable aus Familienstruktur und Schichtzugehörigkeit gebildet. Die Referenzkategorie bildet die Kategorie „Kind lebt bei beiden leiblichen Eltern aus der mittleren Schicht“.

Die wesentliche Folge daraus ist, dass sich der Einfluss der Familienstruktur verringert. Bezüglich Rauchen, Übergewicht und psychischer Gesundheit kann er zu einem Teil durch die Schichtzugehörigkeit erklärt werden:

- Rauchen: Kinder, die mit beiden leiblichen Eltern zusammenleben, haben die gleiche Wahrscheinlichkeit, zur Zigarette zu greifen – egal, aus welcher Schicht sie stammen. Bei Kindern von Alleinerziehenden aus der unteren und mittleren Schicht ist diese Wahrscheinlichkeit größer als bei Kindern, die mit beiden leiblichen Eltern der mittleren Schicht zusammenleben, während dies für Kinder von Alleinerziehenden der oberen Schicht nicht zutrifft. Kinder aus Patchworkfamilien der mittleren und oberen Schicht neigen dagegen eher zum Tabakkonsum.
- Übergewicht: Kinder in Haushalten mit beiden leiblichen Eltern aus der unteren Schicht haben eine höhere Wahrscheinlichkeit für Übergewicht, Kinder aus Patchworkfamilien der mittleren und oberen Schicht dagegen eine geringere. Kinder von Alleinerziehenden unterscheiden sich in puncto Übergewicht nicht von Kindern, die mit beiden leiblichen Eltern zusammenleben.
- Psychische Auffälligkeiten: Kinder von Alleinerziehenden der mittleren Schicht und aus Patchworkfamilien der unteren und mittleren Schicht haben ein höheres Risiko, psychisch auffällig zu sein, als Kinder, die mit beiden leiblichen Eltern aus der mittleren Schicht zusammenleben.

Für die anderen Variablen ergeben sich keine nennenswerten Änderungen.

In Tabelle 30 sind die Ergebnisse für die zusammengesetzten Variablen aus Familienstruktur und familiärem Zusammenhalt dargestellt. Referenzkategorie sind die Kinder, die mit beiden leiblichen Eltern in einem normalen familiären Zusammenhalt leben. Mit dieser Spezifikation soll geprüft werden, ob der Einfluss der Familienstruktur verringert werden kann, wenn es den Familien gelingt, einen guten familiären Zusammenhalt zu schaffen. Ist dieser Schutzfaktor geeignet, Belastungen, die sich aus Veränderungen der Familienstruktur für die Kinder ergeben, abzumildern?

In den Bereichen Rauchen und psychische Auffälligkeiten gelingt das jedenfalls nicht. Hier bleibt ein Einfluss der Familienstruktur bestehen. Selbst Familien mit einem normalen familiären Zusammenhalt gelingt es nicht, die Effekte einer anderen Familienstruktur oder von Änderungen in der Familienstruktur vollständig aufzufangen.

Für die einzelnen Bereiche ergibt sich ein differenziertes Bild:

- Rauchen: Für alle Familienstrukturen gilt, dass ein familiärer Zusammenhalt, der geringe oder große Defizite aufweist, eher zu rauchenden Kindern führt. Ebenso besteht ein negativer Einfluss des Aufwachsens bei Alleinerziehenden oder in Patchworkfamilien. Kinder aus solchen Haushalten weisen auch bei einem unauffälligen familiären Zusammenhalt eine höhere Wahrscheinlichkeit zu rauchen auf als Kinder, die bei den leiblichen Eltern mit unauffälligem familiären Zusammenhalt leben.
- Alkoholkonsum: Kinder, deren leibliche Eltern oder deren alleinerziehender Elternteil Defizite im familiären Zusammenhalt aufweisen, tragen ein größeres Risiko, regelmäßig Alkohol zu konsumieren. Bei Patchworkfamilien mit solchen Defiziten zeigt sich dieser Effekt nicht.
- Übergewicht: Kinder von Patchworkfamilien haben ein geringeres Risiko, übergewichtig zu werden.
- Psychische Auffälligkeiten: Für alle Familienstrukturen gilt, dass ein mangelhafter familiärer Zusammenhalt (geringe oder große Defizite) zu einer höheren Wahrscheinlichkeit für psychische Auffälligkeiten führt. Der Einfluss der Familienstruktur bleibt jedoch bestehen, da auch Kinder aus Patchworkfamilien mit einem unauffälligen familiären Zusammenhalt ein höheres Risiko für psychische Auffälligkeiten aufweisen.

Für die anderen Variablen ergeben sich keine nennenswerten Änderungen.

7.3 Zusammenfassung

Der familiäre Zusammenhalt ist eine der wichtigsten Erklärungsgrößen für den Gesundheitszustand der Kinder. Für alle untersuchten Bereiche konnte festgestellt werden, dass ein defizitärer familiärer Zusammenhalt die Entwicklung der Kinder beeinträchtigt. Eine Stärkung des familiären Zusammenhalts sollte bei der Ausrichtung der Familienpolitik demnach eine zentrale Rolle spielen.

Der Einfluss der Familienstruktur ist dagegen differenziert zu betrachten. In den Bereichen Rauchen und psychische Auffälligkeiten bleibt auch nach Kontrolle einer Vielzahl an Variablen ein Einfluss bestehen. Ein Teil der Unterschiede zwischen den Familienformen liegt jedoch an der Schichtzugehörigkeit. Auch nach der Kontrolle des familiären Zusammenhalts gilt fürs Rauchen und die psychischen Auffälligkeiten, dass der Einfluss der Familienstruktur bestehen bleibt. Das heißt: Alleinerziehenden und Patchworkfamilien mit einem normalen familiären Zusammenhalt gelingt es nicht, das Gesundheitsrisiko vollständig auf das Niveau der Kinder aus Paarfamilien mit leiblichen Kindern und normalem familiären Zusammenhalt zu senken.

Modell C: Multivariate Analyse mit zusammengesetzten Variablen aus Familienstruktur und familiärem Zusammenhalt Tabelle 30

	Rauchen (ja = 1; nein = 0)	Alkohol (ja = 1; nein = 0)	Übergewicht (ja = 1; nein = 0)	Psychische Auffälligkeiten (ja = 1; nein = 0)	Subjektiver Gesundheits- zustand (gut und sehr gut = 1; mittel- mäßig bis sehr schlecht = 0)
Soziale Schicht					
Untere soziale Schicht	-0,08	-0,16	0,36***	0,03	0,29**
Mittlere soziale Schicht (Referenz)					
Obere soziale Schicht	0,08	-0,12	-0,07	-0,21	0,05
Soziale Unterstützung					
Defizitäre soziale Unterstützung	-0,93***	-0,39**	0,47***	0,48***	-0,06
Geringe Defizite bei sozialer Unterstützung	-0,43***	-0,29**	0,24*	0,58***	-0,14
Soziale Unterstützung unauffällig (Referenz)					
Persönliche Ressourcen					
Defizitäre persönliche Ressourcen	0,28*	-0,03	0,09	0,83***	-0,57***
Geringe Defizite bei persönlichen Ressourcen	0,25	0,27*	0,08	0,56***	-0,39**
Persönliche Ressourcen unauffällig (Referenz)					
Zusammengesetzte Variablen: Familienstruktur und familiärer Zusammenhalt					
Eltern mit geringen oder großen Defiziten im familiären Zusammenhalt	0,53***	0,28**	0,10	0,44***	-0,78***
Eltern mit unauffälligem familiären Zusammenhalt (Referenz)					
Alleinerziehende mit geringen oder großen Defiziten im familiären Zusammenhalt	1,04***	0,09	0,37	1,06***	-0,52
Alleinerziehende mit unauffälligem familiären Zusammenhalt	0,45**	-0,30	-0,33*	0,26	-0,33
Patchworkfamilie mit geringen oder großen Defiziten im familiären Zusammenhalt	0,79***	-0,14	-0,62**	1,52***	-0,05
Patchworkfamilie mit unauffälligem familiären Zusammenhalt	0,40**	-0,03	-0,41**	0,75***	-0,11
Geschlecht					
(Jungen = 0; Mädchen = 1)	0,43***	-1,14***	-0,01	-0,49***	-0,05
Nationalität					
(Ausländer = 0; Deutsche = 1)	0,24	0,78***	-0,19	-0,43**	0,32*

Geschwisterzahl	-0,02	0,04	-0,19***	-0,18***	-0,14***
Schulform (1 = Hauptschule; 2 = Realschule; 3 = Gymnasium)	-0,71***	0,10	-0,11*	-0,54***	0,20**
Erwerbstätigkeit der Mutter					
Nichterwerbstätigkeit	0,07	-0,11	-0,08	0,08	-0,20
Arbeitslosigkeit	-0,19	0,04	0,29	-0,22	-0,15
Teilzeittätigkeit	0,09	-0,14	-0,06	-0,03	-0,26*
In Ausbildung	-0,96	-0,17		-0,84	0,32
Vollzeittätigkeit (Referenz)					
Erwerbstätigkeit des Vaters					
Nichterwerbstätigkeit	0,57***	-0,12	0,54**	0,30	-0,17
Arbeitslosigkeit	0,13	-0,08	-0,02	0,09	-0,15
Teilzeittätigkeit	0,18	0,05	-0,67	0,08	-0,21
In Ausbildung	-0,25	-0,78	-1,21		-0,05
Vollzeittätigkeit (Referenz)					
Gemeindegröße					
Ländlich	-0,18	0,56***	0,00	-0,08	0,11
Kleinstädtisch	-0,23	0,47***	0,12	-0,01	0,02
Mittelstädtisch	0,11	-0,07	0,12	-0,03	0,40**
Großstädtisch (Referenz)					
Gesundheitliche Faktoren					
Mutter raucht	0,62***				-0,01
Vater raucht	0,44***				-0,20*
Chronische Krankheiten			0,36***	1,33***	-0,67***
SDQ grenzwertig			0,25		-0,61***
SDQ auffällig			-0,14		-0,40**
Alkoholkonsum	1,50***		0,02	-0,21	0,11
Rauchen		1,43***	0,30**	0,49***	-0,58***
Behinderung			-0,04	0,45	-0,09
Körperliche Aktivitäten			-0,08**	-0,15***	0,25***
Übergewicht				0,08	-0,82***
Übergewicht der Mutter			0,96***	0,25**	
Übergewicht des Vaters			0,69***	-0,01	
Vorsorgeuntersuchungen U3 bis U9			0,05		
N	4.552	4.715	4.372	4.465	3.561
Pseudo-R ²	0,3035	0,3667	0,0951	0,1813	0,1292

Leere Felder: Variable nicht untersucht; *** = signifikant auf dem 1%-Niveau; ** = signifikant auf dem 5%-Niveau;

* = signifikant auf dem 10%-Niveau.

Eigene Berechnungen

Die Familienstruktur hat keinen Einfluss auf den subjektiven Gesundheitszustand der Kinder (Selbstbericht) und auf die Wahrscheinlichkeit, dass sie Alkohol trinken. Der fehlende Einfluss auf den subjektiven Gesundheitszustand deckt sich mit der Studie von Winkelmann (2003), der anhand der Daten des SOEP ebenfalls keinen Zusammenhang von subjektiver Zufriedenheit und Familienstruktur findet. Beim Übergewicht zeigt sich, dass Kinder aus Patchworkfamilien sogar ein geringeres Risiko tragen.

Die Erwerbstätigkeit der Eltern hat keinen signifikanten Effekt auf die gesundheitlichen Variablen und auf das Verhalten der Kinder. Frühe Erwerbsunterbrechungen der Eltern können jedoch mit Einkommenseinbußen, einer niedrigeren Schichtzugehörigkeit und einer größeren Wahrscheinlichkeit von Kinderarmut verbunden sein. Der Ausbau der frühkindlichen Bildung wäre die passende Antwort. Diese Maßnahme kann einen positiven Einfluss auf die Bildung und – indirekt über die Vermeidung von Erwerbsunterbrechungen – auf die Gesundheit der Kinder entfalten. Diese Effekte dürften dann besonders positiv sein, wenn Schutzfaktoren wie der familiäre Zusammenhalt gestärkt werden, beispielsweise über den Ausbau von Familienzentren (siehe dazu Abschnitt 8.1).

Teil III: Analyse fiskalischer Effekte durch eine veränderte Familienförderung

Die fiskalischen Effekte des Ausbaus der frühkindlichen Bildungsinfrastruktur sollen im Folgenden abgeschätzt werden. Hierzu sind die Kosten des Ausbaus zu berechnen, um sie den möglichen Effekten gegenüberstellen zu können. Letztere werden in einem Modellansatz abgeschätzt.

8

Analyse der Wirkungen einer veränderten Familienförderung

8.1 Die Effekte der frühkindlichen Bildung aus internationaler Sicht

Mit den Effekten von Bildungsmaßnahmen im frühen Kindesalter beschäftigen sich ausführlich Cunha/Heckman (2007). Die Autoren zeigen auf Basis einer

Metastudie, dass das Erlernen von Fähigkeiten nicht nur auf Veranlagung beruht, sondern zu einem großen Teil auf Umwelteinflüssen im Anfangsstadium der Kindheit. So gibt es einige sensible Phasen im Leben eines Kindes, in denen sich bestimmte Fähigkeiten herausbilden oder leichter erlernen lassen als zu einem späteren Zeitpunkt. Da Kinder jedoch nicht im gleichen Milieu aufwachsen und nicht den gleichen Umwelteinflüssen ausgesetzt sind, werden bereits in frühester Kindheit die Unterschiede zwischen den einzelnen sozioökonomischen Gruppen zementiert. Studien haben gezeigt, dass Investitionen in die Bildung benachteiligter Kinder in einem frühen Lebensstadium eine weitaus höhere Rendite erzielen als solche, die in einem späteren Lebensabschnitt getätigt werden. Der Zusammenhang gilt auch im negativen Sinn: So haben Kreditbeschränkungen der Eltern in frühen Lebensperioden des Kindes negative Wirkungen auf dessen Entwicklung (Restuccia/Urrutia, 2004). Allerdings ist auch festgestellt worden, dass bei einer ausschließlich frühkindlichen Bildung ohne zusätzliche Fördermaßnahmen im weiteren Lebensverlauf der positive Effekt deutlich geringer ausfällt.

In frühester Kindheit werden kognitive Fähigkeiten und nicht kognitive Persönlichkeitsmerkmale – wie etwa Motivationsbereitschaft und Selbstkontrolle – angelegt. Sie bilden eine wichtige Grundlage für beruflichen und sozialen Erfolg. Bestehende nicht kognitive Fähigkeiten beeinflussen zudem das Erlernen kognitiver Fähigkeiten positiv, bedingt beispielsweise durch einen kindgerechten familiären Hintergrund. Bildungsanstrengungen sollten sich daher laut Cunha/Heckman (2007) stärker als bisher auf die frühkindliche Bildung konzentrieren.

Cunha und Heckman (2007) haben untersucht, wie sich Bildungserfolge und soziale Merkmale – zum Beispiel die Kriminalität benachteiligter Kinder²⁷ – je nach eingesetztem Politikstil verändern. Im Basisszenario erfolgt keine spezielle Intervention des Staates zugunsten benachteiligter Kinder – der Staat betreibt also lediglich in herkömmlicher Weise Bildungspolitik. Im ersten Szenario wird im Rahmen des Perry Pre-School Program in die frühkindliche Bildung benachteiligter Kinder investiert. Dem wird ein zweites Szenario gegenübergestellt, das statt frühkindlicher Bildung diese zusätzlichen Bildungsinvestitionen in spätere Lebensphasen verschiebt. In einem dritten Szenario gibt es sowohl frühkindliche Bildung als auch Maßnahmen, die in späteren Bildungsphasen stattfinden. Dabei kosten die Maßnahmen in den Szenarien 2 und 3 jeweils 35 Prozent mehr als das Perry Pre-School Program in Szenario 1. Verglichen werden hier die Erfolge der drei unterschiedlichen Szenarien in den Kriterien Highschool-Abschluss, Aufnahme eines Studiums, Kriminalität (Verurteilung, Bewährung) und Inanspruchnahme von Wohlfahrtsleistungen.

Bereits im ersten Szenario ist im Vergleich zum Basisszenario eine Zunahme des Anteils der benachteiligten Jugendlichen mit Highschool-Abschluss um 24,7 Prozentpunkte zu sehen. Dieser Anteil von 65,8 Prozent ließe sich nur im dritten Modell mit einem zusätzlichen Ausbau der Maßnahmen der Bildung im Jugendalter steigern, und zwar auf 91,4 Prozent. Allein durch die Einführung frühkindlicher Bildung würde sich im Vergleich zum Basisszenario der Anteil der Studierenden unter den benachteiligten Jugendlichen fast verdreifachen. Verurteilungen aufgrund von Straftaten würden um mehr als 5 Prozentpunkte zurückgehen, Bewährungsstrafen um fast 7 Prozentpunkte. Außerdem ließe sich die Inanspruchnahme staatlicher Wohlfahrtsleistungen auf etwas mehr als die Hälfte reduzieren.

Auswirkungen unterschiedlicher Politikmaßnahmen auf die Entwicklung benachteiligter Kinder Tabelle 31

Angaben in Prozent

Anteile innerhalb der Gruppe der benachteiligten Kinder	Basisszenario	Szenario 1: Frühkindliche Bildung	Szenario 2: Bildung im Jugendalter*	Szenario 3: Frühkindliche Bildung + Bildung im Jugendalter*
Highschool-Abschluss	41,1	65,8	63,9	91,4
Einschreibung an Universität	4,5	12,6	11,7	37,6
Verurteilung	22,8	17,1	17,7	10,8
Bewährungsstrafe	21,5	14,9	15,6	8,2
Inanspruchnahme staatlicher Wohlfahrtsleistungen	17,7	9,1	9,7	2,6

* Die Kosten der Szenarien 2 und 3 liegen um 35 Prozent höher als jene von Szenario 1.
Quelle: Cunha/Heckman, 2007, 44

In Tabelle 31 wird deutlich, dass das Programm zum Ausbau der frühkindlichen Bildung (Szenario 1) effektiver ist als der in Szenario 2 vorgesehene Ausbau der Bildung im Jugendalter. Des Weiteren ist das Perry Pre-School Program mit um 35 Prozent niedrigeren Kosten verbunden als die in Szenario 2 gewählte Maßnahme. Nur durch einen gleichzeitigen Ausbau von frühkindlicher Bildung und von Maßnahmen in späteren Lebensphasen ließe sich ein besserer Effekt erzielen als in Szenario 1. Diese Steigerung wäre jedoch ebenso mit höheren Kosten verbunden.

Untersucht worden ist das Perry Pre-School Program auch durch Nores et al. (2005). Die Autoren haben anhand einer Gruppe von Teilnehmern aus den sechziger Jahren 40 Jahre später die Effekte des Programms evaluiert. Zu diesem Zweck wurden die Ergebnisse der Programmteilnehmer – ihre Bildung, Erwerbs-

tätigkeit, Kriminalität etc. – denen einer Vergleichsgruppe gegenübergestellt, die nicht als Kleinkind dieses Programm durchlaufen haben. Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass bei einem Diskontierungssatz von 3 Prozent jedem im Rahmen des Programms ausgegebenen Dollar ein Nutzen in Höhe von 12,90 Dollar gegenübersteht. Dieser Nutzen ergibt sich zum Beispiel aufgrund der geringeren Wahrscheinlichkeit, kriminell zu werden.

In Teil II der vorliegenden Studie ist deutlich geworden, dass sowohl der familiäre Zusammenhalt als auch die Art der besuchten weiterführenden Schule einen großen Einfluss auf das Sozialverhalten und die Gesundheit von Kindern haben. Familienzentren haben es sich zum Ziel gesetzt, diese beiden wichtigen Einflussfaktoren zu stärken. So sollen durch frühkindliche Bildung das Qualifikationsniveau erhöht und – beispielsweise durch spezielle Elternschulungen – der familiäre Zusammenhalt verbessert werden. Im Folgenden werden exemplarisch die Erfolge von integrativen Angeboten, die sich an Eltern richten, in Einrichtungen der frühkindlichen Förderung und Betreuung in Großbritannien und den USA vorgestellt.

Familienzentren in Großbritannien und im US-Bundesstaat Maryland

Ende der neunziger Jahre ist in Großbritannien die Einführung des Sure-Start-Programms mit sogenannten Sure Start Children's Centres beschlossen worden. Darin wurden die Maßnahmen der Kinderbetreuung, frühkindlichen Bildung und zur Unterstützung von Familien mit Kindern im Alter unter fünf Jahren in einem nationalen Programm gebündelt (siehe www.surestart.gov.uk). In besonderem Maße richten sich diese Zentren an benachteiligte Familien. Zur Evaluation des Programms vergleichen die Wissenschaftler Gebiete, in denen es Sure Start Children's Centres gibt, mit Gebieten einer ähnlichen Sozialstruktur, die aber kein solches Zentrum vorzuweisen haben. Nach ihren Ergebnissen können die Eltern, die sich an dem Programm beteiligen, ihren Kindern zu Hause ein besseres Lernumfeld bieten als diejenigen in den Vergleichsgebieten. Daraus folgt eine bessere soziale Entwicklung der Kinder, die sich beispielsweise in positivem sozialen Verhalten und größerer Selbstständigkeit äußert (Melhuish et al., 2008, 29). Des Weiteren nutzen die Familien, die in Gebieten mit einem Sure Start Children's Centre leben, in größerem Umfang kind- und familienbezogene Dienstleistungen.

Im Rahmen des Sure-Start-Programms sind Ende der neunziger Jahre sogenannte Early Excellence Centres eingerichtet worden, die vorbildhafte Kombinationen von Angeboten für Kinder und Eltern in einer Einrichtung erarbeiten sollten. Auch der Einfluss dieser „Good Practices“ auf die kindliche Entwicklung

und das Familienleben wurde evaluiert. Eine ausschließliche Kausalität zwischen dem Besuch eines Familienzentrums und den beobachteten Verbesserungen hinsichtlich sozialer Kompetenz, kognitiver Entwicklung und anderem ist allerdings nur bedingt herstellbar. Da sich diese Zentren vor allem an benachteiligte Familien richten, sind die größten Probleme der Besucher von Familienzentren die Armut und die Arbeitslosigkeit der Eltern sowie der geringe Bildungserfolg der Kinder.

Die Fortschritte der Kinder, die im Evaluationsbericht in 315 Fallstudien beschrieben wurden, beruhen allesamt auf Aussagen von Betreuern und Eltern. Nach deren Angaben haben sich in 185 Fällen die soziale Kompetenz und in 92 Fällen die kognitive Entwicklung der Kinder verbessert (Tabelle 32). Erfolge bestanden nach ihrer Einschätzung – wenn auch in geringerem Ausmaß – ferner darin, dass ein früher Förderunterricht angeboten wurde, der die schnellere Versetzung in reguläre Klassen ermöglichte, und dass ein verbessertes physisches Wohlbefinden auszumachen war.

Nach Angaben der Mitarbeiter von Early Excellence Centres und Eltern, die diese besucht haben, bestehen die größten Erfolge dieser Zentren darin, die Familien teilweise aus ihrer Isolation zu befreien und den familiären Zusammenhalt zu stärken (in jeweils 41 Prozent der Fälle). Zudem helfen sie ihnen, alltägliche Belastungen zu bewältigen beziehungsweise die mentale Gesundheit zu verbessern (in 39 Prozent der Fälle) (Bertram et al., 2004, 111). Dieser Befund zeigt, dass Familienzentren ein adäquates Mittel sind, um den familiären Zusammenhalt zu stärken. Möglicherweise kann auch durch eine Verbesserung einzelner Instrumente – zum Beispiel durch ein ausgeweitetes Angebot von Elternschulungen – dieser Erfolg noch verstärkt werden.

Das britische Sure-Start-Programm beruht auf Erfahrungen in den USA mit dem sogenannten Head-Start-Programm (Sylva/Pugh, zitiert in: Rüling, 2008, 22). Dieses Programm soll vor allem Kinder aus benachteiligten Familien fördern und dabei deren Eltern einbeziehen. Die Evaluationen des Programms deuten nur

Beurteilung des Nutzens der Early Excellence Centres für die Kinder durch Betreuer und Eltern

Tabelle 32

Anzahl der Nennungen, im Jahr 2001

Ergebnisse	Anzahl
Verbesserte soziale Kompetenz	185
Gesteigerte kognitive Entwicklung	92
Frühzeitiger Förderunterricht und schnellere Versetzung in reguläre Klassen	29
Verbessertes physisches Wohlbefinden	15
Rückgang der Inanspruchnahme des Kinderschutzes und der Kinderfürsorge	6

Quelle: Bertram et al., 2004, 109

mit geringer statistischer Signifikanz darauf hin, dass sich die erzieherischen Aktivitäten der Eltern verbessert und ihr Einsatz körperlicher Bestrafung verringert haben.²⁸ Ein geringer bis moderater statistischer Effekt lässt sich auch bei den kognitiven Fähigkeiten der drei- und vierjährigen Kinder im Bereich der Lese- und Schreibfrühförderung und in Form eines verbesserten Wortschatzes feststellen (U.S. Department of Health and Human Services, 2005, ii).

Das Head-Start-Programm wird auch in den sogenannten Judy Centers im US-Bundesstaat Maryland angeboten. Ihr Schwerpunkt liegt im Gegensatz zu den britischen Early Excellence Centres stärker auf der Bildungsfunktion. Ziel ist die Schulreife des Kindes, während die Early Excellence Centres mehr auf die Bekämpfung von Kinderarmut ausgerichtet sind (Altgeld, 2007). Benachteiligte Kinder aus armen Familien, die über geringe Englischkenntnisse verfügen oder eine spezielle Förderung benötigen, profitieren laut Evaluation von den Einrichtungen. Aufgrund des Besuchs eines Judy Centers und nach dem Besuch des Kindergartens sind sie bei Schulbeginn auf dem gleichen Entwicklungsniveau wie nicht benachteiligte Kinder, die kein Judy Center besucht haben (MGT, 2004, 2).²⁹ Ebenso wie die Early Excellence Centres werden auch die Judy Centers vonseiten der Familien und Betreuer als erfolgversprechend eingeschätzt. So

Zufriedenheit der Eltern mit dem Judy Center Program Tabelle 33

Angaben in Prozent, im Jahr 2003

Kriterium	Bewertung			
	sehr	etwas	kaum	nicht
Verbesserte Lebensqualität des Kindes	65	29	5	2
Verbesserte Qualität des Familienlebens	45	40	9	7
	ja		nein	
Zufrieden mit den angebotenen Dienstleistungen im Allgemeinen	98		2	
	Völlige Zustimmung	Zustimmung	Ablehnung	Völlige Ablehnung*
Personal hat Eltern in elterlichen Aufgaben unterstützt	62	34	1	1
Personal kennt die Stärken und Schwächen des Kindes	63	31	3	1
Personal geht auf die Belange der Familie ein	61	30	3	1
Zugang zu altersgerechtem Lernmaterial	72	24	1	0

* Die Antwortmöglichkeit „Ich bin nicht sicher“ findet hier keine Berücksichtigung. Daher addieren sich die Werte nicht zu 100 Prozent.

Quelle: Eigene Zusammenstellung in Anlehnung an MGT, 2004, Appendix A

bewerteten die Eltern neben den angebotenen Dienstleistungen positiv, dass sich bei einer großen Mehrheit die Lebensqualität des Kindes gesteigert hat, in 65 Prozent der Familien sogar sehr (Tabelle 33). Bei den meisten Familien hat sich nach deren Angaben das familiäre Zusammenleben verbessert, in 45 Prozent der Familien deutlich spürbar.

8.2 Die Effekte des Ausbaus der frühkindlichen Bildung in Deutschland

Um zu untersuchen, welche positiven Effekte ein Ausbau der frühkindlichen Förderung in Deutschland hätte, sollen folgende Annahmen zugrundegelegt werden. Mit dem Ausbau frühkindlicher Bildung steigt das Qualifikationsniveau der Bevölkerung. Der Gesamteffekt daraus kann jedoch erst erreicht werden, wenn zukünftig jeder Erwerbstätige frühkindliche Bildung genossen hat. Annahmegemäß bleibt die jeweilige qualifikationsspezifische Arbeitslosenquote unverändert. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ergibt sich aus dem höheren Bildungsniveau in der Bevölkerung, einem sinkenden Anteil Geringqualifizierter und einem steigenden Anteil Hochqualifizierter an allen Erwerbspersonen. Auf dieser Basis sollen das Einsparpotenzial bei Sozialleistungen und Maßnahmen zur Nachqualifizierung sowie die zusätzlichen Steuereinnahmen berechnet werden, die aufgrund der höheren Beschäftigung und der höheren Qualifikationen fließen.

Wie sich die Einführung frühkindlicher Bildung auf die Qualifikationsverteilung in der Bevölkerung auswirkt, wird aus folgenden Erkenntnissen geschlossen, die auf PISA-Daten beruhen: Ausgangsbasis ist ein Vergleich der PISA-Ergebnisse zwischen Deutschland und den Niederlanden.³⁰ Im Vergleich zu anderen Ländern ist in Deutschland der Einfluss des familiären Hintergrunds auf die Lernergebnisse der Kinder groß. Ein ungünstiges sozioökonomisches Umfeld wirkt sich in Deutschland stärker auf die Höhe der PISA-Punkte aus als im Nachbarland Niederlande. Die Folgen dieses Unterschieds sollen genauer analysiert werden. Dazu wird berechnet, welche PISA-Ergebnisse in Deutschland erreicht werden könnten, wenn der Einfluss des familiären Hintergrunds nur so stark wäre wie in den Niederlanden. Hierfür wäre ein Ausbau der frühkindlichen Infrastruktur notwendig (Übersicht 3).

Die entsprechenden Analysen werden sowohl für Deutschland als auch für die Niederlande vorgenommen (Tabelle 34).

In Deutschland fallen Kinder, deren Eltern keinen Sekundarstufe-II-Abschluss haben (also keine abgeschlossene Berufsausbildung), gegenüber den Kindern aus Akademikerhaushalten bei sonst gleichen Bedingungen um 51 Punkte im Test-

Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung in den Niederlanden

Übersicht 3

Für niederländische Kleinkinder gibt es viele Betreuungsformen. Die wichtigsten sind die folgenden: ganztägige Kinderhorte für Kinder von drei Monaten bis vier Jahren; vorschulische Spielgruppen, die entwicklungsfördernde Maßnahmen anbieten; vorschulische Bildungsangebote für vier- bis sechsjährige Kinder; nachschulische Betreuungsangebote für vier- bis zwölfjährige Kinder; Tagesmütter. Die Teilnahmequote beträgt unter den bis zu dreijährigen Kindern 22,5 Prozent, unter den 2,5- bis vierjährigen Kindern 89 Prozent und unter den vier- bis sechsjährigen Kindern 100 Prozent. Die Schulpflicht beginnt in den Niederlanden mit fünf Jahren. Aber schon im Alter von vier Jahren können die Kinder an vorschulischen Bildungsmaßnahmen an der Grundschule teilnehmen. Dieses Angebot ist für die Eltern kostenlos.

Für die Betreuung der Kinder unter vier Jahren müssen Elternbeiträge entrichtet werden. Diese betragen im Durchschnitt rund 44 Prozent der Kosten. Abhängig vom Einkommen liegt die Spannweite der elterlichen Beiträge zwischen 3,5 und 100 Prozent. Das staatliche Finanzierungssystem in den Niederlanden wurde von einer direkten Finanzierung der Einrichtungen auf eine direkte Unterstützung der Eltern umgestellt. Über die Steuerämter erhalten die Eltern direkt die Beträge, mit denen der Staat die Kinderbetreuung unterstützt. Dieses Finanzierungssystem führt zu Wettbewerb unter den Einrichtungen hinsichtlich der Preise und der Qualität.

Die meisten Leiter der niederländischen Kindertageseinrichtungen für Kinder unter vier Jahren verfügen nach vier Jahren Studium über einen tertiären Bildungsabschluss. Die anderen Beschäftigten haben in der Regel einen beruflichen Bildungsabschluss. In der Vorschule für Kinder ab vier Jahren werden Lehrer eingesetzt, die ebenfalls eine vierjährige Hochschulausbildung vorweisen können und spezialisiert auf die Unterrichtung vier- bis achtjähriger Kinder sind.

Der Personalschlüssel beträgt für Kinder unter einem Jahr 4:1, also ein Betreuer für vier Kinder. Für Kinder zwischen ein und zwei Jahren beträgt das Verhältnis 5:1, für Kinder zwischen zwei und drei Jahren 6:1, für Kinder zwischen drei und vier Jahren 8:1 und für Kinder zwischen vier und zwölf Jahren 10:1. In den Gruppen für Kinder bis zu vier Jahren sind im Durchschnitt zwölf Kinder, im Alter zwischen vier und sieben Jahren 20 und zwischen acht bis zwölf Jahren 27,7 Kinder.

Die Evaluation der Einrichtungen beschränkt sich bei Tagesmüttern und Krippen auf jährliche Gesundheits- und Sicherheitsüberprüfungen. Die öffentliche vorschulische Bildung wird umfassender evaluiert. Kontrolliert werden die Lehrpläne der Einrichtungen und die Weiterbildung des Personals. Außerdem findet eine regelmäßige pädagogische Überprüfung durch ein akkreditiertes Aufsichtsgremium statt.

Quelle: OECD, 2006, 386 ff.

bereich Mathematik zurück. In den Niederlanden beträgt dieses Gefälle lediglich 31,5 Punkte. Deutsche Kinder, deren Eltern eine abgeschlossene Berufsausbildung haben, schneiden bei sonst gleichen Bedingungen um 22 Punkte schlechter ab als hiesige Akademikerkinder. In den Niederlanden ist dieser Effekt wiederum kleiner: Die Differenz beträgt nur 12 Punkte. Am stärksten wirkt sich dabei das Merkmal Sprache im Elternhaus aus. Kinder ohne die Landessprache zu Hause fallen in Deutschland bei sonst gleichen Bedingungen um 32 Punkte in Mathematik gegenüber den anderen Kindern zurück. In den Niederlanden besteht kein signifikanter Einfluss dieser Variable. Nur bei der Variable „Ausstattung mit

Büchern“ sind die Unterschiede zwischen Deutschland und den Niederlanden weniger markant. Den Niederlanden gelingt es also offenbar durch eine bessere frühkindliche Förderung, den Effekt des familiären Hintergrunds gering zu halten und Kinder aus bildungsfernen Haushalten und solche mit Migrationshintergrund besser zu fördern.

Gelingt es durch den Ausbau der frühkindlichen Förderung, die Auswirkung des familiären Hintergrunds in Deutschland zu reduzieren und Kinder aus bildungsfernen Schichten und mit Migrationshintergrund in dem Maße zu fördern, wie es andere Staaten schaffen, könnten die Bildungsergebnisse der Schüler deutlich steigen. Die obere Kurve in Abbildung 9 (PISA-Kompetenzverteilung) ergibt

Einflussfaktoren auf die Höhe der PISA-Punkte in Mathematik in Deutschland und den Niederlanden

Tabelle 34

	Koeffizient Deutschland	Koeffizient Niederlande	Differenz
Bildungsstand der Eltern (ausgelassen: mindestens ein Elternteil hat einen Hochschulabschluss)			
– Eltern nicht mindestens Sekundarstufe-II-Abschluss	-51,4***	-31,5***	19,9
– Mindestens ein Elternteil hat einen Sekundarstufe-II- oder einen postsekundären Abschluss	-21,6***	-12,2***	9,4
Im Haushalt wird nicht die Testsprache gesprochen	32,2***	-0,4	31,8
Bücher im Haushalt (ausgelassen: mehr als 500 Bücher)			
– 0 bis 10 Bücher	-68,7***	-66,8***	1,9
– 11 bis 25 Bücher	-67,1***	-63,9***	3,2
– 26 bis 100 Bücher	-44,2***	-44,5***	-0,3
– 101 bis 200 Bücher	-26,6***	-23,6***	3,0
– 201 bis 500 Bücher	-11,6**	-7,6	4,0
Anzahl der Schüler	3.013	3.048	
Anzahl der Schulen	183	141	
R^2	0,3809	0,3637	

Lesehilfe: Während in Deutschland ein Jugendlicher, dessen Eltern keine abgeschlossene Berufsausbildung (keinen Sekundarstufe-II-Abschluss) aufweisen, gegenüber den Kindern, deren Eltern einen Hochschulabschluss haben, um gut 51 Punkte in Mathematik zurückfällt, sind dies in den Niederlanden nur 31,5 Punkte. Gelingt es Deutschland, durch ein qualitativ besseres frühkindliches Bildungssystem den Einfluss des Bildungshintergrunds der Eltern auf das Niveau in den Niederlanden zu verringern, so würden die Kinder, deren Eltern keine abgeschlossene Berufsausbildung haben, demnach rund 20 PISA-Punkte mehr aufweisen. Gelingt es auf diesem Weg überdies, die Mathematikleistungen ebenso wie in den Niederlanden unabhängig davon zu machen, welche Sprache im Elternhaus gesprochen wird, dann würde sich die PISA-Punktzahl der betreffenden Schüler um weitere 31,8 Punkte erhöhen.

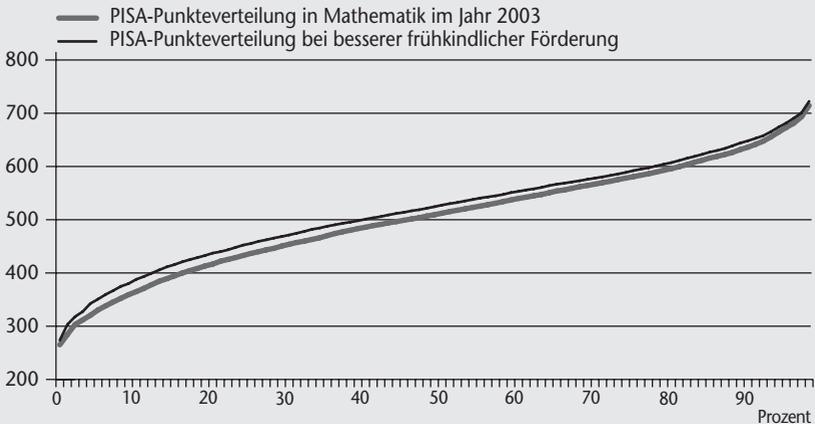
Abhängige Variable: Punkte im PISA-Test, PISA-Datensatz 2003; Schätzung von cluster-robusten linearen Regressionsmodellen, weitere aufgenommene Variablen: siehe Tabelle 19; *** = signifikant auf dem 1%-Niveau; ** = signifikant auf dem 5%-Niveau; * = signifikant auf dem 10%-Niveau.

Eigene Berechnungen

sich daraus, dass die Kompetenzwerte der deutschen Kinder um die Punktwerte der Tabelle 34 zulegen. Kinder, deren Eltern keinen Berufsabschluss haben, erreichen also 19,9 Punkte mehr. Die Werte der Kinder, die zu Hause nicht die Landessprache sprechen, steigen um 31,8 Punkte, ebenso wie sich der Wert der Kinder aus Haushalten mit wenigen Büchern um den entsprechenden Punktwert erhöht. Damit ergibt sich eine Kompetenzverteilung, die erreicht würde, wenn sich der Bildungshintergrund der Eltern nur in dem Ausmaß auf die deutschen Kinder auswirken würde wie auf die niederländischen.

Änderung der Kompetenzverteilung im Bereich Mathematik bei einer Auswirkung des Bildungshintergrunds der Eltern im Ausmaß der Niederlande

Abbildung 9



Eigene Berechnungen

Da die Schüler in diesem Fall über höhere Kompetenzen verfügen würden, könnten sie auch höhere Schulabschlüsse erreichen. In den nachrückenden Kohorten könnte sich im Vergleich zu heute der Anteil mit tertiärem Abschluss um 4 Prozentpunkte erhöhen. Der Anteil ohne Berufsabschluss würde im Gegenzug um 4 Prozentpunkte sinken. Wenn die auf einem höheren Kompetenzniveau ausgebildeten Kohorten die Altersgruppe der 25-Jährigen erreichen, steigt das durchschnittliche formale Bildungsniveau der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter somit an.

Für die Berechnung der potenziellen fiskalischen Effekte in Kapitel 9 soll somit angenommen werden, dass der Anteil der Bevölkerung ohne Berufsabschluss um 4 Prozentpunkte gesenkt und der Anteil mit tertiärem Abschluss um 4 Prozentpunkte erhöht werden kann.

Einfluss des familiären Zusammenhalts

Tabelle 35

auf das Rauch- und Trinkverhalten von Elf- bis 17-jährigen und auf das Gewicht von Drei- bis 17-jährigen

Familiärer Zusammenhalt	Tabakkonsum		Alkoholkonsum		Übergewicht	
	Ja	Nein	Mindestens einmal pro Woche Bier, Wein/Sekt oder Schnaps	Nicht mindestens einmal pro Woche Bier, Wein/Sekt oder Schnaps	Ja	Nein
Starke Defizite	34,7	65,3	28,0	72,0	22,2	77,8
Geringe Defizite	26,4	73,6	23,6	76,4	19,2	80,8
Unauffällig	17,8	82,2	18,5	81,5	16,7	83,3

Quellen: KiGGS-Daten 2007; eigene Berechnungen

Für die Ermittlung der Effekte, die eine bessere frühkindliche Bildung auf Gesundheit und Fehlverhalten der Kinder in Deutschland haben könnte, wird auf den Zusammenhang dieser Größen mit dem familiären Zusammenhalt und dem Bildungshintergrund der Kinder verwiesen. Anhand der KiGGS-Daten lassen sich Aussagen treffen, wie elf- bis 17-jährige Kinder den familiären Zusammenhalt einschätzen und wie ihr Rauch- und Trinkverhalten sowie ihr Gesundheitszustand aussehen. In Tabelle 35 ist dargestellt, wie viel Prozent der Kinder mit dem jeweiligen familiären Hintergrund welches Verhalten an den Tag legen. Ebenso können die Auswirkungen der Art der besuchten Schule auf ihre Gesundheit untersucht werden (Tabelle 36).

Die Tabellen 35 und 36 belegen, dass sowohl der familiäre Hintergrund als auch die Art der besuchten weiterführenden Schule einen wichtigen Einfluss auf das Gesundheits- und Sozialverhalten von Kindern haben. Kinder, die ihren familiären Zusammenhalt als unauffällig einschätzen, rauchen und trinken weniger

Einfluss der Art der besuchten weiterführenden Schule

Tabelle 36

auf das Rauch- und Trinkverhalten von Elf- bis 17-jährigen und auf das Gewicht von Drei- bis 17-jährigen

Schulform	Tabakkonsum		Alkoholkonsum		Übergewicht	
	Ja	Nein	Mindestens einmal pro Woche Bier, Wein/Sekt oder Schnaps	Nicht mindestens einmal pro Woche Bier, Wein/Sekt oder Schnaps	Ja	Nein
Hauptschule	29,8	70,2	21,9	78,1	22,9	77,1
Realschule	21,5	78,5	21,5	78,5	17,4	82,6
Gymnasium	13,3	86,7	20,1	79,9	13,4	86,6

Quellen: KiGGS-Daten 2007; eigene Berechnungen

und sind seltener übergewichtig als Kinder, die über einen defizitären familiären Zusammenhalt berichten. Der Einfluss, den die Schulform auf die Kinder ausübt, lässt sich daran festmachen, dass Gymnasiasten weniger anfällig sind für Tabak- und Alkoholkonsum und für Übergewicht.

Für die Kinder ergeben sich also positive gesundheitliche Effekte, wenn sie eine höhere Schulform besuchen. Die Chancen, dass sie eine solche Schule besuchen können, steigen durch Reformen im Feld der frühkindlichen Bildung. Dagegen ließen sich die positiven Effekte des familiären Zusammenhalts – wie schon beschrieben – durch den Ausbau von Familienzentren erzielen, in denen Eltern Beratungsangebote wahrnehmen können.

9

Berechnung der fiskalischen Effekte

9.1 Die Kosten des Ausbaus der frühkindlichen Bildung

Der Ausbau der frühkindlichen Bildungsinfrastruktur in Deutschland wird zu zusätzlichen Kosten in verschiedenen Bereichen führen. Zum einen sind mehr Investitionen in die Betreuungsinfrastruktur für Unter-Dreijährige zu berücksichtigen. Über die Pläne der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung hinaus wurde ein weiterer Ausbau bis zum Jahr 2013 um zusätzliche 300.000 Plätze beschlossen. Diese Erweiterung führt nach Berechnungen von Sharma/Steiner (2008, 28) nach der Ausbauphase zu zusätzlichen jährlichen Kosten für den Staat in Höhe von 2,3 Milliarden Euro. Für 300.000 zusätzliche Plätze bedeutet dies durchschnittliche Betriebskosten für den Staat pro Platz von rund 7.700 Euro.

Zudem fallen als Kosten 1,3 Milliarden Euro dafür an, dass der Staat die privaten Finanzierungsbeiträge für die Kinderbetreuung zwischen drei und sechs Jahren übernimmt (Anger/Plünnecke, 2008, 27).

Zusätzlich müssen noch die Kosten für höhere Vergütungen der in Zukunft höher qualifizierten Beschäftigten in Kindertageseinrichtungen und die Kosten für die individuelle Förderung der Kinder berechnet werden. Allein die höheren Personalausgaben führen langfristig zu jährlichen Kosten von 1,3 Milliarden Euro (Anger et al., 2007, 37). Der besondere Förderbedarf für die intensivere Betreuung von Kindern aus bildungsfernen Schichten und Kindern mit Sprachproblemen schlägt mit Ausgaben von zusätzlich 0,4 Milliarden Euro pro Jahr zu Buche.

Die gesamten Ausgaben dieses Konzepts stärkerer frühkindlicher Bildung werden in Tabelle 37 zusammengefasst. Die Reformen im Elementarbereich sollten zusätzlich von Maßnahmen im Primarbereich begleitet werden:

Ganztagsschulen einführen

Die Grundschulen sind stärker zu Ganztagschulen auszubauen. Der Vorteil der Ganztagschulen liegt in der längeren gemeinsamen Lernzeit, die eine bessere Rhythmisierung des Lernens erlaubt.

Daneben sind eine stärkere Identifikation und eine bessere soziale Integration der Schüler möglich. Gerade für Kinder aus bildungsfernen Schichten oder mit Migrationshintergrund kann Ganztagsunterricht sehr sinnvoll sein. Ihre systematisch schlechteren Lernergebnisse erklären sich zu einem großen Teil aus dem mangelhaften außerschulischen Lernumfeld, in dem sie aufwachsen (Entwisle et al., 1997). Bei ihnen führen eine bessere Bildungsinfrastruktur und ein höherer Finanzmitteleinsatz daher zu besseren Bildungsergebnissen und größeren Bildungschancen (Krueger/Lindahl, 2001). Von dem besseren Lernumfeld in der Ganztagschule profitieren jedoch nicht nur Kinder aus bildungsfernen Schichten. Auch Kindern aus einem bildungsnahen Umfeld hilft der Ganztagsunterricht, indem er in individuell abgestimmten Kursen gezielt ihre Stärken fördert.

Die jährlichen Kosten der Einrichtung von Ganztagsgrundschulen in Deutschland setzen sich folgendermaßen zusammen. Die Gebäudeinvestitionen (gestreckt über zehn Jahre) und spätere Instandhaltungsaufwendungen kosten 0,5 Milliarden Euro. Die bessere Ausstattung der Grundschulen wird mit 0,4 Milliarden Euro veranschlagt, der zusätzliche laufende Sachaufwand mit 0,5 Milliarden Euro und die Kosten zusätzlicher Lehrerstellen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung mit 1,9 Milliarden Euro (Klein, 2006, 134). Insgesamt sind damit für die Ganztagschulen im Grundschulbereich jährlich 3,3 Milliarden Euro vorgesehen.

Förderinfrastruktur ausbauen

Die Einführung der Ganztagschule kann dazu beitragen, dass Kinder mit Bildungs- und Entwicklungsrückständen durch die Fachlehrer individueller ge-

Langfristige jährliche Kosten für das Gesamtkonzept

Tabelle 37

in Milliarden Euro

Ausbau der Betreuung Unter-Dreijähriger auf Basis der Planungen des BMFSFJ	2,3
Gebührenfreiheit im Kindergarten für einen Halbtagsplatz	1,3
Höherqualifizierung der Erzieherinnen	1,3
Besondere Förderpauschalen	0,4
Ganztagsgrundschulen und Förderinfrastruktur	3,8
Effizienzgewinne bei Horten und anderen Maßnahmen	-1,6
Insgesamt	7,5

Quelle: Eigene Berechnungen in Anlehnung an Anger et al., 2007

fördert werden. Einige Kinder sind nicht nur auf die Betreuung durch Lehrer angewiesen, sondern erfordern aufgrund von Erziehungsproblemen auch andere Unterstützungsmaßnahmen – insbesondere wenn Erziehungsdefizite im Elternhaus bestehen. Dafür können Schulpsychologen eingesetzt werden. Zu den Aufgaben der Schulpsychologie zählen die Einzelfallhilfe, die Unterrichtshilfe und die Schullaufbahnberatung. Für den Aufbau von solchen schulbegleitenden Unterstützungssystemen an den Grundschulen sind zusätzliche Personalkosten von bundesweit 0,5 Milliarden Euro anzusetzen. Der Berechnung dieser Summe liegt eine Betreuungsrelation von einem Sozialarbeiter oder Sozialpädagogen je 350 Grundschulern zugrunde. Diese Versorgungsgröße bezieht sich auf die durchschnittlich ermittelte Schülerpopulation an einer deutschen Grundschule (Klein, 2006, 135).

Auch die institutionelle Ausgestaltung des Bildungssystems kann für den Bildungserfolg eine Rolle spielen. Sie beeinflusst die Verhaltensanreize der am Bildungsprozess beteiligten Personen und wirkt sich auf diesem Weg auf die Lernergebnisse der Schüler aus (Wößmann, 2005a, 12). Eine größere Autonomie der Bildungseinrichtungen, eine Überprüfung der Lernergebnisse in Form von zentralen Abschlussprüfungen oder standardisierten Tests, die Vorgabe von verbindlichen Bildungsstandards und die Einführung eines zielorientierten Vergütungssystems sind deshalb wichtige Reformbausteine.

Durch den Ausbau der Ganztagschulen können Schulhorte aufgelöst werden. Nach Klein (2006, 134) ergeben sich daraus Einsparungen von bis zu 1 Milliarde Euro jährlich. Ferner sinkt die Zahl der Wiederholer durch die bessere individuelle Förderung. Hierdurch kann die Betreuungsrelation ohne Neueinstellungen verbessert werden, was einem finanziellen Gegenwert von 0,3 Milliarden Euro entspricht. Ferner ist es mit dem Ganztagsmodell möglich, dass die Hälfte der Sonderschüler künftig Grundschulen besuchen. Diese integrative Maßnahme führt ebenso zu Kosteneinsparungen in Höhe von 0,3 Milliarden Euro (Klein, 2006, 134). Insgesamt können damit durch Effizienzgewinne 1,6 Milliarden Euro jährlich eingespart werden. Mit diesen Gewinnen ist jedoch in voller Höhe erst ab 2010 zu rechnen.

9.2 Der Nutzen des Ausbaus der frühkindlichen Bildung

Der Ausbau der frühkindlichen Bildung hat positive Arbeitsmarkteffekte und bringt damit zusätzliche Steuereinnahmen mit sich. Im Folgenden soll kalkuliert werden, wie groß diese Effekte sind. Ferner wird berechnet, wie groß die Einsparungen sind, die sich daraus im Bereich von Nachqualifizierungsmaßnahmen und Sozialleistungen ergeben.

Einsparmöglichkeiten

In Abschnitt 8.2 ist auf Basis der PISA-Ergebnisse und anhand eines Vergleichs mit den Niederlanden gezeigt worden, wie sich die Qualifikationsstruktur in Deutschland durch den Ausbau frühkindlicher Bildung langfristig verändern könnte. Grundlegend dafür war die Beobachtung, dass in den Niederlanden der familiäre Hintergrund eine weniger starke Rolle für den Bildungserfolg der Kinder spielt. So erzielen Kinder mit Migrationshintergrund dort weitaus bessere Bildungsergebnisse als solche in Deutschland.

Mithilfe der Ergebnisse aus Abschnitt 8.2 soll nun berechnet werden, in welchem Maße sich die Anzahl der Arbeitslosen je nach Qualifikation verändern würde, hätte die gesamte Erwerbsbevölkerung in Deutschland eine frühkindliche Bildung durchlaufen. Anschließend werden die daraus resultierenden Steuerermehreinnahmen und Minderausgaben für Sozialleistungen und Nachqualifizierungen quantifiziert.

Im ersten Schritt ist die tatsächliche Anzahl der Erwerbstätigen und Arbeitslosen je nach Qualifikationsstufe zu ermitteln (Tabelle 38).

Die Arbeitslosenquote im Segment der erwerbsfähigen Personen ohne Berufsausbildung ist demnach mehr als doppelt so hoch als bei Personen mit einer Berufsausbildung. Noch niedriger ist die Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden, bei einer höheren Qualifikation. Allerdings ist festzustellen, dass die Arbeitslosigkeit unter Technikern und Meistern niedriger ist als unter Personen mit (Fach-)Hochschulabschluss.

Nun wird angenommen, dass der Staat flächendeckend frühkindliche Bildungsangebote eingeführt beziehungsweise ausgebaut hätte. Wie sich daraufhin der Anteil der Bevölkerung je nach Bildungsabschluss in Zukunft verändern wird,

Erwerbstätige, Arbeitslose und Erwerbspersonen in Deutschland nach Qualifikation

Tabelle 38

in Millionen,* im Jahr 2005

Qualifikationsniveau	Erwerbstätige (ohne Auszubildende)	Arbeitslose	Erwerbspersonen (ohne Auszubildende)	Qualifikations-spezifische Arbeitslosen- quote, in Prozent
Ohne Berufsausbildung	5,33	1,87	7,20	26,0
Mit Berufsausbildung	19,86	2,39	22,25	10,8
Mit Techniker-/ Meisterausbildung	3,48	0,12	3,60	3,4
Mit (Fach-)Hochschulabschluss	6,03	0,26	6,28	4,1
Insgesamt	34,69	4,65	39,34	11,8

* Rundungsdifferenzen.

Quelle: Reinberg/Hummel, 2007

haben die Berechnungen aus Abschnitt 8.2 gezeigt. Diese prozentualen Veränderungen³¹ dienen als Grundlage für die Ermittlung der qualifikationsspezifischen Erwerbstätigkeit auf Basis von Daten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Annahmegemäß verändern sich dabei nicht die qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten. Die Arbeitslosigkeit geht nur aus dem Grund um 0,9 Prozentpunkte auf 10,9 Prozent zurück, weil aufgrund frühkindlicher Bildung die Bevölkerung insgesamt besser qualifiziert ist und mit einer höheren Qualifikationsstufe prinzipiell eine niedrigere Arbeitslosenquote einhergeht.

Qualifikationsstruktur von Erwerbstätigen, Arbeitslosen und Erwerbspersonen nach Einführung einer besseren frühkindlichen Bildung in Deutschland¹

Tabelle 39

in Millionen

Qualifikationsniveau	Erwerbstätige (ohne Auszubildende)	Arbeitslose	Erwerbspersonen (ohne Auszubildende)
Ohne Berufsausbildung	4,16	1,46	5,63
Mit Berufsausbildung	19,86	2,39	22,25
Mit Techniker-/ Meisterausbildung	3,48	0,12	3,60
Mit (Fach-)Hochschulabschluss	7,53	0,32	7,86
Insgesamt	35,03	4,30 ²	39,34

¹ Dabei liegt die Annahme zugrunde, dass die gesamte erwerbsfähige Bevölkerung eine frühkindliche Bildung durchlaufen hat;
² Rundungsdifferenzen.

Quellen: Eigene Berechnungen in Anlehnung an Reinberg/Hummel, 2007; Anger et al., 2007; OECD, 2007b

Die Qualifikationsverteilung unter Erwerbstätigen und Arbeitslosen ändert sich folgendermaßen:

Dank frühkindlicher Bildung wird das Erwerbspersonenpotenzial im Segment ohne Berufsausbildung auf 5,63 Millionen sinken, während die Zahl der Erwerbsfähigen mit Hochschulausbildung auf 7,86 Millionen zulegt (Tabelle 39). Die Zahl der Erwerbstätigen ohne Berufsausbildung geht um rund 1,2 Millionen auf 4,16 Millionen zurück, dagegen steigt die der erwerbstätigen (Fach-)Hochschulabsolventen um fast 25 Prozent. Zwar sinkt die Anzahl der Arbeitslosen in der Gruppe ohne Qualifikation, allerdings steigt sie in der Gruppe mit (Fach-)Hochschulabschluss. Das ist darauf zurückzuführen, dass es im Vergleich zum Ist-Zustand insgesamt mehr Hochqualifizierte und weniger Geringqualifizierte im erwerbsfähigen Alter gibt, die qualifikationsspezifische Arbeitslosenquote jedoch per Annahme gleich geblieben ist.

Die Arbeitslosigkeit von prinzipiell erwerbsfähigen Personen führt zum einen dazu, dass sie keine Steuern und Abgaben leisten. Zum anderen erhalten sie von

staatlicher Seite Unterstützungsleistungen. Daraus resultieren für den Staat Mindereinnahmen und Mehrausgaben. Um nun die entgangenen Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen beziffern zu können, muss die durchschnittliche Differenz zwischen Brutto- und Nettolohn eines Arbeitnehmers je nach Qualifikationsstufe ermittelt werden. Zu diesem Zweck werden Daten des SOEP (2006) herangezogen, die mit der Differenz zwischen der Anzahl der Erwerbstätigen nach und vor Einführung frühkindlicher Bildung hochgerechnet werden (Tabelle 40).

Unter der Voraussetzung, dass die gesamte Bevölkerung eine frühkindliche Bildung durchlaufen hat, ergeben sich im Vergleich zu heute Steuermehreinnahmen und zusätzliche Zahlungen ins Sozialversicherungssystem von 30,5 Milliarden Euro. Dies liegt zum einen am Rückgang der Arbeitslosigkeit, der sich aufgrund höherer Qualifikationen einstellt. Zum anderen führen höhere Qualifikationen zu höheren Einkommen und daher zu höheren Steuerzahlungen. In Tabelle 41 wird deutlich, wie viel Prozent der aufgrund frühkindlicher Bildung steigenden Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen auf diese beiden Effekte zurückzuführen sind.

Mehreinnahmen von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen nach Einführung einer besseren frühkindlichen Bildung Tabelle 40

Qualifikationsniveau	Differenz zwischen Erwerbstätigkeit mit und ohne frühkindliche Bildung	Durchschnittliche Differenz 2006 zwischen Brutto- [*] und Nettolohn je Erwerbstätigen, in Euro	Zusätzliche Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen, in Milliarden Euro pro Jahr
Ohne Berufsausbildung	-1.165.000	11.250	-13,1
Mit Berufsausbildung	0	16.751	0
Mit Techniker-/Meisterausbildung	0	23.333	0
Mit (Fach-)Hochschulabschluss	1.508.000	28.900	43,6
Insgesamt	343.000		30,5

^{*} Sozialversicherungsbeiträge des Arbeitgebers wurden in der Berechnung berücksichtigt, nicht hingegen der Effekt einer steigenden Erwerbsbeteiligung. Es wird implizit angenommen, dass ein steigendes Angebot an Hochqualifizierten nicht zu einem Rückgang der Löhne führt. Diese Annahme ist konsistent mit dem Wachstumsmodell von Barro et al. (1995), das von einem offenen Kapitalmarkt ausgeht. Durch das steigende Arbeitskräfteangebot sinkt vorübergehend der Lohn, und die Rendite für das Realkapital steigt. Dieses fließt daraufhin aus dem Ausland zu, bis im neuen Gleichgewicht die Rendite und die Löhne das Ausgangsgleichgewicht wieder erreicht haben.

Quellen: Eigene Berechnungen in Anlehnung an Reinberg/Hummel, 2007; Anger et al., 2007; SOEP, 2006

Von den aufgrund frühkindlicher Bildung steigenden Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen lassen sich 9 Prozent mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit begründen, während sich 91 Prozent mit dem gestiegenen Qualifikationsniveau der Bevölkerung erklären lassen.

Auswirkung der frühkindlichen Bildung auf den Anstieg der Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen

Tabelle 41

Effekt	in Milliarden Euro	Anteil am Gesamteffekt, in Prozent
Rückgang der Arbeitslosigkeit	2,8	9,0
Höhere Qualifikationen	27,7	91,0
Gesamteffekt	30,5	100,0

Quellen: Eigene Berechnungen in Anlehnung an Reinberg/Hummel, 2007; Anger et al., 2007; OECD, 2007b; SOEP, 2006

Analog zu diesen Berechnungen wird im Folgenden beziffert, wie stark die Kosten für Sozialleistungen und Nachqualifizierungsmaßnahmen, die sich an Arbeitslose richten, sinken. Die Einsparungen an Sozialleistungen werden anhand der oben dargestellten Veränderung der Qualifikationsverteilung quantifiziert. Die Kostenersparnis im Hinblick auf die Arbeitslosen der jeweiligen Qualifikationsstufe wird mit dem durchschnittlichen jährlichen Leistungssatz je Bedarfsgemeinschaft³² hochgerechnet. Insgesamt sinken die Leistungen des Staates für die Arbeitslosenunterstützung durch die Einführung frühkindlicher Bildung um 4,2 Milliarden Euro.

Die von der Bundesagentur für Arbeit (2007, 157) ausgewiesenen Nachqualifizierungsleistungen werden sich annahmegemäß um fast ein Viertel verringern. Bei gegenwärtigen Ausgaben von rund 3,9 Milliarden Euro allein für Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung, für Beschäftigung schaffende Maßnahmen und für das Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit ergeben sich somit Einsparpotenziale in Höhe von gut 0,9 Milliarden Euro.

Einsparpotenzial und Einnahmensteigerung durch frühkindliche Bildung

Tabelle 42

in Milliarden Euro

Höhere Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen	30,5
Geringere Arbeitslosenunterstützung Geringqualifizierter	4,2
Geringere Nachqualifizierungskosten	0,9
Insgesamt	35,6

Quellen: Eigene Berechnungen in Anlehnung an Reinberg/Hummel, 2007; Anger et al., 2007; OECD, 2007b; SOEP, 2006; Bundesagentur für Arbeit, 2007

Die positiven Auswirkungen, die ein höheres Bildungsniveau auf den Staatshaushalt hat, belaufen sich auf fast 36 Milliarden Euro – sei es in Form von Ausgabeneinsparungen, sei es in Form von Einnahmensteigerungen (Tabelle 42).

Exkurs: Folgekosten eines unzureichenden familiären Zusammenhalts

Übersicht 4

Wie die statistischen Analysen aus Kapitel 7 zeigen, weisen Kinder aus funktionsfähigen Familien mit gutem Zusammenhalt eine signifikant bessere gesundheitliche Verfassung auf. Ein guter familiärer Zusammenhalt wirkt sich in allen Familienformen signifikant positiv auf die Entwicklung der Kinder aus.

Manche Kinder haben dagegen Entwicklungsdefizite, die teilweise auf ein nicht intaktes Familienleben zurückzuführen sind. Sie erhalten keine ausreichende Unterstützung durch die Eltern, inadäquate schulische Förderung oder leiden unter anderen negativen Einflussfaktoren. Diese Defizite können dazu führen, dass im weiteren Lebensverlauf Folgekosten aufgrund mangelnder Bildungserfolge, Gesundheitsschäden und Verhaltensauffälligkeiten entstehen, die von der Gesellschaft im Rahmen der Sozialsysteme getragen werden müssen. Diesen Entwicklungsdefiziten begegnet der Staat mit verschiedenen Maßnahmen. Diese wirken entweder kurativ oder antizipieren das Fehlverhalten bereits mittels präventiver Maßnahmen. So werden für Personen ohne Schul- oder Berufsabschluss Nachqualifizierungsmaßnahmen angeboten. Des Weiteren erhalten Erwerbslose Arbeitslosenunterstützung. Aufgrund der Arbeitslosigkeit erwerbsfähiger Personen kommt es zu Steuer- und Sozialbeitragsausfällen. Eine Eindämmung der staatlichen Kosten ist teilweise durch Optimierungen im Bildungssystem erreichbar. Wie hoch diese Kosten aus mangelnden Bildungserfolgen sind, wurde in Abschnitt 9.2 abgeschätzt.

Im Bereich Gesundheit resultieren Folgekosten beispielsweise aus übermäßigem Alkohol-, Tabak-, Drogenkonsum und aus Übergewicht. Des Weiteren führt ein gering ausgeprägtes Gesundheitspräventionsverhalten teilweise zu Krankheiten im weiteren Lebensverlauf, die ebenfalls Kosten für das Gesundheitssystem und damit für die Allgemeinheit darstellen.

Das kriminelle Verhalten in der Gesellschaft beeinflusst die Größe von Justizapparat, Polizei und Gefängnissen. Außerdem werden in gewissem Umfang Resozialisierungsmaßnahmen angeboten. Präventiv wirken zum Teil Einrichtungen der Jugendhilfe. All diese Einrichtungen und Maßnahmen sind mit staatlichen Kosten verbunden. Des Weiteren fallen private und gesellschaftliche Kosten aufgrund der Schäden aus den Straftaten an. Außerdem können sich diese Taten beim Täter – wegen der Gefängnisstrafen oder einem ungünstigeren Erwerbsverlauf – in Form niedrigerer zukünftiger Einkünfte niederschlagen. Das zeigt zum Beispiel eine Studie von Giles/Le (2007), die sich mit den Arbeitsmarkthoffnungen und Vermittlungschancen von Gefangenen in einem Gefängnis im Westen Australiens beschäftigt hat. Demnach werden Gefangene, die zum wiederholten Male einsitzen, nach ihrer Entlassung weniger wahrscheinlich beschäftigt als Gefangene, die nur einmal eine Gefängnisstrafe verbüßt haben.

Die Ermittlung dieser gesamten Folgekosten ist schwierig. So können beispielsweise im Bereich der Gesundheit Krankheiten und die Kosten von deren Behandlung nicht eindeutig vorherigem Fehlverhalten zugeordnet werden. Studien zu diesem Thema sind äußerst selten. Die Folgekosten der Behandlung von Krankheiten, die durch Alkohol- und Tabakkonsum sowie Adipositas hervorgerufen werden, haben unter anderem Horch/Bergmann (2002), Welte et al. (2004), Sander/Bergemann (2003) und Lengerke et al. (2006) untersucht und beziffert.

Über die Gesamtkosten von Kriminalität gibt es keine Schätzung für Deutschland. Das ist zum Teil auf die komplexen föderalen Zuständigkeiten zurückzuführen. Daten zu den Schäden von Kriminalität finden sich in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik. Des Weiteren hat Meyer (2003) den durchschnittlichen Tageshaftkostensatz in den einzelnen Bundesländern berechnet. Der könnte mit der durchschnittlichen Belegung der Justizvollzugsanstalten der einzelnen Bundesländer hochgerechnet werden, um die jährlichen Gefängniskosten in Deutschland zu quantifizieren. Die gesamten Kriminalitätskosten sind jedoch für andere Länder – beispielsweise für Großbritannien und

die USA – berechnet worden. Geht man grundsätzlich von einer Vergleichbarkeit aus, könnten diese Daten für Deutschland herangezogen werden.

Von den verschiedenen Kostenarten sind für diese Studie vor allem die Folgekosten interessant, die auf einen unzureichenden familiären Zusammenhalt zurückzuführen sind. Gelingt es, diese zu berechnen, kann anschließend das Einsparpotenzial kalkuliert werden, das sich aus der Verbesserung des familiären Zusammenhalts durch Familienzentren oder andere Dienstleistungen für Familien ergibt. Allerdings sind die Ursachen, die zu mangelhaften Bildungserfolgen, gesundheitlichem und sozialem Fehlverhalten führen, nicht monokausal. So spielen viele verschiedene Faktoren – zum Beispiel Einflüsse durch Gleichaltrige – eine Rolle. Vor der Quantifizierung muss geschätzt werden, wie viel Prozent dieses Fehlverhaltens auf unzureichende familiäre Unterstützung zurückzuführen sind. Die KiGGS-Daten haben gezeigt, dass Kinder aus Haushalten mit funktionierendem familiären Zusammenhalt weniger oft rauchen, trinken und übergewichtig sind als Kinder mit defizitärem familiären Zusammenhalt. Somit würde die Verbesserung des familiären Zusammenhalts in den Familien, in denen dieser zurzeit defizitär ist, die Kosten für die Behandlung der Folgeerkrankungen von Tabak-, Alkoholkonsum und Übergewicht senken. In welchem Umfang aber beispielsweise Familienzentren dazu führen, dass Familien mit vormals defizitärem familiären Zusammenhalt in die Gruppe mit unauffälligem Zusammenhalt aufsteigen, ist nicht genau bezifferbar.

Statistische Daten lassen den Schluss zu, dass Familien aus einer niedrigen sozialen Schicht häufiger zerrüttet sind, sei es aufgrund von Trennungen, Alkoholkonsum der Eltern oder anderem. So haben – wie oben beschrieben – Huster et al. (2007) beobachtet, dass Kinder aus niedrigen sozialen Schichten weniger oft zu gesundheitlichen Vorsorgeuntersuchungen gehen, ihre Eltern geringere Ausgaben für Zahnhygiene und sportliche Aktivitäten der Kinder tätigen, die Kinder häufiger fettleibig sind und sich schlecht ernähren, früher und häufiger rauchen und stärker unter psychosomatischen Krankheiten leiden (vgl. auch Helmert, 2003; Wilkinson, 2001). All diese Faktoren führen in vielen Fällen zu Folgeerkrankungen im weiteren Lebensverlauf. Deren Kosten sind folglich zum Teil auf eine unzureichende familiäre Unterstützung zurückzuführen.

Die Auswirkungen des familiären Hintergrunds auf deviantes Verhalten haben Bannenberg und Rössner im Rahmen der Hallenser Gewaltstudie untersucht, zu der 24 Gewalttäter oder -verdächtige im Alter zwischen 14 und 22 Jahren befragt worden sind. Die Autoren haben herausgefunden, dass die Gewalttäter fast ausnahmslos problematische familiäre Beziehungen vorzuweisen hatten (Bannenberg/Rössner, 2000). In fast allen Familien ist es nicht nur zu Trennungen gekommen, sondern es sind auch Probleme wie Gewalt, Alkoholismus, finanzielle Schwierigkeiten und andere aufgetreten. Außerdem waren viele der befragten Kinder und Jugendlichen vorübergehend oder länger in Heimen untergebracht. Albrecht et al. zeigen zudem – indem sie die Variable Schicht kontrollieren – einen statistischen Zusammenhang zwischen Delinquenz und familiärem Hintergrund. Sie kommen zu dem Schluss, dass ein zerrütteter familiärer Hintergrund „dann Delinquenz fördernd wirkt, wenn [er] bei Unterschicht-Jugendlichen auftritt“ (Albrecht et al., 1991, 140).

Der Anteil der Straftaten, der sich auf Personen mit defizitärem familiären Zusammenhalt zurückführen lässt, ist jedoch nicht exakt zu bestimmen, ebenso wenig wie das genaue Ausmaß des Zusammenhangs. Schließlich werden auch bei diesen Personen andere Einflussfaktoren eine Rolle spielen.

Eine vorsichtige Schätzung auf Basis der oben angegebenen Studien ergibt, dass sich durch eine Förderung des familiären Zusammenhalts die Gesundheits- und Kriminalitätsaufwendungen in Deutschland mindestens um einen Betrag im einstelligen Milliardenbereich reduzieren ließen.

9.3 Renditen des Staates und Finanzierung der Investitionen durch Umschichtungen im Budget

Die Investitionen in den frühkindlichen Bereich führen beim Staat zu einer fiskalischen Rendite. Diese wird im Folgenden berechnet. Als Zeitpunkt für den Start der Maßnahmen wird das Jahr 2010 gewählt.

Für den Zeitraum von 2010 bis 2014 sind ungefähr folgende Kosten zu einzuplanen:

- Durch den Ausbau der Betreuungsplätze für Unter-Dreijährige werden an jährlichen zusätzlichen Kosten rund 2,3 Milliarden Euro Betriebskosten anfallen. Bis zum Ende der Ausbauphasen belaufen sich die Kosten für den Betrieb und den Ausbau der neuen Plätze auf ein ähnliches jährliches Niveau.
- Die Übernahme der Elternbeiträge für die täglich fünfstündige Betreuung von Kindern ab drei Jahren sollte mit Kosten von rund 1,3 Milliarden Euro eingeplant werden. Die Mehrausgaben für höher qualifizierte Erzieherinnen werden ebenfalls mit rund 1,3 Milliarden Euro veranschlagt. 0,4 Milliarden Euro sind für besondere Förderpauschalen – zum Beispiel für Sprachentwicklung – zur Verfügung zu stellen.

In den Jahren 2015 bis 2019 sind zusätzlich Reformen in den Schulen durchzuführen:

- Für Ganztagschulen und Unterstützungssysteme sind 3,8 Milliarden Euro vorzusehen. Das gilt unter der Annahme, dass die Schulspeisungskosten von den Eltern getragen werden. Durch die Schulinvestitionen werden aber auch Kosten eingespart, zum Beispiel für Schulhorte und Klassenwiederholungen. Diese Effizienzgewinne können rund 1,6 Milliarden Euro betragen (Klein, 2006, 134).

Aufgrund des demografischen Wandels werden diese zusätzlichen realen Aufwendungen mit der Zeit kontinuierlich sinken. Die Zahl der Kinder unter zehn Jahren in Deutschland ist rückläufig und wird weiter zurückgehen. Nach der 11. koordinierten Bevölkerungsvorberechnung (Variante 1-W1) sinkt die Kinderzahl von 7,4 Millionen im Jahr 2006 auf 6,9 Millionen im Jahr 2010 auf 4,9 Millionen im Jahr 2050. Da die zusätzlichen Maßnahmen demnach für

Jährliche zusätzliche Kosten des Staates durch Reformen im frühkindlichen Bereich Tabelle 43

in Milliarden Euro

2010	5,1
2015	6,8
2020	6,7
2025	6,6
2030	6,3
2035	5,9
2040	5,5
2045	5,3
2050	5,1

Eigene Berechnungen

immer weniger Kinder finanziert werden müssen, verringern sich im Zeitablauf die jährlichen realen Kosten dieser Maßnahmen.

Berücksichtigt man diese demografische Entwicklung, so ergibt sich der in Tabelle 43 dargestellte Kostenverlauf für die zusätzlichen Maßnahmen. Für die Jahre nach 2050 können die zusätzlichen Kosten aus dem Jahr 2050 entsprechend fortgeschrieben werden.

Nach den Kosten durch die Reformen sollen auch die entstehenden Einnahmen betrachtet werden:

- Knapp 0,3 Milliarden Euro können ab dem Jahr 2013 eingespart werden, weil sich die Zahl der Bedarfsgemeinschaften von alleinerziehenden Frauen und Männern reduziert (Sharma/Steiner, 2008, 25).
- Das Betreuungsangebot für Kinder unter drei Jahren soll nach dem Willen der Bundesregierung bis zum Jahr 2013 so ausgebaut werden, dass es für 35 Prozent der Unter-Dreijährigen einen Krippenplatz gibt. Insgesamt würden damit rund 750.000 Plätze geschaffen und damit 300.000 mehr, als nach dem von der rot-grünen Vorgängerregierung beschlossenen Tagesbetreuungsbaugesetz (TAG) bis 2010 vorgesehen waren. Mit den 300.000 zusätzlichen Plätzen könnte sich die Zahl der erwerbstätigen Mütter oder Väter um bis zu 300.000 erhöhen.

Der Einnahmeneffekt, der sich daraus ergibt, lässt sich mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels berechnen. Im Jahr 2006 waren 5,1 Prozent der Mütter mit Kindern im Alter von unter drei Jahren Vollzeit erwerbstätig. 13,1 Prozent gingen einer Teilzeitbeschäftigung nach. Für die Gruppe der erwerbstätigen Mütter mit kleinen Kindern kann somit angenommen werden, dass sich rund 28 Prozent von ihnen eine Vollzeit- und 72 Prozent eine Teilzeitbeschäftigung wünschen. Auch die steigenden Steuer- und Sozialabgaben erwerbstätiger Mütter, die sich aus ihrer zunehmenden Beschäftigung ergeben, können durch eine Auswertung der SOEP-Daten ermittelt werden.

Aktuell liegt die durchschnittliche Zahlung von erwerbstätigen Müttern mit Kindern unter drei Jahren in die Sozialversicherungen und an die Finanzämter jährlich bei rund 13.600 Euro. Bei gleicher Struktur der Beschäftigung ergibt sich ab dem Jahr 2013, wenn bis zu 300.000 Frauen mehr erwerbstätig sind als heute, eine jährliche Mehreinnahme beim Staat bis zu rund 4,1 Milliarden Euro. Diese Mehreinnahmen sind auch deswegen hoch, weil aus der Erwerbstätigkeit von Frauen oft eine steuerliche Höherbelastung des Zweitverdieners innerhalb der Ehegemeinschaft resultiert.

Die Zahl von 300.000 zusätzlich Erwerbstätigen könnte einerseits zu hoch gegriffen sein. Andererseits sind jedoch die Effekte rückläufiger Erwerbsunterbrechungen nicht berücksichtigt.

Lohnsteuer und Sozialversicherungsbeiträge einer erwerbstätigen Mutter mit Kindern unter drei Jahren*

Tabelle 44

Durchschnitte in Euro, im Jahr 2006

	Anteil in Prozent	Bruttolohn (SOEP)	Brutto inkl. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung	Nettolohn (SOEP)	Steuern + Sozialversicherungsbeiträge
Vollzeit	28	33.252	39.902	19.258	20.644
Teilzeit	72	18.230	21.876	10.955	10.921
Durchschnitt	–	22.436	26.923	13.280	13.643

* Inklusive Arbeitgeberbeiträge: Bruttoeinkommen berechnet mit dem Faktor 1,2.

Quelle: Eigene Berechnungen in Anlehnung an SOEP, 2006

- Durch die bessere frühkindliche Bildung steigt die durchschnittliche Qualifikation der Kinder und damit der späteren Erwerbspersonen an. 30,5 Milliarden Euro ergeben sich an steigenden Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen, 4,2 Milliarden Euro können an Zahlungen der Arbeitslosenversicherung eingespart werden. Insgesamt 34,7 Milliarden Euro wären somit aus fiskalischer Sicht an Mehreinnahmen und Minderausgaben gewonnen, wenn die aktuelle Erwerbsbevölkerung eine Qualifikationsstruktur aufweisen würde, die durch den Ausbau der frühkindlichen Bildung erreicht werden könnte (Abschnitt 9.2). Aufgrund der demografischen Entwicklung werden diese Effekte jedoch geringer ausfallen, da die Erwerbsbevölkerung in der Zukunft kleiner sein wird als die gegenwärtige. Im Jahr 2025 werden die ersten positiven Effekte der besseren frühkindlichen Bildung auftreten. Bezogen auf die Größe der heutigen Erwerbsbevölkerung haben dann 6 Prozent der Personen die bessere frühkindliche Förderung durchlaufen und das erwerbsfähige Alter erreicht. Damit werden bis dahin 6 Prozent von 34,7 Milliarden Euro der potenziellen, positiven fiskalischen Effekte erreicht. Die gesamte Erwerbsbevölkerung wird erst im Jahr 2070 vollständig von den im Jahr 2010 gestarteten Reformen profitiert haben. Die Erwerbsbevölkerung wird jedoch in dieser Modellbetrachtung voraussichtlich nur 60 Prozent der Größe der aktuellen Erwerbsbevölkerung haben. Daher werden dann auch nur 60 Prozent der potenziellen, positiven fiskalischen Effekte von insgesamt 34,7 Milliarden Euro realisiert werden können.
- Durch die bessere frühkindliche Bildung können ferner Nachqualifizierungsmaßnahmen im Bereich der Berufsvorbereitung und in anderen Bereichen reduziert werden. Dieser Effekt wird ebenso ab dem Jahr 2025 wirksam. Bezogen auf die heutigen Jahrgangsstärken ergibt sich ein Einsparpotenzial für den Staat von rund 0,9 Milliarden Euro. Aufgrund des demografischen Wandels werden die entsprechenden Jahrgänge im Jahr 2025 kleiner sein, sodass ein Potenzial von

real etwa 0,7 Milliarden Euro erschlossen werden kann. Im Jahr 2070 werden es immer noch rund 0,6 Milliarden Euro sein.

In der Summe ergeben sich damit die positiven fiskalischen Effekte beim Staat wie in Tabelle 45 dargestellt. Für die Jahre nach 2070 werden in diesem Zusammenhang die zusätzlichen Erträge aus dem Jahr 2070 fortgeschrieben.

Fiskalische Erträge des Staates durch Reformen im frühkindlichen Bereich

Tabelle 45

in Milliarden Euro*

	Insgesamt	Zusätzliche Erwerbstätigkeit	Einsparungen beim SGB II	Zusätzliche Einnahmen wegen Höherqualifizierung der Kinder	Einsparungen bei der Nachqualifizierung
2013	4,3	4,1	0,2		
2015	4,2	3,9	0,3		
2020	4,1	3,9	0,3		
2025	6,8	3,8	0,2	2,1	0,7
2030	8,8	3,6	0,2	4,4	0,7
2035	11,0	3,4	0,2	6,7	0,7
2040	13,0	3,2	0,2	8,9	0,6
2045	14,9	3,0	0,2	11,1	0,6
2050	16,8	2,9	0,2	13,1	0,6
2055	18,8	2,9	0,1	15,1	0,6
2060	20,8	2,9	0,1	17,1	0,6
2065	22,8	2,9	0,1	19,2	0,6
2070	24,8	2,9	0,1	21,2	0,6

* Rundungsdifferenzen.
Eigene Berechnungen

Aus diesen Zahlenreihen für Erträge und Kosten kann eine interne Rendite berechnet werden. Diese beläuft sich unter Einschluss der Investitionskosten für den Bereich der Unter-Dreijährigen auf 8 Prozent. Bei dieser Betrachtung werden statische Effekte einbezogen. Betrachtet man die dynamischen Effekte, so führt eine höhere Qualifikation der Kinder und späteren Erwerbspersonen zu Wachstumsimpulsen. Diese gehen auch von der höheren Erwerbstätigkeit der Frauen aus, weil ihre Erwerbsunterbrechungen und Abschreibungen auf das Humankapital sinken.

Das höhere Wachstum ist mit vermehrten Steuer- und Sozialversicherungsbeiträgen verbunden. Im Rahmen eines Wachstumsmodells des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aus dem

Gutachten 2002/2003 (SVR, 2002) errechnen Anger et al. (2007) eine Rendite von Investitionen in den frühkindlichen Bereich. Diese liegt auch bei dieser Berechnungsmethode bei rund 8 Prozent.

Eine reale Rendite von 8 Prozent erfüllt aus Sicht des Staates eine wichtige Bedingung für staatliche Investitionen: Durch ihre Höhe ist sie vorteilhaft und rechtfertigt staatliches Handeln. Zur Finanzierung der Investitionen werden jährlich rund 5,1 Milliarden Euro von 2010 bis 2014 und 6,8 Milliarden Euro in den Jahren 2015 bis 2020 benötigt. Diese Finanzierung soll aus dem Familienbudget selbst erfolgen.

Stützen lässt sich dieses Ergebnis einer positiven staatlichen Rendite auch durch die Untersuchungen der Bertelsmann Stiftung (Fritschi/Oesch, 2008). Die Verfasser berechnen die Differenz zwischen dem langfristigen Nutzen und den Kosten je betreutem Kind. Diese Differenz beträgt 13.616 Euro. Daraus ergibt sich eine langfristige „Verzinsung der Investitionen in Form von Krippenkosten zu jährlich 7,3 Prozent“ (Fritschi/Oesch, 2008, 5). Grundlage der Berechnung sind die Bildungseffekte auf die betreuten Kinder, die Effekte auf die Einkommen der Eltern durch das verbesserte Betreuungsangebot, die Einspareffekte im Bildungssystem aufgrund zukünftig geringerer Ausgaben für Nachqualifizierungsmaßnahmen und die finanzpolitischen Effekte.

Finanzierung

In den kommenden Jahren sinken demografiebedingt im staatlichen Familienbudget die realen Ausgaben für Kindergeld, Kinderbetreuung (Kindergartenplätze) und für Schulen. Ferner nehmen aufgrund der steigenden Erwerbstätigkeit insbesondere von Frauen die Beiträge des Bundes zum Ausgleich von Kindererziehungszeiten an die GRV und die Steuerminderungen durch das Ehegattensplitting ab. Zudem entfallen Leistungen aus der beitragsfreien Mitversicherung nicht erwerbstätiger Ehegatten in der GKV und GPV. Im Folgenden sollen allein die demografiebedingten Ersparnisse im Budget aufgezeigt werden.

Allein aus den demografisch bedingten Ersparnissen

Tabelle 46

Demografiebedingte Entwicklung des staatlichen Familienbudgets

in Milliarden Euro

	Kinder- geld	Schulen	Kinder- betreuung	Einspar- potenzial gegenüber 2006
2006	34,5	49,6	10,4	–
2010	32,0	44,1	9,7	6,7
2015	30,3	43,7	9,3	11,2
2020	28,9	41,5	9,2	14,9

Eigene Berechnungen

beim Kindergeld, den Schulen und der Kinderbetreuung entstehen potenzielle jährliche Ersparnisse von real 6,7 Milliarden Euro im Jahr 2010 und 11,2 Milliarden Euro im Jahr 2015. Bereits diese demografisch bedingten Ersparnisse im Familienbudget reichen aus, um die Mehrbelastungen durch den Ausbau der Betreuung der Unter-Dreijährigen, der Qualitätssteigerung in den Kindergärten und in den Ganztagsgrundschulen zu finanzieren. Zusammenfassend ist daher festzuhalten: Die Re-Investition der demografisch bedingt freiwerdenden Mittel in den Ausbau der frühkindlichen Förderung ist sowohl familien- als auch finanzpolitisch geboten.

Teil IV: Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

10 Drei Blickwinkel auf die Familienpolitik

10.1 Der Blick auf die Kosten der Familien: Umsteuern in der Förderkulisse

Die Analyse der Kostenstrukturen der Familien hat ergeben, dass ihnen Kosten für die Lebenshaltung ihrer Kinder in Höhe von 90 Milliarden Euro entstehen. Der Staat übernimmt einen Teil dieser sogenannten direkten Kosten, indem er den Familien ein Kindergeld zahlt und andere finanzielle Unterstützungen leistet. Ferner stellt der Staat für die Eltern kostenlose Leistungen zur Verfügung, die diese ansonsten tragen müssten. Zum Beispiel bietet der Staat den Schulbesuch kostenlos an. Ferner sind die Kinder in der gesetzlichen Krankenversicherung der Eltern mitversichert. Insgesamt stehen damit den direkten Kosten der Eltern von 90 Milliarden Euro Zuschüsse des Staates in Höhe von fast 48 Milliarden Euro gegenüber.

Die zusätzlichen Leistungen des Staates, welche die Eltern kostenlos nutzen können, summieren sich auf rund 79 Milliarden Euro. Die zusätzlichen Leistungen und die Lebenshaltungskosten zusammen ergeben damit einen Gesamtbetrag

von 169 Milliarden Euro, von denen die Eltern rund 42 Milliarden Euro selbst schultern. Damit tragen die Eltern insgesamt ein Viertel der direkten Kosten für die Lebenshaltung der Kinder, für die Schulen und die Mitversicherung in der Krankenversicherung.

Ein zweiter wichtiger Kostenblock für Eltern entsteht ihnen durch die Zeit, die sie für die Betreuung ihrer Kinder aufwenden – die Betreuungszeit mindert ihr Einkommen. Diese Opportunitätskosten summieren sich – ohne zukünftige Einkommensverluste aufgrund von Erwerbsunterbrechungen – für die Betreuung minderjähriger Kinder auf rund 147 Milliarden Euro. Dem Staat entgehen dadurch rund 13 Milliarden Euro an Steuern. Durch das Angebot einer Betreuungsinfrastruktur durch den Staat entstehen weitere Kosten in Höhe von gut 11 Milliarden Euro. Die trägt der Staat, um die Entstehung weiterer Opportunitätskosten bei den Eltern zu vermeiden. Die Einkommensverluste der Eltern kompensiert der Staat durch eine Reihe von Maßnahmen, die insgesamt etwa 30 Milliarden Euro kosten. Größte Einzelposten sind hier das Ehegattensplitting und die Anrechnung von Versicherungszeiten der Erziehungsperson in der gesetzlichen Rentenversicherung. Insgesamt gibt der Staat circa 41 Milliarden Euro zur Vermeidung und Kompensation der indirekten Kosten der Eltern aus. Von fast 172 Milliarden Euro indirekten Gesamtkosten tragen damit die Eltern einen Eigenanteil von rund 117 Milliarden Euro.

Nach der Analyse der Förderkulisse ist somit festzuhalten, dass zwei Ungleichgewichte auftreten:

- Im Vergleich zu den indirekten Kosten unterstützt der Staat in hohem Maße die Familien darin, die direkten Kosten tragen zu können. Dies kann insoweit gerechtfertigt werden, als es sich bei diesen Maßnahmen auch um verteilungspolitisch motivierte Sozialausgaben handelt. Die Förderung der indirekten Kosten hingegen ist stärker aus ökonomischer und dabei aus Sicht der Anreizstrukturen relevant. Im internationalen Querschnitt gibt es einen empirischen Zusammenhang zwischen einem ausgewogenen Mix von monetären Hilfen (direkte Förderung) und passendem Infrastrukturangebot (indirekte Förderung) einerseits und dem Anteil in relativer Armut lebender Kinder andererseits. So geht eine steigende Erwerbstätigkeit von Frauen, die durch den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur ermöglicht wird, mit einer Verringerung der Kinderarmut einher. Das belegen empirische Studien. Auch Untersuchungen mit Mikrodaten zeigen, dass vor allem die Erwerbstätigkeit der Eltern vor Kinderarmut schützt.
- Innerhalb der Förderung der indirekten Kosten überwiegen mit einem Anteil von drei Vierteln Maßnahmen, die zu einer Kompensation der bei den Familien bereits entstandenen Opportunitätskosten führen sollen. Die Mitversicherung des

Ehepartners in den Sozialversicherungen und das Ehegattensplitting bewirken, dass der Rückgang des Bruttoeinkommens, der sich bei der Aufgabe der Berufstätigkeit eines Elternteils einstellt, verhältnismäßig geringe Spuren beim Nettoeinkommen hinterlässt. Maßnahmen dagegen, die der Entstehung der Opportunitätskosten entgegenwirken können – zum Beispiel eine ausgebauten Betreuungsinfrastruktur –, haben mit gut 11 Milliarden Euro nur einen vergleichsweise geringen Anteil an der Gesamtförderung.

Aus ökonomischer Sicht ist vor allem die Unwucht innerhalb der indirekten Kosten problematisch. Aufgrund der Höherqualifizierung der Frauen nehmen die Opportunitätskosten durch Erwerbsunterbrechungen erheblich zu. Kamen im Jahr 1993 auf einen männlichen Hochschulabsolventen lediglich 0,6 Absolventinnen, so ist der Anteil inzwischen fast ausgeglichen. In den kommenden Jahren dürfte der Anteil der Frauen mit hohen Qualifikationen relativ zu dem der Männer weiter ansteigen. Ferner sind die Löhne von hochqualifizierten Frauen in den letzten Jahren deutlich gestiegen.

Damit nehmen die Opportunitätskosten und auf diese Weise die indirekten Kosten der Familien weiter zu – und zwar stärker als die Kosten für Betreuungsplätze. Aus ökonomischer Sicht ist es sinnvoll, die Betreuungsinfrastruktur auszubauen und den Familien dadurch zu helfen, ihre Erwerbswünsche erfüllen zu können. Durch den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur und die Zunahme der Erwerbstätigkeit geht automatisch ein Teil der Leistungen des Staates für die Familien zurück, beispielsweise für die Mitversicherung des nicht erwerbstätigen Ehepartners in den Sozialversicherungen. Ferner verbessern sich die Einkommensperspektiven der Familien, weil die Erwerbsunterbrechungen kürzer ausfallen. Weil diese höheren Einkommen bei der Kalkulation der Witwenrente angerechnet werden, sinken langfristig die Ausgaben des Staates für diese Unterstützungsleistung. Durch den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur verringern sich also die indirekten Kosten der Familien und gleichzeitig auch die Förderung des Staates, mit der entstandene Opportunitätskosten kompensiert werden sollen. Ferner sorgt die höhere Erwerbstätigkeit beider Elternteile dafür, dass die Gefahr von Kinderarmut zumindest reduziert werden kann – woraufhin sich die staatliche Förderung der direkten Kosten vor allem im Bereich der Sozialtransfers verringern dürfte. Unterm Strich wird demnach eine höhere Förderung des Staates zur Vermeidung von indirekten Kosten zu einer automatischen Reduzierung der Förderkulisse an anderer Stelle führen. Zur Umgestaltung der Förderkulisse ist somit eine Kürzung des Maßnahmenkatalogs gar nicht notwendig. Dieser wird durch den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur lediglich weniger stark in Anspruch genommen.

10.2 Die empirische Sicht: Die frühkindliche Bildung ausbauen, den familiären Zusammenhalt stärken

Familiäre Strukturen haben einen großen Einfluss auf die Entwicklung des Kindes. Die Bildungsergebnisse von Kindern in der PISA-Studie belegen, dass der familiäre Bildungs- und Migrationshintergrund für die Kompetenzentwicklung der Kinder von elementarer Bedeutung ist. Insbesondere in Deutschland wirken sich eine geringe Qualifikation der Eltern, ein Migrationshintergrund und der fehlende Zugang zu Büchern und anderer Lerninfrastruktur negativ auf die Leistungen der Schüler aus. Ein Einfluss der Erwerbstätigkeit der Mutter oder der Familienform auf die Kinderleistungen kann hingegen nicht nachgewiesen werden. Wichtiger für den Bildungserfolg sind die Disziplin – gemessen über Verspätungen in der Schule – und die Einstellungen zur Bedeutung von Bildung in der Familie. Auch der Besuch einer frühkindlichen Bildungseinrichtung führt zu signifikant besseren Bildungsergebnissen.

Auch auf die Gesundheit der Kinder hat die Familienstruktur einen gewissen Einfluss – das gilt für die Bereiche Rauchen und psychische Auffälligkeiten. Nach der Kontrolle des familiären Zusammenhalts im statistischen Modell bleibt beim Rauchen und den psychischen Auffälligkeiten der Einfluss der Familienstruktur bestehen, zudem ist nur ein Teil der Unterschiede zwischen Familienformen schichtbedingt. Selbst Alleinerziehenden und Patchworkfamilien mit einem normalen familiären Zusammenhalt gelingt es nicht, die negativen Effekte von nicht traditionellen Familienstrukturen oder von Änderungen in der Familienstruktur voll aufzufangen.

Die Familienstruktur hat dagegen keinen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, ob die Kinder Alkohol trinken, und auch nicht darauf, wie sie ihren subjektiven Gesundheitszustand im Selbstbericht einschätzen. Die fehlende Verbindung von subjektivem Gesundheitszustand und Familienstruktur konstatiert auch die Studie von Winkelmann (2003), der Daten des SOEP zugrundelagen. Möglicherweise wirken sich bei den subjektiven Einschätzungen durch die Kinder die möglichen positiven Effekte von Trennungen und Scheidungen der Eltern aus, zum Beispiel das Ende der ehelichen Konflikte und der Instrumentalisierung der Kinder. Beim Übergewicht zeigt sich sogar, dass Kinder aus Patchworkfamilien hier ein geringeres Risiko tragen.

Für die Kinder ist besonders ein guter familiärer Zusammenhalt wichtig. Dieser mildert die Entwicklungsrisiken von Kindern in allen untersuchten Bereichen signifikant. Familienzentren sind eine sinnvolle Politikoption, um in diesem Punkt Fortschritte zu erzielen. Aber auch der Faktor Zeit spielt eine wichtige Rolle. Die Öffnungszeiten von Kindertagesstätten – insbesondere ein

besseres Angebot an Randzeiten und an Über-Mittag-Betreuung – sind aus Sicht der Eltern relevant (Lödermann, 2008). Ein stärkerer Wettbewerb zwischen den Betreuungseinrichtungen durch nachfrageorientierte Finanzierungsmechanismen kann ein passendes Instrument sein, das Angebot im Sinne der Familien zu verbessern (Enste/Flüter-Hoffmann, 2008). Dabei sollten auch privat-gewerbliche Anbieter in dieselbe Förderungslogik wie andere Anbieter eingebettet werden. Ferner können ein stärkeres Angebot von Dienstleistungen, die Familien unterstützen, und eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf die zeitlichen Belastungen von Familien lindern.

Von der Erwerbstätigkeit der Eltern geht kein signifikanter Effekt auf die gesundheitlichen Variablen und den Bildungserfolg der Kinder aus. Frühe Erwerbsunterbrechungen der Eltern können jedoch mit Einkommenseinbußen, einer niedrigeren Schichtzugehörigkeit und einer größeren Wahrscheinlichkeit von Kinderarmut verbunden sein. Der Ausbau der frühkindlichen Bildung beeinflusst daher indirekt – über die Vermeidung von Erwerbsunterbrechungen – die Gesundheit und die Bildung der Kinder positiv. Diese Effekte dürften dann besonders stark sein, wenn über den Ausbau von Familienzentren Schutzfaktoren wie der familiäre Zusammenhalt gestärkt werden.

10.3 Die fiskalische Sicht: Investieren und Effizienzpotenziale erschließen

Auch aus fiskalischer Sicht rechnen sich diese Handlungsempfehlungen. Durch einen Ausbau der frühkindlichen Bildung kann es gelingen, den Einfluss des Bildungshintergrunds der Eltern auf die Kompetenzentwicklung des Kindes zu reduzieren. Damit verbessern sich vor allem die Ergebnisse der Kinder aus bildungsfernen Haushalten. Hierdurch erreicht die zukünftige Erwerbsbevölkerung ein höheres Qualifikationsniveau, was sich in dreifacher Weise für die Volkswirtschaft und den Staat auszahlt: Zum Ersten weist eine im Durchschnitt höher qualifizierte Erwerbsbevölkerung eine geringere Arbeitslosenquote auf – auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland besteht eine enge Beziehung zwischen Qualifikation und Erwerbstätigkeit. Zum Zweiten steigt die durchschnittliche Arbeitszeit mit der Qualifikation an. Zum Dritten sind die Stundenlöhne im Durchschnitt umso höher, je höher die Qualifikation der Arbeitnehmer ist. Eine bessere Qualifikation auf der Angebotsseite wird in den kommenden Jahrzehnten zu höherer Beschäftigung und höheren Einkommen führen – die Nachfrage ist jedenfalls vorhanden. Bereits heute besteht ein Fachkräftemangel bei Hochqualifizierten, den der demografische Wandel in den kommenden Jahren und Jahrzehnten verstärken wird.

Die höhere Qualifikation, die aus dem Ausbau der frühkindlichen Förderung resultiert, zahlt sich für den Staat in vielerlei Hinsicht aus. Durch die steigenden Gesamteinkommen erhöhen sich bei gegebenen Steuer- und Abgabenquoten die Steuern und Einnahmen der Sozialversicherungen. Im Jahr 2025 betragen die positiven fiskalischen Effekte rund 2,1 Milliarden Euro. Bis zum Jahr 2050 steigen diese jährlichen positiven Effekte auf 13,1 Milliarden Euro an. Da weniger Schüler große Kompetenzdefizite aufweisen werden, nehmen die hohen Kosten des Staates für Nachqualifizierungen ab. Ferner können Hartz-IV-Ausgaben für geringqualifizierte Arbeitslose zum Teil eingespart werden, wenn durch bessere Qualifikation weniger Erwerbspersonen Probleme beim Arbeitsmarktzutritt haben. Die gesparten Kosten für Nachqualifizierungen betragen im Jahr 2025 rund 0,7 Milliarden Euro und im Jahr 2050 rund 0,6 Milliarden Euro.

Schon kurzfristig wirkt sich die zunehmende Erwerbstätigkeit in den Familien fiskalisch aus, wenn durch den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur zusätzlich rund 300.000 Frauen eine Erwerbstätigkeit aufnehmen können. Hochgerechnet mit den derzeitigen Abgaben der Mütter mit Kindern im Alter unter drei Jahren ergeben sich daraus Mehreinnahmen für die Finanzämter und die Sozialversicherungen in Höhe von 4,1 Milliarden Euro. Diese Mehreinnahmen sinken im Zeitablauf, da durch den demografischen Wandel weniger Mütter mit Kindern unter drei Jahren einen Betreuungsplatz brauchen werden.

Stellt man die jährlichen staatlichen Mehrausgaben von 5,1 bis 6,8 Milliarden Euro den Mehreinnahmen des Staates gegenüber, so ergibt sich bei dieser statischen Modellbetrachtung aus fiskalischer Sicht insgesamt eine reale Rendite von rund 8 Prozent. In dynamischer Hinsicht sind Wachstumsimpulse durch den Ausbau der frühkindlichen Förderung zu erwarten. Zum einen führt die bessere frühkindliche Bildung zu einer Zunahme des Humankapitals der Kinder und späteren Erwerbspersonen. Zum anderen bewirken die geringeren Erwerbsunterbrechungen bei den Eltern geringere Humankapitalabschreibungen, woraus sich ebenfalls positive Impulse auf Qualifikationen und Erwerbstätigkeit ableiten lassen. Auch in dieser dynamischen Modellbetrachtung kann eine Rendite des Staates von 8 Prozent erreicht werden.

Daraus ergibt sich eine klare Empfehlung für die Finanzierung: Die durch demografische Entwicklungen künftig eingesparten Mittel des Staates sollten in die frühkindliche Bildung investiert werden. Allein mit den demografiebedingten Einsparpotenzialen beim Kindergeld, bei den Kindergärten und bei den Schulen ließen sich die zusätzlichen Investitionen in Kindertagesstätten und Schulen finanzieren. Im Jahr 2010 dürfte sich gegenüber den Budgetwerten des Jahres 2006 die jährliche demografiebedingte Ersparnis bereits auf 6,7 Milliarden Euro

und im Jahr 2015 auf 11,2 Milliarden Euro belaufen. Durch die positiven Refinanzierungseffekte bei der Mitversicherung und anderen Leistungen sowie aufgrund der geringeren Transfers können sich darüber hinaus weitere erhebliche Refinanzierungseffekte innerhalb des staatlichen Familienbudgets ergeben. Der qualitative und quantitative Ausbau der frühkindlichen Betreuung und Bildung kann somit in den kommenden Jahren bei gleichzeitig sinkendem realen Volumen im Familienbudget finanziert werden.

Der Ausbau der frühkindlichen Bildung ist für den Staat unterm Strich eine lohnende Investition. Um dies zu erreichen, ist eine Förderkulisse notwendig, die dazu führt, dass

- das Ungleichgewicht innerhalb der Förderkulisse korrigiert,
- der Gefahr von Kinderarmut entgegengewirkt,
- die Bildungschancen insbesondere von Kindern aus bildungsfernen Schichten verbessert,
- die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbswünschen realisiert,
- zusätzliche Wachstumsimpulse erzeugt und die Einnahmenseite des Staates gestärkt werden.

Zusätzlich kann der Staat die Erziehungskompetenz der Familien stärken, den familiären Zusammenhalt verbessern und die Eltern in ihrer wichtigen Funktion für die Entwicklung der Kinder unterstützen. Dafür eignen sich Familienzentren, die Förderung familienfreundlicher Dienstleistungen und andere vorsorgende Maßnahmen. Die Verbesserungen der Gesundheit der Kinder, die damit verbunden sind, können hier nicht quantifiziert werden. Sie sind gleichwohl aber als wichtige soziale Erträge einer besseren Familienpolitik einzustufen.

Anmerkungen

¹ Für eine Definition des Begriffs Familie wird auf Hülskamp/Seyda (2004, 9) verwiesen. Familie ist dort, wo verwandte Menschen verschiedener Generationen Verantwortung füreinander übernehmen. In dieser Studie sollen Familien mit minderjährigen Kindern betrachtet werden.

² Somit stimmt die Definition in der vorliegenden Studie nicht völlig überein mit den Definitionen in den zugrunde gelegten Datenbeständen. Diese Ungenauigkeit dürfte sich auf das Ergebnis jedoch nur gering auswirken.

³ Zur Veranschaulichung siehe auch Tabelle 2.

⁴ Es werden Daten des Mikrozensus aus dem Jahr 2004 verwendet, da in den folgenden Jahren lediglich die Kategorie „mit drei und mehr Kindern unter 18 Jahren“ vorhanden ist, also Familien mit vier oder fünf und mehr Kindern nicht separat ausgewiesen sind. Ein Vorteil des Mikrozensus 2005 ist hingegen, dass Ehepaare, Lebensgemeinschaften und Alleinerziehende getrennt betrachtet werden. Im Mikrozensus 2004 sind Lebensgemeinschaften mit Kindern noch in der Gruppe der Alleinerziehenden wiederzufinden, ohne dass deren Anzahl explizit dargestellt worden ist.

⁵ Das Problem besteht darin, dass Grenzkosten je Kind als abnehmend angenommen werden können. Jedoch sind in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) die Fallzahlen der Familien mit mehr als drei Kindern vernachlässigbar klein, sodass keine großen Verzerrungen bei der genannten Vorgehensweise zu erwarten sind. Auch in der Gesamtbevölkerung ist der Anteil der Familien mit mehr als drei Kindern nicht groß genug, als dass dies das Endergebnis sehr stark verändern würde.

⁶ Mit Ausnahme von Rosenschon (2001).

⁷ Je nachdem, ob Kinder durch ihre Mutter oder ihren Vater betreut worden sind.

⁸ Lampert (1996) nimmt an, dass in Haushalten mit einem Kind rund 25 Prozent der Haushaltstätigkeiten kindbedingt anfallen, bei zwei Kindern sind es 40 Prozent. Da in der Zeitbudgeterhebung nicht nach der Anzahl der Kinder im Haushalt unterschieden wird, werden annahm gemäß 33 Prozent der Haushaltstätigkeit als kindbedingt betrachtet. Damit bewegen wir uns eher am unteren Rand der Schätzungen der kinderinduzierten Haushaltstätigkeit.

⁹ Mit dem Faktor 1,2 hochgerechnet.

¹⁰ Arbeitslose Frauen wurden bei der Bildung des Durchschnitts nicht berücksichtigt. 14,7 Prozent der übrigen Frauen waren im Jahr 2006 nicht erwerbstätig, rund 61 Prozent Vollzeit erwerbstätig, 13 Prozent Teilzeit erwerbstätig und 11,3 Prozent in Ausbildung oder geringfügig beschäftigt.

¹¹ Bezogen auf das entgangene Bruttoeinkommen (ohne Arbeitgeberanteil) von rund 134 Milliarden Euro. Die tatsächlichen Steuerrückgänge sind bei gemeinsamer Veranlagung höher, werden aber im Rahmen dieser Studie unter „Ehegattensplitting“ bei der Kompensation von entstandenen Opportunitätskosten gebucht.

¹² Die Sozialversicherungsanteile werden zu den Opportunitätskosten der Familien addiert, da diese zu veränderten Ansprüchen an die Sozialversicherungen führen würden. Dies ist mit dem Vorgehen in dieser Studie konsistent, da die Mitversicherung bei der Kranken- und Pflegeversicherung sowie die Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten bei der Rentenversicherung in der Betrachtung der staatlichen Förderkulisse getrennt werden.

¹³ Die Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung bezieht sich nur auf ein Elternteil je Kind unter drei Jahren – unabhängig vom Erwerbsstatus dieses Elternteils.

¹⁴ Beamte und Selbstständige erhalten keine Anrechnung von Kindererziehungszeiten im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung, da sie nicht unter die gesetzliche Rentenversicherungspflicht fallen.

¹⁵ In Paarhaushalten müssen entweder beide selbstständig oder verbeamtet Teilzeit erwerbstätig oder einer Vollzeit und der andere selbstständig oder verbeamtet Teilzeit erwerbstätig sein.

¹⁶ Folgende Kombinationen sind hierbei möglich: Ein Partner ist Vollzeit erwerbstätig, der andere ist abhängig Beschäftigter in Teilzeit, erwerbslos oder Nichterwerbsperson; beide Partner sind abhängig beschäftigte Teilzeiterwerbstätige, Nichterwerbspersonen oder Erwerbslose; ein Partner ist abhängig

beschäftigter Teilzeiterwerbstätiger, der andere ist erwerbslos oder Nichterwerbsperson; oder aber einer ist erwerbslos und der andere Nichterwerbsperson.

¹⁷ Diese können entweder abhängig Beschäftigte in Teilzeiterwerbstätigkeit, Erwerbslose oder Nichterwerbspersonen sein.

¹⁸ Hierbei ist nur das berechnete Verhältnis zugrunde gelegt worden, da sich – wahrscheinlich aufgrund von Doppelzählungen – die genauen Anteile nicht auf 100 Prozent addieren lassen.

¹⁹ Es konnte nicht der aktuellste Mikrozensus aus dem Jahr 2005 verwendet werden, weil damit aufgrund eines neuen Aufteilungsschlüssels keine derartige Auswertung möglich gewesen wäre.

²⁰ Große Witwen-/Witwerrenten, Witwen-/Witwerrenten insgesamt und Witwengeld für Beamte.

²¹ Die Kinderbetreuungszeiten von Männern und Frauen in Paarhaushalten und von alleinerziehenden Müttern sind mit dem jeweiligen geschlechtsspezifischen Brutto-Durchschnittsstundenlohn belegt und auf ein Jahr hochgerechnet worden. Da es nur Daten zur Zeitverwendung von alleinerziehenden Müttern gibt und im Mikrozensus die Gesamtheit aller Alleinerziehenden dargestellt ist, sind hier alle Alleinerziehenden mit der durchschnittlichen Zeitverwendung alleinerziehender Mütter und mit dem Durchschnittsstundenlohn von Frauen kalkuliert worden.

²² Der Kinderzuschlag wird an Familien gezahlt, wenn Eltern ihren eigenen Lebensunterhalt erwirtschaften können, nicht aber den ihrer Kinder. Mithilfe des Kinderzuschlags wird die Existenzgrundlage des Kindes sichergestellt.

²³ Kinderarmut wird im Folgenden als relative Armut definiert: Kinder gelten dann als arm, wenn sie in Haushalten leben, deren Einkommen unterhalb einer relativen Armutsgrenze liegt. Diese Grenze wird beim Konzept der OECD in Höhe von 50 Prozent des Medians vom jeweiligen gewichteten Nettoäquivalenzeinkommen eines Landes angesetzt.

²⁴ Ebenso sind Auswirkungen auf den Bildungserfolg in der Form beobachtet worden, dass Kinder aus sozial schwachen Familien später eingeschult werden, einem höheren Risiko unterliegen, ein Schuljahr zu wiederholen, und ihnen weniger oft eine Empfehlung für das Gymnasium ausgesprochen wird.

²⁵ Siehe dazu Böhm/Kuhn (2000). Sie beziehen sich auf Daten zur Einschulungsuntersuchung im Land Brandenburg aus dem Jahr 1998.

²⁶ Die Variable „andere“ wird jedoch nicht interpretiert und nicht gezeigt, da es sich um wenige Fälle von Kindern bei Großeltern, Adoptiveltern und im Heim handelt, die zusammen eine höchst heterogene Gruppe darstellen.

²⁷ Benachteiligte Kinder sind hier so definiert, dass ihre Eltern dem niedrigsten Dezil in der Verteilung der Fähigkeiten angehören. Wenn der Staat nicht eingreift, erhalten die Kinder im Anfangsstadium ihres Lebens eine Bildung, die dem ersten Dezil in der Verteilung der Fähigkeiten der Eltern entspricht.

²⁸ Diese Aussage gilt für Eltern der Kinder, die bereits mit drei Jahren in das Programm eingetreten sind.

²⁹ In ganz allgemeiner Form beschäftigen sich Wolfe/Tefft (2007) mit erfolgversprechenden familienpolitischen Maßnahmen, mit denen sich die Humankapitalakkumulation in einer Volkswirtschaft verbessern lässt. Sie sprechen Familienzentren – nachdem sie exemplarisch das Chicago Child-Parent Center Program untersucht haben – für diese Aufgabe eine große Relevanz zu.

³⁰ Die Niederlande bieten sich als Vergleichsland an, da sie ebenso einen hohen Anteil an geringqualifizierten Migranten haben und die Schüler im Alter von 15 Jahren ebenfalls verschiedene Schulformen besuchen.

³¹ Zum Beispiel sinkt der Anteil von Personen ohne berufliche Ausbildung um 4 Prozentpunkte auf 14,3 Prozent, der Anteil der (Fach-)Hochschulabsolventen steigt derweil um 4 Prozentpunkte auf 20 Prozent. Dabei bleibt der Anteil der Personen mit beruflicher, technischer Ausbildung und Meisterabschluss konstant.

³² Im Jahresdurchschnitt 2006 betrug der durchschnittliche Satz je Bedarfsgemeinschaft 854 Euro, der sich wie folgt zusammensetzt: 342 Euro Arbeitslosengeld, 14 Euro Sozialgeld, 295 Euro Leistungen für Unterkunft und Heizung, 198 Euro Sozialversicherungsleistung und 4 Euro für sonstige Leistungen (Bundesagentur für Arbeit, 2007, 100).

Literatur

Albrecht, Günter / **Howe**, Carl-Werner / **Wolterhoff**, Jochen, 1991, Familienstruktur und Delinquenz, in: Soziale Probleme, 2. Jg., Nr. 2, S.107–156

Altgeld, Karin, 2007, Early Excellence Centre und Judy Center: Unterschiedliche Konzepte, verschiedene Ansätze, in: kindergarten heute, Nr. 1, S. 28–33, URL: http://www.nabuk-europa.de/fileadmin/user_upload/downloads/Handlungs-_und_Themenfelder/Kindertagesbetreuung/altgeld_early-excellence-centre.pdf [Stand: 2008-02-13]

Anger, Christina / **Plünnecke**, Axel, 2008, Frühkindliche Förderung: Ein Beitrag zu mehr Wachstum und Gerechtigkeit, IW-Positionen, Nr. 35, Köln

Anger, Christina / **Plünnecke**, Axel / **Tröger**, Michael, 2007, Renditen der Bildung – Investitionen in den frühkindlichen Bereich, Studie im Auftrag der Wissensfabrik – Unternehmen für Deutschland e. V., Köln

Bannenberg, Britta / **Rössner**, Dieter, 2000, Hallenser Gewaltstudie: Die Innenwelt der Gewalttäter. Lebensgeschichten ostdeutscher Gewalttäter, in: DVJJ-Journal, 168. Jg., Nr. 2, S. 121–134

Barro, Robert J. / **Mankiw**, N. Gregory / **Sala-i-Martin**, Xavier, 1995, Capital Mobility in Neoclassical Models of Growth, in: American Economic Review, Vol. 85, No. 1, S. 103–115

Beblo, Miriam / **Bender**, Stefan / **Wolf**, Elke, 2006, The Wage Effects of Entering Motherhood – A Within-firm Matching Approach, ZEW Discussion Paper, No. 06-053, Mannheim

Becker, Irene, 2002, Frauenerwerbstätigkeit hält Einkommensarmut von Familien in Grenzen, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 71. Jg., Nr. 1, S. 126–146

Becker, Gary S. / **Tomes**, Nigel, 1979, An Equilibrium Theory of the Distribution of Income and Intergenerational Mobility, in: Journal of Political Economy, Vol. 87, No. 6, S. 1153–1189

Becker, Gary S. / **Tomes**, Nigel, 1986, Human Capital and the Rise and Fall of Families, in: Journal of Labour Economics, Vol. 4, No. 3, S. 1–39

Beckmann, Petra, 2002, Zwischen Wunsch und Wirklichkeit, IAB-Werkstattbericht, Nr. 12, Nürnberg

Bertram, Tony / **Pascal**, Christine / **Bokhari**, Sophia / **Gasper**, Mike / **Holtermann**, Sally / **John**, Karen / **Nelson**, Carol, 2004, Early Excellence Centre Pilot Programme: Third Annual Evaluation Report 2001–2002, Centre for Research in Early Childhood St. Thomas Centre, Birmingham, URL: http://www.surestart.gov.uk/_doc/P0001373.doc [Stand: 2008-02-13]

Björklund, Anders / **Ginther**, Donna K. / **Sundström**, Marianne, 2007, Family structure and child outcomes in the USA and Sweden, in: Journal of Population Economics, Vol. 20, No. 1, S. 183–207

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2008, Lebenslagen in Deutschland: Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Entwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 19. Mai 2008, URL: http://www.sozialpolitik-aktuell.de/docs/Dritter_Armuts-_&_Reichtumsbericht.pdf [Stand: 2008-06-23]

BMFSFJ (Hrsg.), 2006, Unternehmensmonitor Familienfreundlichkeit 2006, Berlin, URL: <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Unternehmensmonitor-Familienfreundlichkeit,property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf> [Stand: 2008-06-02]

BMFSFJ / Fraunhofer Institut, 2008, Familienbezogene Leistungen und Maßnahmen des Staates im Jahr 2006, URL: <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Internetredaktion/Pdf-Anlagen/kompetenzzentrum-leistungen,property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf> [Stand: 2008-05-05]

Böhm, Andreas / Kuhn, Joseph, 2000, Soziale Ungleichheit und Gesundheit bei Kindern: Ergebnisse von Einschulungsuntersuchungen im Land Brandenburg, in: Soziale Arbeit, 49. Jg., Nr. 9, S. 343–346

Bohrhardt, Ralf, 2000, Familienstruktur und Bildungserfolg, in: Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 3. Jg., Nr. 3, S. 189–207

Büchel, Felix / Spieß, Katharina, 2002, Kindertageseinrichtungen und Müttererwerbstätigkeit – Neue Ergebnisse zu einem bekannten Zusammenhang, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 71. Jg., Nr. 1, S. 95–113

Bundesagentur für Arbeit, 2007, Arbeitsmarkt 2006, Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit, 55. Jg., Sondernummer 1, Nürnberg

Cunha, Flavio / Heckman, James, 2007, The technology of skill formation, in: The American Economic Review, Vol. 97, No. 2, S. 31–47

Eichhorst, Werner / Kaiser, Lutz C. / Thode, Erich / Tobsch, Verena, 2007, Vereinbarkeit von Familie und Beruf im internationalen Vergleich: Zwischen Paradigma und Praxis, Gütersloh

Enste, Dominik H. / Flüter-Hoffmann, Christiane, 2008, Gutscheine als Instrument einer effizienten und effektiven Sozialpolitik sowie betrieblichen Personalpolitik: Bestandsaufnahme und Analyse von betrieblichem Nutzen und volkswirtschaftlichen Effekten verschiedener Gutscheinsysteme, Studie gefördert von Sodexo Pass Deutschland, URL: http://www.iwkoeln.de/data/pdf/content/pma_180108_gutscheine_studie.pdf [Stand: 2008-05-02]

Entwisle, Doris R. / Alexander, Karl L. / Olson, Linda Steffel, 1997, Children, Schools, and Inequality, Boulder (Colorado)

Erhart, Michael / Hölling, Heike / Bettge, Susanne / Ravens-Sieberer, Ulrike / Schlack, Robert, 2007, Der Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS): Risiken und Ressourcen für die psychische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, in: Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz, 50. Jg., Nr. 5/6, S. 800–809

Ermisch, John / Francesconi, Marco, 2001, Family matters: Impact of Family Background on Educational Attainments, in: Economica, Vol. 68, No. 270, S. 137–156

Familienbund der Katholiken (Hrsg.), 2007, Familienbezogene Leistungen und Maßnahmen des Staates, URL: http://www.familienbund.org/bilder/_upload/1042007-283.pdf [Stand: 2007-10-10]

Francesconi, Marco / Jenkins, Stephen / Siedler, Thomas / Wagner, Gert, 2006, Einfluss der Familienform auf den Schulerfolg von Kindern nicht nachweisbar, in: DIW-Wochenbericht, 73. Jg., Nr. 13, S. 165–169

Franz, Matthias / Lensche, Herbert, 2003, Allein erziehend – allein gelassen? Die psychosoziale Beeinträchtigung allein erziehender Mütter und ihrer Kinder in einer Bevölkerungsstichprobe, in: Zeitschrift für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie, 49. Jg., Nr. 2, S. 115–138

Fritschi, Tobias / Oesch, Tom, 2008, Volkswirtschaftlicher Nutzen von frühkindlicher Bildung in Deutschland: Eine ökonomische Bewertung langfristiger Bildungseffekte bei Krippenkindern, Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Gütersloh

Funcke, Antje, 2006, Höhere Geburtenraten in Deutschland – die Rolle des Systems frühkindlicher Bildung und Betreuung, IÖB – Institut für ökonomische Bildung, Diskussionspapier Nr. 5/06, Münster

Gennetian, Lisa A., 2005, One or two parents? Half or step siblings? The effect of family structure on young children's achievement, in: Journal of Population Economics, Vol. 18, No. 3, S. 415–436

Giles, Margaret / Le, Anh T., 2007, Prisoners' labour market history and aspirations: A focus on Western Australia, in: The economic record, Vol. 83, No. 260, S. 31–45

Ginther, Donna / Pollak, Robert, 2003, Does family structure affect children's educational outcome?, NBER Working Paper, No. 9628, Cambridge (Mass.)

Gloger-Tippelt, Gabriele / König, Lilith, 1999, Die Einelternfamilie aus der Perspektive von Kindern: Entwicklungspsychologisch relevante Befunde unter besonderer Berücksichtigung der Bindungsforschung, in: Fegert, Jörg / Ziegenhain, Ute (Hrsg.), Hilfen für Alleinerziehende: Die Lebenssituation von Einelternfamilien in Deutschland, Weinheim u. a. O.

Groh-Samberg, Olaf / Grundmann, Matthias, 2006, Soziale Ungleichheit im Kindes- und Jugendalter, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 26, S. 11–18

Hagen, Christine / Kurth, Bärbel-Maria, 2007, Gesundheit von Kindern alleinerziehender Mütter, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 42, S. 25–31

Hanushek, Eric A., 1986, The Economics of Schooling: Production and Efficiency in Public Schools, in: Journal of Economic Literature, Vol. 24, No. 13, S. 1141–1177

Hanushek, Eric A., 1997, Recent Developments in the Economics of Education, in: Economics of Education Review, Vol. 16, No. 3, S. 346–347

Hanushek, Eric A., 2003, The Failure of Input-based Schooling Policies, in: The Economic Journal, Vol. 113, No. 1, S. 64–98

Haveman, Robert / Wolfe, Barbara, 1995, The Determinants of Children's Attainments: A Review of Methods and Findings, in: Journal of Economic Literature, Vol. 33, No. 4, S. 1829–1878

Helmert, Uwe, 2003, Soziale Ungleichheit und Krankheitsrisiken, Augsburg

- Hock**, Beate / **Holz**, Gerda / **Wüstendörfer**, Werner, 2000, Frühe Folgen – langfristige Konsequenzen? Armut und Benachteiligung im Vorschulalter, Vierter Zwischenbericht zu einer Studie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt, Textauszüge als Arbeitsmappe, Frankfurt am Main, URL: <http://www.awo-lsa.de/iss-bericht-4.pdf> [Stand: 2008-02-12]
- Hölling**, Heike / **Erhart**, Michael / **Ravens-Sieberer**, Ulrike / **Schlack**, Robert, 2007, Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen: Erste Ergebnisse aus dem Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS), in: Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz, 50. Jg., Nr. 5/6, S. 784–793
- Holz**, Gerda / **Richter**, Antje / **Wüstendörfer**, Werner / **Giering**, Dietrich, 2005, Zukunftschancen für Kinder: Wirkungen von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit, Endbericht der 3. AWO-ISS-Studie im Auftrag des Arbeiterwohlfahrt Bundesverbandes e. V., Berlin
- Horch**, Kerstin / **Bergmann**, Eckardt, 2002, Kosten alkoholassoziierter Krankheiten, Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades am Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften I/II der Freien Universität Berlin, Berlin
- Hülkamp**, Nicola / **Seyda**, Susanne, 2004, Staatliche Familienpolitik in der sozialen Marktwirtschaft: Ökonomische Analyse und Bewertung familienpolitischer Maßnahmen, IW-Positionen, Nr. 11, Köln
- Huster**, Ernst-Ulrich / **Benz**, Benjamin / **Boeckh**, Jürgen, 2007, Tackling child poverty and promoting the social inclusion of children: A study of national policies, URL: http://www.ec.europa.eu/employment_social/spsi/docs/social_inclusion/experts_reports/germany_1_2007_en.pdf [Stand: 2008-02-12]
- Jenkins**, Stephen P. / **Schlüter**, Christian, 2002, The Effect of Family Income During Childhood on Later-Life-Attainment: Evidence for Germany, IZA Discussion Paper, No. 604, Bonn
- Jenkins**, Stephen P. / **Schlüter**, Christian / **Wagner**, Gert G., 2002, Einkommensarmut von Kindern – Ein deutsch-britischer Vergleich für die 90er-Jahre, in: DIW-Wochenbericht, 65. Jg., Nr. 5, S. 77–80
- Kahle**, Irene, 2004, Alleinerziehende im Spannungsfeld zwischen Beruf und Familie, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Alltag in Deutschland. Analysen zur Zeitverwendung: Beiträge zur Ergebniskonferenz der Zeitbudgeterhebung 2001/02 am 16./17. Februar 2004 in Wiesbaden, Band 43, Wiesbaden, S. 175–193
- Klein**, Helmut E., 2006, Allgemein bildendes Schulsystem: Deregulierung und Qualitätsstandards, in: Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.), Bildungsfinanzierung und Bildungsregulierung in Deutschland: Eine bildungsökonomische Reformagenda, S. 91–142, Köln
- Kreyenfeld**, Michaela, 2004, Sozialstruktur und Kinderbetreuung, Max Planck Institute for Demographic Research, Working paper, WP 2004-009, Rostock
- Krueger**, Alan B., 1999, Experimental Estimates of Education Production Functions, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 114, No. 2, S. 497–532
- Krueger**, Alan B., 2003, Economic Considerations of Class Size, in: The Economic Journal, Vol. 113, No. 1, S. 34–63

- Krueger**, Alan B. / **Lindahl**, Mikael, 2001, Education for Growth: Why and for Whom?, in: *Journal of Economic Literature*, Vol. 39, No. 4, S. 1101–1136
- Kurth**, Bärbel-Maria, 2007, Der Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS): Ein Überblick über Planung, Durchführung und Ergebnisse unter Berücksichtigung von Aspekten eines Qualitätsmanagements, in: *Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz*, 50. Jg., Nr. 5/6, S. 533–546
- Kurth**, Bärbel-Maria / **Schaffrath Rosario**, Angelika, 2007, Die Verbreitung von Übergewicht und Adipositas bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland: Ergebnisse des bundesweiten Kinder- und Jugendgesundheitsurveys (KiGGS), in: *Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz*, 50. Jg., Nr. 5/6, S. 736–743
- Lampert**, Heinz, 1996, *Priorität für die Familie: Plädoyer für eine rationale Familienpolitik, Soziale Orientierung*, Nr. 10, Berlin
- Lampert**, Thomas, 2008, Gesundheitliche Ungleichheit bei Kindern und Jugendlichen: Ergebnisse des Kinder- und Jugendgesundheitsurveys (KiGGS), in: Tiesmeyer, Karin / Brause, Michaela / Lierse, Meike / Lukas-Nülle, Martina / Hehlmann, Thomas (Hrsg.), *Der blinde Fleck: Ungleichheiten in der Gesundheitsversorgung*, Bern, S. 109–125
- Lampert**, Thomas / **Thamm**, Michael, 2007, Tabak-, Alkohol- und Drogenkonsum von Jugendlichen in Deutschland: Ergebnisse des Kinder- und Jugendgesundheitsurveys (KiGGS), in: *Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz*, 50. Jg., Nr. 5/6, S. 600–608
- Lazear**, Edward P., 2001, Educational Production, in: *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 116, No. 3, S. 777–803
- Lengerke**, Thomas von / **Reitmeir**, Peter / **John**, Jürgen, 2006, Direkte medizinische Kosten der (starken) Adipositas: ein Bottom-up-Vergleich über- vs. normalgewichtiger Erwachsener in der KORA-Studienregion, in: *Gesundheitswesen*, 68. Jg., Nr. 2, S. 110–115
- Lödermann**, Anna, 2008, *Alles aus einer Hand – Integrationsmodelle familienunterstützender Einrichtungen und Dienstleistungen: Ergebnisse einer explorativen internationalen Recherche*, Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.), München
- McKinsey**, 2005, *Eine Chance für die Neugier: Materialien zur frühkindlichen Bildung*, Düsseldorf
- McLanahan**, Sara / **Sandefur**, Gary, 1994, *Growing Up with a Single Parent: What Hurts, What Helps*, Cambridge (Mass.)
- Melhuish**, Edward / **Belsky**, Jay / **Leyland**, Alastair, 2008, *National evaluation report: The Impact of Sure Start Local Programmes on Three Year Olds and Their Families, The National Evaluation of Sure Start (NESS)*, Institute for the Study of Children, Families and Social Issues, Birbeck, University of London, London
- Meyer**, Susanne, 2003, *Die Tageshaftkosten der deutschen Strafvollzugsanstalten: Ein Überblick, Arbeitspapiere des Instituts für Volkswirtschaftslehre*, Technische Universität Darmstadt, Nr. 121, Darmstadt
- MGT of America**, 2004, *An external evaluation of the Judith P. Hoyer Early Care and Education Enhancement Program – Final Report*, Submitted to the Maryland Department

of Education, URL: http://mdjudy.mgtamer.com/Pages_from_FR_1891_020404part1.pdf [Stand: 2008-01-28]

Münnich, Margot, 2006, Einkommensverhältnisse von Familienhaushalten und ihre Ausgaben für Kinder: Berechnungen auf der Grundlage der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003, in: *Wirtschaft und Statistik*, Nr. 6, S. 644–670

Nores, Milagros / **Barnett**, Steve W. / **Schweinhart**, Lawrence J. / **Belfield**, Clive R., 2005, *Updating the Economic Impacts of the High/Scope Perry Pre-School Program*, New York

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development, 2004, *Die Politik frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland: Ein Länderbericht der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*, Paris

OECD, 2006, *Starting Strong II: Early Childhood Education and Care*, Paris

OECD, 2007a, *Babies and bosses. Reconciling work and family life: A synthesis of findings for OECD countries*, Paris

OECD, 2007b, *Education at a glance 2007*, Paris

OECD, 2008, *Social and welfare statistics, social protection, social expenditure: aggregated data*, URL: <http://stats.oecd.org> [Stand: 2008-02-06]

Pfeiffer, Ulrich / **Braun**, Reiner, 2005, *Lebensökonomie als (mögliches) Leitbild einer nachhaltigen Familienpolitik*, Berlin, URL: <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/pfeiffer-langfassung.property=pdf,bereich=,sprache=de,rwb=true.pdf> [Stand: 2007-10-10]

Pfeiffer, Friedhelm / **Reuß**, Karsten, 2008, *Ungleichheit und die differentiellen Erträge frühkindlicher Bildungsinvestitionen im Lebenszyklus*, ZEW Discussion Paper, Nr. 08-001, Mannheim

PISA-Konsortium Deutschland (Hrsg.), 2004, *PISA 2003: Der Bildungsstand der Jugendlichen in Deutschland – Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs*, Münster

Plug, Erik / **Vijverberg**, Wim, 2003, *Schooling, Family Background, and Adoptions: Is It Nature or Is It Nurture*, in: *Journal of Political Economy*, Vol. 111, No. 3, S. 611–641

Plünnecke, Axel / **Seyda**, Susanne, 2007, *Wachstumseffekte einer bevölkerungsorientierten Familienpolitik*, IW-Analysen, Nr. 27, Köln

Prognos, 2008, *Dossier Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen in Deutschland*, Materialien aus dem Kompetenzzentrum für familienbezogene Leistungen im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin

Ravens-Sieberer, Ulrike / **Wille**, Nora / **Bettge**, Susanne / **Erhart**, Michael, 2007, *Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland: Ergebnisse aus der BELLA-Studie im Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS)*, in: *Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz*, 50. Jg., Nr. 5/6, S. 871–878

Reinberg, Alexander / **Hummel**, Markus, 2007, *Qualifikationsspezifische Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 und die Einführung der Hartz-IV-Reform: Empirische Befunde und methodische Probleme*, IAB-Forschungsbericht, Nr. 9, Nürnberg

Reis, Olaf / Meyer-Probst, Bernhard, 1999, Scheidung der Eltern und Entwicklung der Kinder: Befunde der Rostocker Längsschnittstudie, in: Walper, Sabine / Schwarz, Beate (Hrsg.), Was wird aus den Kindern? Chancen und Risiken für die Entwicklung von Kindern aus Trennungs- und Stieffamilien, München, S. 49–71

Restuccia, Diego / Urrutia, Carlos, 2004, Intergenerational Persistence of Earnings: The Role of Early and College Education, in: American Economic Review, Vol. 94, No. 5, S. 1354–1378

Roloff, Juliane, 2003, Junge Frauen in Deutschland – Hohe Ausbildung contra Kinder?, in: BiB – Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Mitteilungen: Aus Forschung und Lehre, Nr. 1, URL: http://www.bib-demographie.de/publikat/bib-mit1_2003.pdf [Stand: 2007-10-25]

Rosenschon, Astrid, 2001, Familienförderung in Deutschland: eine Bestandsaufnahme, Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 382, Kiel

Rüling, Anneli, 2008, Paradigmatic shift in the political discourses on childcare for children under the age of three? A comparative study of recent political discourses in England and Germany, Intermediate report, Project: Sustainable growth, social inclusion and family policy – innovative ways of coping with old and new challenges, Sub project: The gateway of education and family policy, Göttingen, URL: http://www.socialpolicy.ed.ac.uk/__data/assets/pdf_file/0006/14991/The_gateway_of_education_and_family_policy_-_03-08.pdf [Stand: 2008-05-29]

Sandefur, Gary / Wells, Thomas, 1999, Does Family Structure Really Influence Educational Attainment?, in Social Science Research, Vol. 28, No. 4, S. 331–357

Sander, Beate / Bergemann, Rito, 2003, Economic burden of obesity and its complications in Germany, in: The European Journal of Health Economics, Vol. 4, No. 4, S. 248–253

Schäfer, Dieter, 2004, Unbezahlte Arbeit und Bruttoinlandsprodukt 1992 und 2001: Neuberechnung des Haushalts-Satellitensystems, in: Wirtschaft und Statistik, Nr. 9, S. 960–978

Sharma, Manon Rami / Steiner, Michael, 2008, Ausbau der Kinderbetreuung – Kosten, Nutzen, Finanzierung, Dossier, PROGNO AG im Auftrag des Kompetenzzentrums für familienbezogene Leistungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Basel/Berlin

SOEP – Sozio-oekonomisches Panel, verschiedene Jahre, Mikrodaten für die sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Grundlagenforschung, Forschungsstelle am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW)

Stahmer, Carsten / Mecke, Ingo / Herrchen, Inge, 2003, Zeit für Kinder: Betreuung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen, Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2003, Zeit für Kinder, Pressemitteilung vom 30. Mai 2003, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2005, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Haushalte und Familien, Ergebnisse des Mikrozensus 2004, Fachserie 1, Reihe 3, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2006, Bildung im Zahlenspiegel, Wiesbaden

- Statistisches Bundesamt**, 2007a, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Haushalte und Familien, Ergebnisse des Mikrozensus 2005, Fachserie 1, Reihe 3, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt**, 2007b, Bildung und Kultur: Allgemeinbildende Schulen, Fachserie 11, Reihe 1, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt**, 2007c, Bildung und Kultur: Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz 2006, Fachserie 11, Reihe 7, Wiesbaden
- Statistisches Bundesamt**, 2007d, Preise: Verbraucherpreisindizes für Deutschland, Lange Reihen ab 1948, Wiesbaden
- SVR** – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2002, Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum, Jahresgutachten 2002/2003, Wiesbaden
- Tamm**, Marcus, 2007, Poverty of children in Germany and its impact on children's health and educational outcomes, Bochum
- Todd**, Petra / **Wolpin**, Kenneth, 2003, On the Specification and Estimation of the Production Function for Cognitive Achievement, in: The Economic Journal, Vol. 113, No. 485, S. F3–F33
- Trabert**, Gerhard, 2006, Kinderarmut und Gesundheitsrisiken, in: Kind, Jugend, Gesellschaft, 51. Jg., Nr. 3, S. 75–81
- U.S. Department of Health and Human Services**, Administration for Children and Families, 2005, Head Start Impact Study: First Year Findings, Washington D.C.
- Welte**, Robert / **Neubauer**, Simone / **Leidl**, Reiner, 2004, Die Kosten des Zigarettenrauchens, Institut für Gesundheitsökonomie und Management im Gesundheitswesen (Hrsg.), GSF-Jahresbericht 2004, S. 31–36
- Werding**, Martin / **Hofmann**, Herbert, 2005, Die fiskalische Bilanz eines Kindes im deutschen Steuer- und Sozialsystem, ifo-Forschungsberichte, Nr. 27, München
- Whiteford**, Peter / **Adema**, Willem, 2007, What works best in reducing child poverty: a benefit or work strategy?, OECD Social, employment and migration Working Papers, No. 51, Paris, URL: <http://www.oecd.org/dataoecd/30/44/38227981.pdf> [Stand: 2007-10-10]
- Wilkinson**, Richard G., 2001, Kranke Gesellschaften: Soziales Gleichgewicht und Gesundheit, Wien
- Winkelmann**, Rainer, 2003, Parental Separation and Well-Being of Youths, IZA Discussion Paper, No. 894, Bonn
- Wolfe**, Barbara / **Tefft**, Nathan, 2007, Child interventions that may lead to increased economic growth, ECRC Paper Series, Discussion Paper, No. 111, Madison
- Wößmann**, Ludger, 2004, The Effect Heterogeneity of Central Exams: Evidence from TIMSS, TIMMS-Repeat and PISA, CESifo Working Paper, No. 1330, München
- Wößmann**, Ludger, 2005a, Ursachenkomplexe der PISA-Ergebnisse: Untersuchungen auf Basis der internationalen Mikrodaten, Ifo Working Paper, No. 16, München
- Wößmann**, Ludger, 2005b, Leistungsfördernde Anreize für das Schulsystem, in: ifo Schnelldienst, 58. Jg., Nr. 19, S. 18–27
- Wößmann**, Ludger, 2007, Letzte Chance für gute Schulen, München

Kurzdarstellung

Die staatliche Familienförderung unterstützt Familien stark bei den Kosten, die ihnen aufgrund der Konsumausgaben für ihre Kinder entstehen, und weniger bei den Kosten in Form entgangener Einkommen. Insbesondere Maßnahmen zur Vermeidung von Einkommensverlusten sind vergleichsweise gering ausgeprägt und sollten daher –zum Beispiel in Form von Kindertagesstätten – ausgebaut werden. Eine IW-Untersuchung der PISA-Daten zeigt darüber hinaus, dass der Besuch einer frühkindlichen Bildungseinrichtung signifikant die Bildungschancen erhöht. Eine IW-Analyse der KiGGS-Daten des Robert-Koch-Instituts kommt ferner zu dem Schluss, dass der familiäre Zusammenhalt besonders bei Alleinerziehenden und Patchworkfamilien einen entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung der Kinder in den Punkten Gesundheit, Psyche und Neigung zum Rauchen hat. Ein Ausbau von Familienzentren kann die Familien in ihrem Zusammenhalt unterstützen. Mehr Investitionen in frühkindliche Bildung lohnen sich letztlich auch für den Staat. Dank der besseren Qualifikation junger Menschen steigen Wertschöpfung und Steuereinnahmen – der Staat erzielt eine Rendite aus diesen Investitionen von 8 Prozent.

Abstract

The German government supports families with considerable assistance for consumer spending on children but provides less compensation for their parents' foregone earnings. In particular, measures such as day care centres, which help to avoid such losses, are relatively underdeveloped and should therefore be extended. Moreover, as an IW study of the PISA data shows, attending a pre-school educational establishment significantly raises a child's chances of later educational success. Furthermore, as an IW analysis of results from the Robert Koch Institute's German Health Survey for Children and Adolescents (KiGGS) concludes, family cohesion has a crucial influence on the development of a child's health, psyche and tendency to smoke. This cohesion, which is particularly important in single-parent and patchwork families, can be fostered by expanding family centres. In the final analysis, more investment in pre-school education yields results for the state, too. Better qualification of young people increases wealth creation and tax revenues. It is calculated that the state achieves a return of 8 percent on such investments.

Die Autoren

Dipl.-Volkswirtin **Laura-Christin Diekmann**, geboren 1981 in Essen; Studium der Volkswirtschaftslehre sozialwissenschaftlicher Richtung in Köln; seit 2007 im Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Referentin für „Bevölkerungsökonomik“ innerhalb des Wissenschaftsbereichs Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik.

Dr. rer. pol. **Axel Plünnecke**, geboren 1971 in Salzgitter; Studium der Volkswirtschaftslehre in Göttingen und Promotion in Braunschweig; seit 2003 im Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Referent für „Bildungsökonomie“; seit 2005 stellvertretender Leiter des Wissenschaftsbereichs Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik.

Dipl.-Volkswirtin **Susanne Seyda**, geboren 1972 in Köln; Studium der Volkswirtschaftslehre in Köln; seit 2002 im Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Referentin für „Demografie und Familienökonomie“ innerhalb des Wissenschaftsbereichs Bildungspolitik und Arbeitsmarktpolitik.